Maria L.: Warum Sie wirklich sterben musste, S. 2


# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 39 – 29. September 2017

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt


DIESE WOCHE







Bescherte der CDU ein historisches Debakel: Kanzlerin Angela Merkel am Abend der Bundestagswahl

Bild: Imago

# Merkel muss weg

## Schwarz-Rot ist tot, »Jamaika« unrealistisch – einziger Ausweg Neuwahlen?

**Der Triumph der AfD hat den Parteienstaat ins Rutschen gebracht. Doch welche Regierung nun folgen soll, erscheint völlig offen.**

Nie seit den 1950er Jahren ist die bundesdeutsche Parteienlandschaft gründlicher durchgeschüttelt worden. Nie seit jener frühen Zeit war es nach einer Bundestagswahl unsicherer, wie es nun weitergehen würde. Der furiose Aufstieg der AfD zur drittstärksten Kraft hat das Land derart verändert, dass der Kommentator der „Zeit“ im ersten Schock gar das „Ende der Bundesrepublik“ gekommen sah.

Die Bundesrepublik wird dieses Ergebnis überstehen. Ja, es sieht danach aus, dass sogar die Ära Merkel weitergeht trotz des Wahldebakels. Die SPD hat sich in die Opposition geflüchtet, um dort zu genesen. Jüngere Führungskräfte wie Andrea Nahles sehen den Absturz der Sozialdemokraten gar als Chance, um nun selbst groß herauszukommen. Ob die Genesung gelingt? Unsicher.

Die Zukunft der CDU stellt sich noch düsterer dar. Parteichefin Merkel nahm das Fiasko ihrer Union mit einer Beiläufigkeit zur Kenntnis, die Böses ahnen lässt. Solange die schwindende Restsubstanz der einst stolzen CDU noch reicht, um ihr eine weitere Kanzlerschaft zu sichern, soll es ihr recht sein, so das augenscheinliche Kalkül von Merkel.

Sie ordnet das Schicksal ihrer Partei komplett der eigenen Machtversessenheit unter und verschleißt die CDU für ihre eigenen Ambitionen. Ihr Umgang mit denen, die sie auf den Schild gehoben haben, ist von berechnender Skrupellosigkeit gekennzeichnet.

Wenn es der CDU nicht gelingt, sich von dieser Chefin zu befreien, droht der Partei das Schlimmste. Doch ist derzeit kein Christdemokrat mit dem Format in Sicht, um Merkel herauszufordern. So nimmt die Tragödie ihren Lauf.

> Die AfD muss schnell erwachsen werden

Die AfD kann nur noch an sich selbst scheitern, an innerer Zerrissenheit und leichtfertigen Eskapaden. Der Auszug von Frauke Petry lässt ahnen, dass hier noch einiges ins Haus steht. Die Partei muss schnell erwachsen werden.

Die Kanzlerin wird eine schwarz-gelb-grüne „Jamaika“-Koalition anstreben, sofern sich die niedergeknüppelte SPD nicht doch noch erweichen lässt, wonach es nicht aussieht.

Viele Beobachter halten „Jamaika“ allein deshalb für ausgemacht, weil rechnerisch gar nichts anderes ginge. Aber ist dieses Bündnis nur deshalb schon realistisch? Wenig spricht dafür (siehe Kommentar S. 8).

Aber wenn nun gar nichts funktioniert? Dann blieben Neuwahlen der einzige Ausweg. Kanzlerin Merkel wird in diesem Falle auf die Abneigung der Deutschen gegen „unsichere Verhältnisse“ setzen und hoffen, dass mit der (einmaligen?) Stimmabgabe für die AfD der Dampf der zornigen Wähler entwichen ist und viele zurückkehren. Die CDU wird ihr abermals folgen, mit im Gepäck all die Lasten, mit welchen Merkel so viele frühere CDU-Wähler von ihrer einstigen Partei entfremdet hat.

*Hans Heckel*

Jan Heitmann:

## Zum Schaden

Damit, dass sie von den anderen Parteien im Bundestag willkommen geheißen werden, haben die frischgewählten Abgeordneten der AfD ganz gewiss nicht gerechnet. Mit Entgleisungen wie der des SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs sicherlich auch nicht. Jetzt habe man „die rechtsradikalen Arschlöcher im Bundestag“, kommentierte dieser den Wahlerfolg der AfD. So primitiv hat sonst zwar keiner reagiert, aber eines haben die designierten Oppositionsparteien durchblicken lassen: Sie werden sich nicht nur an der Regierung abarbeiten, wie es ihre Aufgabe als Opposition wäre, sondern vor allem an der zweitstärksten Oppositionspartei, der AfD. Mit echter Oppositionsarbeit ist also nicht zu rechnen. Damit liegt es allein an der AfD, die Regierung „zu jagen“, wie es Alexander Gauland plastisch formulierte.

Leicht wird es ihr dabei nicht gemacht werden. Denn wie die Erfahrung lehrt, werden die anderen Parteien alles in ihrer Macht stehende tun, um die AfD auf höchst undemokratische Weise von der Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit auszuschließen. Nur ein Beispiel: In Hamburg wird ihr auch zweieinhalb Jahre nach der Bürgerschaftswahl noch immer der ihr zustehende Platz in der Härtefallkommission vorenthalten.

Auch auf andere Weise werden der AfD Steine in den Weg gelegt. Als etwa die schleswig-holsteinische AfD-Fraktion per bundesweiter Stellenanzeige wissenschaftliche Mitarbeiter suchen wollte, ließ der branchenführende Axel Springer Verlag sie wissen, dass man „aus grundsätzlichen Erwägungen“ keine Anzeigen der AfD veröffentliche.

Die AfD-Bundestagsabgeordneten werden sich auf einiges gefasst machen müssen – zum Schaden der Demokratie.

# Langer Weg für Generationen

## Bundesregierung: Deutsche Einheit noch immer nicht vollendet – Warnung vor Spaltung der Gesellschaft und Radikalisierung

Viele schöne Reden werden am kommenden Dienstag zum Tag der deutschen Einheit gehalten werden. Doch werden diese nicht darüber hinwegtäuschen können, dass die „blühenden Landschaften“ in Mitteldeutschland, die Bundeskanzler Helmut Kohl den Deutschen einst vollmundig versprochen hat, überwiegend eine Vision sind. Das stellt niemand Geringeres als die scheidende Bundesregierung fest.

Laut ihres zum Ende der Legislaturperiode vorgelegten Berichts zum Stand der deutschen Einheit 2017 befindet sich Deutschland auch fast drei Jahrzehnte nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes noch immer „auf dem Weg zur Vollendung der deutschen Einheit“. Der Prozess „des Zusammenwachsens zwischen Ost und West“ sei zwar weit vorangeschritten und es sei „in den neuen Ländern und für die dort lebenden Menschen viel erreicht“ worden. Doch bleibe „noch ein gutes Stück Weg zu gehen, um noch bestehende, vor allem wirtschaftliche, Unterschiede zwischen Ost und West“ zu überwinden.

Der Jahresbericht hat das Ziel, regelmäßig die „politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen in den neuen Ländern“ sowie die Politik der Bundesregierung „zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland“ darzustellen.

Dem Bericht zufolge ist das Beitrittsgebiet noch immer auf Förderung angewiesen. Mittlerweile kommen bereits diejenigen für „wiedervereinigungsbedingte Lasten“ auf, die im Jahre 1990 noch gar nicht geboren waren und womöglich werden sogar noch die ihnen nachfolgenden Generationen zur Kasse gebeten werden. Schlimmer noch: Die Bundesregierung warnt sogar, dass sich aus der „flächendeckenden Strukturschwäche“ im Osten der Bundesrepublik „Folgeprobleme für den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft“ ergeben könnten. Es könnten „gesellschaftliche Spaltungen bis hin zu radikalen Einstellungen“ entstehen.

In dem Bericht heißt es weiter: „Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich positiv auf das Leben der übergroßen Mehrheit der Menschen ausgewirkt.“ Auch die mitteldeutschen Regionen hätten von dieser Entwicklung profitiert. Gleichwohl bestünden erhebliche regionale Unterschiede bei Einkommen, Beschäftigung und Wirtschaftskraft fort. Im Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote dem Bericht zufolge in den schon längst nicht mehr neuen Bundesländern Mitte des Jahres zwischen drei und vier Prozentpunkten höher als in den alten Bundesländern. Die großen regionalen Unterschiede seien im europäischen Vergleich eine Besonderheit. Nach Ansicht der Bundesregierung stellt vor allem die Sicherung der Daseinsvorsorge in Mitteldeutschland eine Herausforderung dar. Grund sei unter anderem „die jahrelange Abwanderung in Verbindung mit teilweise geringer Siedlungsdichte und finanzschwachen Gemeinden“. Eine gute Versorgung sei allerdings für die Lebensqualität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung, heißt es in dem Bericht weiter. Als eine weitere Herausforderung hat die Bundesregierung den demographischen Wandel ausgemacht, der die mitteldeutschen Regionen in den nächsten Jahren überproportional treffen werde: Bevölkerungsrückgang und Alterung verminderten zusätzlich die Wachstumschancen der mitteldeutschen Regionen, die oft von einer „kleinteiligen Wirtschaftsstruktur“ geprägt seien.

Umso wichtiger sei es, einen Ausgleich und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland im Blick zu halten. Deshalb sei eine Förderung auch nach dem Ende des Solidarpaktes II erforderlich, so die Bundesregierung. Dazu kündigte sie ein regionales Förderkonzept an, das ganz Deutschland im Blick habe, auch wenn Mitteldeutschland ein Schwerpunkt bleiben werde.

*Jan Heitmann*

MELDUNGEN

## »Wiederaufbau nur ohne Assad«

**New York** – Die „Freunde von Syrien“, ein Zusammenschluss westlicher und arabischer Staaten, welche die syrische Opposition unterstützen, knüpfen ihre Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes an einen politischen Wandel „weg von Assad“. Das sagte der britische Außenminister Boris Johnson nach einem Treffen der Gruppe, zu der unter anderem die USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und die Türkei gehören. „Wir glauben, dass der einzige Weg nach vorn ist, einen politischen Prozess in Gang zu setzen und den Iranern, den Russen und dem Assad-Regime klarzumachen, dass wir, die gleichgesinnte Gruppe, den Wiederaufbau Syriens so lange nicht unterstützen, bis es einen solchen politischen Prozess gibt.“ *J.H.*

## Rückführung eine Farce

**Berlin** – Eine Rücküberstellung von Asylbewerbern nach Griechenland gemäß der Dublin-III-Verordnung erfolgt nach Angaben der Bundesregierung nur nach deren Zustimmung und nur dann, wenn die griechischen Behörden im Einzelfall schriftlich zusichern, dass Dublin-Rückkehrer gemäß der EU-Aufnahmerichtlinie untergebracht und ihre Asylverfahren gemäß der EU-Asylverfahrensrichtlinie durchgeführt werden – in der Praxis also so gut wie gar nicht. Die Wiederaufnahme des Dublin-Verfahrens mit Griechenland erfolge schrittweise und in enger Abstimmung mit den griechischen Behörden, „um eine Überlastung des griechischen Asylsystems zu vermeiden“, so die Bundesregierung. Dass das überlastete Asylsystem des eigenen Landes durch verstärkte Rückführungen nach Griechenland entlastet werden könnte, scheint sie nicht zu interessieren. *J.H.*

## Spalterpartei in Lettland

**Riga** – In Lettland wurde eine neue Partei gegründet, die auf russische Wähler abzielt und deren etablierten Vertretung in Gestalt der Partei „Harmonie“ Stimmen abnehmen will. Führer der neuen Bewegung „Par!“ („Für!“) sind zwei ethnische Letten, der Eigner von „Innocent“-Kaffee, Martins Stakis, der altgediente Wirtschafts- und Kulturpolitiker Daniels Pavluts, und die ethnische Russin Marija Golubewa, Politologin und Zögling der Budapester Soros-Universität mit US-Doktortitel. Vorausgegangen war eine Spaltung der Fraktion von „Harmonie“ im lettischen Parlament, bei der fünf Mitglieder austraten, die jetzt „Par!“ gebildet haben. Offiziell hat sich die Partei Reformen sowie eine Überwindung der sozialen Schere zwischen verarmender Bevölkerung und reichen Oligarchen auf die Fahnen geschrieben, wobei sie vor allem „liberale“ russische Wähler gewinnen wolle, die sich in Lettland „wohlfühlten“ und mit Russland gebrochen hätten. Augenscheinlich geht es darum, die für einen Ausgleich mit Russland plädierende „Harmonie“ zu spalten und zudem Druck auf die lettischen Parteien auszuüben, sich stärker an Washingtoner Weisungen als am nationalen Interesse des Landes zu orientieren. Ihre Finanzmittel bezieht die Bewegung laut Stakis ausschließlich aus Spenden von Unternehmern. Nähere Angaben dazu wollte er nicht machen, was Gerüchte nährt, dass westliche Dienste hinter der Parteigründung stecken könnten. *T.W.W.*

# Falsche Reue, eiskalte Berechnung

## Der Mordprozess gegen Hussein K. offenbart die ganze Katastrophe deutscher Zuwanderungspolitik

**Die Tat ist entsetzlich. Unbegreiflich ist sie nicht. Der Afghane, der verdächtigt wird, Maria L. vergewaltigt und in einem Fluss ertränkt zu haben, kam als verurteilter Verbrecher aus Griechenland. Die offenen Grenzen und die vollständige Kapitulation des deutschen Rechtsstaates ermöglichten seine Einreise. Nun steht er in Freiburg vor Gericht.**



Bild: action press

Bild: Ropi

**Mutmaßlicher Mörder, deutsches Opfer: Hussein K. wird in den Freiburger Gerichtssaal geführt. Er vergewaltigte Maria L. und zerrte die Bewusstlose in einen Fluss, wo sie ertrank**

Landgericht Freiburg, Dienstag, 5. September, 9 Uhr: Der afghanische Staatsbürger Hussein K. wird in den Gerichtssaal geführt. Im Blitzlichtgewitter der zahlreichen Pressevertreter zeigt sich eine martialische Szene. Zwei hochgewachsene, vollbärtige Justizbeamte mit schusssicherer Weste führen ihn vor. Da K. neben Handschellen auch eine Fußfessel angelegt wurde, kann er sich nur mühsam seinen Weg zu dem zugewiesenen Platz auf der Anklagebank bahnen.

Die sorgsam arrangierte Dramaturgie dieser Szene soll in Zeiten des Wahlkampfes und einer immer hitziger geführten gesellschaftlichen Debatte um die ausufernde unkontrollierte Masseneinwanderung die ganze Entschlossenheit des Rechtsstaates demonstrieren. Tatsächlich ist die zur Schau getragene Härte des Rechtsstaats aber nur simuliert. Denn, dass es überhaupt zu dem nun angeklagten Kapitalverbrechen kommen konnte, liegt vor allem an der von Angela Merkel betriebenen Politik der offenen Grenzen und der fast vollständigen Kapitulation des Rechtsstaates auf dem Gebiet des Asyl- und Ausländerrechts. Gerade am Beispiel des Falles von Hussein K. wird dieses Totalversagen der bundesdeutschen Politik exemplarisch deutlich.

K. wird vorgeworfen, am 16. Oktober des vergangenen Jahres die 19-jährige Medizinstudentin Maria L. vergewaltigt und anschließend ermordet zu haben. Für das Verfahren vor der Jugendkammer des Gerichts sind nach Angaben eines Sprechers 16 Verhandlungstage angesetzt. Das Urteil könnte im Dezember fallen. Gehört werden sollen 45 Zeugen sowie zehn Sachverständige.

Für die Medien ist der Prozess ein großes Ereignis. Er wird noch viele Zeitungsseiten und Sendeminuten füllen. Das jetzige Interesse am Fall war allerdings nicht immer so groß. Gerade die staatlich gelenkte ARD schwieg eisern, nachdem sich bei seiner Festnahme im Dezember 2016 herausstellte, dass er ein Jahr zuvor als Flüchtling nach Deutschland gekommen war. Bereits um die Jahreswende 2012/2013 reiste K. nach Griechenland ein und betrat somit erstmals den Schengenraum. Im Januar 2013 wandte er sich an die griechischen Behörden. Unter Vorlage eines afghanischen Ausweisdokumentes – als Geburtsdatum war der 1. Januar 1996 festgehalten – ließ er sich als Asylantragsteller registrieren.

Ob K. dem griechischen Staat dankbar war, dass er ihm Schutz gewährte, ist nicht bekannt. Falls es so gewesen sein soll, hielt das Gefühl nicht lange vor. Im Mai 2013 raubte er auf Korfu eine Studentin aus und stieß sie über ein Geländer am Rande einer Klippe. Das Opfer stürzte zehn Meter in die Tiefe und kam nur knapp und schwer verletzt mit dem Leben davon. Von einem griechischen Gericht wurde K. dafür zu einer zehnjährigen Haftstrafe wegen versuchten Mordes verurteilt, von der er allerdings nur rund zwei Jahre absaß, da die neugewählte Linksregierung unter Alexis Tsipras ein Amnestiegesetz erließ und seine Reststrafe daraufhin zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Das von K. gestellte Asylgesuch wurde während seiner Inhaftierung von den Behörden abgelehnt. Da er nach Verbüßung der Freiheitsstrafe gegen seine Meldepflichten verstieß, wurde seine Bewährung widerrufen. Die griechische Polizei schrieb ihn im Dezember 2015 zur Fahndung aus. Dieses Fahndungsgesuch wurde allerdings nicht an andere Polizeidienststellen in Europa weitergeleitet. Zirka einen Monat zuvor war K. bereits nach Deutschland eingereist und hatte in Freiburg erneut einen Asylantrag gestellt. Anders als noch in Griechenland legte er den deutschen Behörden kein Ausweisdokument vor und gab auch ein falsches und um fast vier Jahre jüngeres Geburtsdatum an. Da er nach seinem eigenen damaligen Bekunden erst 16 Jahre alt gewesen sein wollte, wurde er zunächst als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling eingestuft und in die Obhut einer Pflegefamilie gegeben.-

> Der Rechtsstaat tut in Zeiten des Wahlkampfes martialisch. Tatsächlich ist die Härte nur simuliert

Vom Zeitpunkt seiner Registrierung im November 2015 bis zu seiner Verhaftung im Dezember 2016 wurde der von K. gestellte Asylantrag nicht durch das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiterbearbeitet. Auch ein Datenabgleich mit den Informationen der griechischen Behörden unterblieb. Faktisch haben sich deutsche Behörden über ein Jahr lang nicht darum geschert, wer sich hier eigentlich Zutritt ins Land verschafft hatte und nun um seine Anerkennung als politisch Verfolgter nachsuchte.

Dieses schwere Versäumnis sollte in den frühen Morgenstunden des 16. Oktober 2016 schreckliche Folgen haben. Um 3 Uhr fuhr die 19-jährige Maria L. von der Studentenfeier „Big Medi Night“ in der Mensa „Institutsviertel“ in der Stefan-Meier-Straße mit ihrem Fahrrad nach Hause. In der Nähe des Freiburger Schwarzwaldstadions traf die junge Frau auf ihren Mörder. Dieser stieß sie von ihrem Rad, würgte sie mit seinem Schal und verging sich an ihr. Im Anschluss schleppte er die bewusstlose Studentin zu dem nahegelegenen Fluss Dreisam und legte sie im Wasser ab. Maria L. ertrank, ohne zuvor das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Im Prozess bestätigte K. diesen von der Staatsanwaltschaft erhobenen Tatvorwurf im Wesentlichen. Zuvor verlas er allerdings eine Erklärung, in der er sich bei den Eltern der jungen Frau mit rührseligen Worten entschuldigte. So beschwor er, selbst sterben zu wollen, wenn er damit sein Opfer wieder lebendig machen könne. Glaubwürdig wirken diese Worte der Sühnebereitschaft angesichts seiner weiteren Einlassungen und des rein taktischen Vorgehens seines Verteidigers hingegen nicht.

Zwar legte K. ein sehr umfassendes Geständnis ab, da ein Leugnen der Tat ihm angesichts der erdrückenden Beweislage ohnehin nicht viel geholfen hätte. Unter anderem konnten ihm am Tatort gefundene Haare eindeutig molekulargenetisch zugeordnet werden. Auf der anderen Seite wurde schon an den ersten Prozesstagen deutlich, dass seine Darstellung des Tatherganges mit viel Spitzfindigkeit an die Besonderheiten des deutschen Strafrechts angepasst sind.

So behauptete er etwa, dass er vom Tod der jungen Frau ausgegangen sei, nachdem er sie gewürgt hatte. Erst dann wolle er den Entschluss gefasst haben, sein Opfer auch zu vergewaltigen. Als daraufhin die Vorsitzende Richterin ungläubig fragt, ob er tatsächlich vorgehabt habe, Sex mit einer Toten zu praktizieren, antwortete der Angeklagte nur lapidar, dass ihn dies nicht gestört habe. Wäre es so, wie K. es vor Gericht geschildert hat, dann könnte hier nämlich ein wichtiges Tatbestandsmerkmal entfallen. Das Gesetz verlangt für das Vorliegen eines Mordes, dass der Täter von Anfang an die Absicht hatte, zur Befriedigung seines Geschlechtstriebes zu töten. Hätte sich die Tötung hingegen aus der Situation nach dem Angriff auf die Radfahrerin ergeben und hätte er sich dann erst entschlossen, sich an ihrer Leiche sexuell zu vergehen, wäre dies möglicherweise nur als Totschlag zu bewerten.

Unabhängig davon, dass die Behauptung, Geschlechtsverkehr mit einer Toten gehabt haben zu wollen, schon für sich genommen bizarr ist, dürfte K. angesichts der körperlichen Nähe in der Tatsituation sicherlich bemerkt haben, dass sein Opfer noch atmet. Aber dies ist nicht sein einziger Versuch, die tatsächlichen Ereignisse und Gegebenheiten so hinzustellen, dass deren juristische Würdigung möglichst günstig für ihn ausfallen muss. So behauptete er auch, bei der Tatbegehung unter erheblichem Einfluss von Drogen und Alkohol gestanden zu haben. Obwohl Zeugen, die K. unmittelbar vor der Tat in einer Freiburger Bar für Homosexuelle gesehen haben, das Gegenteil bestätigen, sollen damit offensichtlich Zweifel an seiner Schuldfähigkeit geschürt werden.

Wesentlich für die Verurteilung wird auch sein, wie alt K. zum Tatzeitpunkt gewesen ist. In der Vergangenheit hatte er über sein Alter bereits mehrfach gelogen und hierzu unterschiedlichste Angaben gemacht. Angeklagt ist er vor einer Jugendstrafkammer. Diese Spruchkörper befassen sich mit Straftaten von Minderjährigen und sogenannten Heranwachsenden. Bei letzteren handelt es sich um junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Je nach Reifegrad des jeweiligen Angeklagten können hier die Richter im Einzelfall bestimmen, ob sie nach den regulären gesetzlichen Vorschriften entscheiden oder das deutlich milder ausfallende Jugendstrafrecht anwenden.

K. hat im Prozess angegeben, erst 18 Jahre alt zu sein. Damit wäre er zum Tatzeitpunkt vermutlich erst 17 Jahre gewesen und die Richter müssten zwingend nach Jugendstrafrecht urteilen. Die veranlassten medizinischen Gutachten kommen allerdings zu dem Schluss, dass er mindestens 22 Jahre, möglicherweise auch schon Mitte Zwanzig ist. In dem afghanischen Pass, den er 2013 den griechischen Behörden bei seiner Registrierung vorgelegt hat, war der 1. Januar 1996 als Geburtsdatum ausgewiesen. Bei vielen Angehörigen aus dem Nahen und Mittleren Osten wird der Neujahrstag auch als Tag der Geburt festgehalten, da Neugeborene in einigen Gebieten dieser Länder zumeist nur einmal im Jahr durch staatliche Stellen erfasst werden.

Da sich das Datum der tatsächlichen Geburt in der Regel nicht mehr rekonstruieren lässt, wird dann der zwischen der aktuellen und der zuletzt durchgeführten Erfassung liegende 1. Januar als Geburtstag gewählt. Wahrscheinlich ist K. daher im Verlauf des Jahres 1995 geboren worden. Eventuell könnte er damit zum Zeitpunkt der Tat tatsächlich noch 21 Jahre alt gewesen sein und das Jugendstrafrecht könnte somit anwendbar sein. Es bleibt also abzuwarten, ob der Rechtsstaat tatsächlich Härte zeigt oder ob er es mit symbolischen Bildern bewenden lässt.

*Dirk Pelster*

## Kein Platz, kein Ort scheint sicher

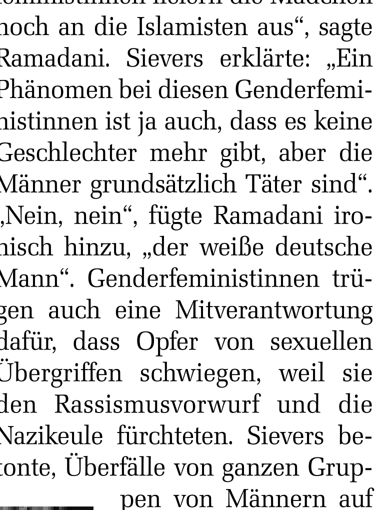
Vergewaltigungen habe es schon immer gegeben, erklärte Angela Merkel brüsk, als sie in einer TV-Sendung des ZDF von einer Studiobesucherin auf das schlimme Thema angesprochen wurde. Die Kanzlerin mochte nicht hören, was in Hunderten Polizeiberichten offensichtlich wird. Von ihr ins Land gelassene Asylbewerber erweisen sich als brutale Sexualstraftäter. Sie tun es in massenhaften Gewaltexzessen wie in der Kölner Sylvesternacht oder bei Überfällen auf Joggerinnen (Rosenheim), Schülerinnen (München) und Bahnfahrerinnen (Tübingen). Selbst die eigene Wohnung bietet Frauen keinen Schutz, wie verschiedene Fälle zeigen. Kein Platz, kein Ort scheint sicher. Ein Zahlenvergleich: 2015 registrierte die Statistik 1688 aufgeklärte Sexualdelikte, die von „Flüchtlingen“ begangen wurden. Das waren durchschnittlich über 140 im Monat. 2016 steigen die Zahlen auf mehr als 300 pro Monat an. Sicherlich ist Hussein K.s Tat schlimmer noch als viele andere sexuelle Übergriffe. Der Afghane ist aber längst nicht der einzige, der hier Schutz findet und es mit grausamer Gewalt dankt. *FH*

# Für Verbot von Kinderkopftüchern

## Hervorragende Podiumsdiskussion von »Frauen für Freiheit« mit Zana Ramadani

**Über die zunehmende Gewalt gegen Frauen durch Zuwanderer aus islamischen Ländern seit 2015 hat die Initiative „Frauen für Freiheit" eine spannende Podiumsdiskussion in der „Filmbühne" am Steinplatz in Berlin veranstaltet. Das Gespräch mit Zana Ramadani und Antje Sievers moderierte die Gründerin von „Frauen für Freiheit", Rebecca Schönenbach.**

Die Volkswirtin und zertifizierte Expertin für „islamische Finanzierung", Rebecca Schönenbach, untersucht auch die Geldquellen für den islamischen Terrorismus. Sie hat „Frauen für Freiheit" gegründet. Der Trägerverein dieser Initiative heißt „Veto! Für den Rechtsstaat e.V." Der Verein will eine Plattform zur Diskussion über Gefahren für den Rechtsstaat und die Demokratie bieten. „Frauen für Freiheit" will die Gleichberechtigung von Mann und Frau fördern. Wie die spannende Podiumsdiskussion kurz vor der Bundestagswahl im Berliner Restaurant „Filmbühne" zeigte, redet Frau Schönenbach dabei Klartext auch über die Gewaltanwendung von islamischen Männern und eine unzureichende öffentliche Debatte darüber. Sie fordert eine bundesweite Untersuchungskommission zu den öffentlich stattfindenden sexuellen Gruppenübergriffen durch muslimische Zuwanderer. Vorfälle wie in der Silvesternacht 2015 bewertet sie als auch „politische Kriminalität", bei der „Machtdemonstration" stattfinde. Richtern fehle Wissen über den politischen Islam.



Schönenbach tritt außerdem wie die Frauenrechtsorganisation „Terres des Femmes" (TdF) für ein gesetzliches Verbot des Kopftuchs bei Minderjährigen ein, des sogenannten Kinderkopftuchs. In einem mehrheitlich von TdF im Mai verabschiedeten Positionspapier heißt es zu dieser Forderung unter anderem: „Eltern aus konservativen muslimischen Familien erfahren oft einen immensen sozialen Druck durch das gesellschaftliche Umfeld und/oder die religiösen Autoritäten. Dieser Druck wird häufig an die Mädchen weitergegeben." Dies könne einhergehen mit Gewalt und Psychoterror, „wie beispielsweise mit dem Scheren des Haares bei Widerstand gegen die Verschleierung oder der Drohung, in die Hölle zu kommen", so TdF. Ein staatliches Verbot der Verschleierung von Minderjährigen in der Öffentlichkeit und vor allem in Ausbildungsinstitutionen würde den Druck von den Mädchen nehmen, das Kopftuch tragen zu müssen.

„Terres des Femmes" betont: „Das inzwischen weit verbreitete Mobbing gegen unverschleierte Mädchen etwa in Schulen, die als Unreine oder Schlampen beschimpft werden, muss strikt verurteilt und sanktioniert werden. Öffentliche Schulen müssen für alle Minderjährigen eine angstfreie Entwicklung ermöglichen und als neutrale staatliche Orte religiöse und ideologische Symbolik vermeiden."

> Gruppenüberfälle haben eine ganz neue Qualität

Zana Ramadani, Autorin des Bestsellers „Die verschleierte Gefahr" und Antje Sievers, Soziologin und Orientkennerin, erläuterten aus genauer Kenntnis, welcher Druck auf Mädchen bezüglich des Kopftuches ausgeübt wird. „Die Frauen werden dermaßen kontrolliert, das kann man sich hier gar nicht vorstellen", erklärte Sievers. „Die muslimischen Mädchen werden alleingelassen", sagte Ramadani, die einer albanischen Familie aus Mazedonien entstammt und als Kind mit ihren Eltern nach Deutschland kam. In den Berliner Stadtteilen Neukölln und Wedding gingen schon fünf- und sechsjährige Mädchen mit Kopftuch in den Kindergarten, schreibt Ramadani in ihrem Buch.



Auf dem Podium: Sievers (l.), Schönenbach mit dem Buch „Die verschleierte Gefahr" in der Hand und Ramadani Bild: Leh

Alle drei Frauen auf dem Podium kritisierten scharf „Gender- und Kopftuchfeministinnen", die das Kopftuchtragen noch unterstützen. Man kämpfe in Deutschland „wie blöd" dafür, dass Frauen Kopftuch tragen und in Burkinis schwimmen dürften, sagte Sievers. Damit werde den falschen Frauen der Rücken gestärkt. „Die Genderfeministinnen liefern die Mädchen noch an die Islamisten aus", sagte Ramadani. Sievers erklärte: „Ein Phänomen bei diesen Genderfeministinnen ist ja auch, dass es keine Geschlechter mehr gibt, aber die Männer grundsätzlich Täter sind". „Nein, nein", fügte Ramadani ironisch hinzu, „für der weiße deutsche Mann". Genderfeministinnen trügen auch eine Mitverantwortung dafür, dass Opfer von sexuellen Übergriffen schwiegen, weil sie den Rassismusvorwurf und die Nazikeule fürchteten. Sievers betonte, Überfälle von ganzen Gruppen von Männern auf Frauen hätten „eine völlig neue Qualität".

Ramadani schrieb bereits in ihrem Buch: „Deutsche Frauen sind Freiwild." Und: „Wenn ich in den Berliner Stadtteilen Wedding oder Gesundbrunnen durch die Straßen gehe, verfolgt mich ein Spalier von Augen. Sie gehören jungen Männern, die in Grüppchen zusammenstehen. Ihre Blicke sind unangenehm, ich weiß genau, was die denken." Für diese Männer, die sie für „eine Deutsche, also Christin" hielten, sei sie „ein Stück Dreck, eine unehrenhafte Frau". Ramadani, die früher bei „Femen" aktiv war, dort aber wieder ausstieg, ist inzwischen CDU-Mitglied. Wieso sie noch in der CDU sei, fragte Schönenbach, wo diese doch „die Sicherheit von Frauen weder ernst nimmt noch Fehler eingesteht und Verantwortung übernimmt". Ramadani distanzierte sich darauf klar von Angela Merkel: „Ich unterstütze diese Frau nicht." Das Problem sei die gegenwärtige Führungsschicht der CDU, „die Basis tickt anders".

*Michael Leh*

## MELDUNGEN

### 1500 Postler schnüffeln

**Berlin** – Knapp 1500 Mitarbeiter allein der Deutschen Post AG sind aktiv in sogenannte G-10-Maßnahmen eingebunden. Dabei geht es um die Überwachung des Briefverkehrs im Auftrag der deutschen Geheimdienste und der Verfassungsschutzbehörden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervor. Nach Angaben der Post handelt es sich bei ihren mit G-10-Maßnahmen betrauten Mitarbeitern teils um Leitungskräfte, welche die Durchführung der Maßnahmen koordinieren und verantworten, als auch um operative Kräfte, welche die Sendungen heraussuchen und den Vertretern der berechtigten Stellen aushändigen. *J.H.*

### Wer ist ein Gefährder?

**Berlin** – In den Medien wird der Begriff „Gefährder" im polizeifachlichen Sinne häufig missverständlich verwendet. Die Bundesregierung hat nun klargestellt, was das eigentlich ist. Demnach ist nach bundeseinheitlicher Definition ein Gefährder „eine Person, zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung" begehen wird. Davon zu unterscheiden ist eine „Relevante Person". Als solche wird im polizeilichen Sinne eine Person angesehen, „wenn sie innerhalb des extremistischen/terroristischen Spektrums die Rolle einer Führungsperson, eines Unterstützers beziehungsweise Logistikers oder eines Akteurs einnimmt und objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung fördert, unterstützt, begeht oder sich daran beteiligt". Als relevant gilt zudem eine Kontaktperson eines Gefährders, eines Beschuldigten oder eines Verdächtigen einer politischen Straftat von erheblicher Bedeutung. *J.H.*

# Versprechen uneinlösbar

## Bis 2018 wird nicht jeder Haushalt über schnelles Internet verfügen

Das Versprechen der Bundesregierung, dass bis 2018 jeder Haushalt über schnelles Internet verfügen werde, wird nicht gehalten werden. Vor allem auf dem flachen Land ist man davon weit entfernt. Während Bewohner vieler Ballungsgebiete über Breitband-DSL-Anschlüsse mit passablen Übertragungsraten oft stabil ins Netz kommen, ist der ländliche Raum stellenweise digitale Provinz. Knapp ein Viertel der deutschen Haushalte kriegt nicht einmal die Übertragungsrate von 50 Megabits pro Sekunde. Laut Zahlen der Bundesnetzagentur gab es Mitte 2015 in Deutschland rund zwei Millionen Glasfaseranschlüsse in Wohnungen und Gebäuden, von denen rund ein Fünftel aktiv genutzt wird. Das ist im europäischen Durchschnitt sehr wenig. Die Politik schafft offenbar wenig Anreize, direkt in Glasfaser zu investieren, anstatt auf Brückentechnologien zurückzugreifen. „Der aktuelle Stand der Glasfaser-Versorgung ist nicht gut, aber das eigentliche Drama ist, dass der Aufholprozess durch politische Weichenstellungen unzureichend unterstützt wird", kritisiert Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, die mehrere Studien zu diesem Thema veröffentlicht hat. „Wir haben ein Problem bei der digitalen Infrastruktur", sagt auch Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), gegenüber „Spiegel Online". „Die jetzigen Anbindungen, die vor allem auf Kupferleitungen basieren und vielleicht 50 oder 100 Megabits pro Sekunde liefern, sind keine Zukunftstechnologie. Eine solche Infrastruktur wird modernen Unternehmen in spätestens fünf bis zehn Jahren nicht annähernd erlauben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen."

> Brückentechnologie mit Kupfer statt moderner Glasfaser

Stärker als im Baltikum und skandinavischen Staaten wird in Deutschland die Versorgung den Telekommunikationsbetreibern überlassen. Diese haben ihre Aktivitäten aus wirtschaftlichen Gründen aber auf die Ballungsgebiete konzentriert.

Der „Innovationsindikator" des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung bestätigt, wie weit Deutschland im internationalen Vergleich zurückhängt. In der Gesamtwertung belegt die Bundesrepublik zwar einen guten vierten Rang unter 35 führenden Industrienationen. Im Teilbereich Digitalisierung schafft sie es aber nur auf Platz 17. Der Bund solle sich ambitioniertere Ziele setzen, meinen die Fraunhofer-Experten. Mit einem Breitbandziel von 50 Megabits pro Sekunde bis 2018 fällt Deutschland hinter die EU-Marke von 100 Megabits pro Sekunde bis 2020 zurück. 50 Megabits pro Sekunde seien auch mit VDSL (Very High Speed Digital Subscriber Line) und Vectoring über das bestehende Kupfernetz zu schaffen, ein besonderer Anreiz für Investitionen in Glasfaser ist das nicht.

„Vectoring verhindert einen konsequenten Glasfaser-Ausbau", bemängelt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung, diesen „deutschen Sonderweg". Die Bundesregierung bezeichnet diese Umrüstung der alten Kupferleitung als „Übergangstechnologie". Doch dagegen gibt es Widerstand: „Die Politik muss sich jetzt klar zur reinen Glasfaser bekennen und ein solches langfristiges, tragfähiges Infrastrukturziel setzen", sagt Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbands Breitbandkommunikation. *Peter Entinger*

# Neuer Bundestagspräsident?

## FDP und Grüne an Schäubles Finanzministerium interessiert

In der vergangenen Woche, kurz vor der Bundestagswahl, feierte Wolfgang Schäuble seinen 75. Geburtstag. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete ihn in einer kurzen Rede als „Herzenseuropäer". Das Bekenntnis, dass der Jubilar auch ihrem künftigen Kabinett angehören werde, vermied die CDU-Vorsitzende. Dabei waren bereits vor der Wahl zwei Dinge relativ klar. Erstens: Schäuble wird auch dem künftigen Bundestag angehören. Zweitens: Die CDU wird abermals als stärkste Fraktion die Regierungsbildung betreiben. Wohl nur in einer Großen Koalition könnte Schäuble sein Finanzressort behalten, in jeder anderen Konstellation würde der oder einer der Juniorpartner Anspruch auf dieses Ministerium erheben. In einem wirtschaftlich starken Land wie der Bundesrepublik sind Finanzminister in aller Regel beliebt, und hohe Zustimmungswerte sichern ihnen in aller Regel das Amt. Dennoch muss Schäuble zittern. Im November sitzt der promovierte Jurist seit viereinhalb Jahrzehnten ohne Pause im Bundestag, insgesamt 19 Jahre hat er auf der Regierungsbank gesessen. Er war immer einer der beliebtesten Politiker der Bundesregierung. Sein Erfolg hat Begehrlichkeiten geweckt. FDP-Chef Christian Lindner hält es für einen Fehler, dass sein verstorbener Parteifreund Guido Westerwelle das Finanzressort 2009 der Union überlassen hatte. Personen aus seinem engsten Umfeld gehen davon aus, dass Lindner selbst große Ambitionen auf dieses Amt hat. Ins Außenministerium zieht



Wolfgang Schäuble Bild: CDU_Seth

es ihn nicht. „Die FDP sollte in keine Regierung eintreten, in der sie nicht den Finanzminister stellt", sagte Vorstandsmitglied Alexander Hahn der „Bild"-Zeitung. Nur so kann nach seiner Einschätzung die FDP zentrale Wahlversprechen wie eine bessere Finanzierung der Bildung und eine Reform des Steuersystems sicherstellen.

Und selbst innerhalb der SPD gibt es Stimmen, die es für einen Fehler halten, dass man stets auf das Außenministerium gesetzt habe. Auf Reisen könne man keinen innenpolitischen Widerpart zur mächtigen Kanzlerin aufbauen, heißt es aus Genossen-Kreisen. Auch die Grünen schielen für den Fall einer Regierungsbeteiligung unverhohlen nach dem populären Ministerium. Die Steuereinnahmen des Staates sind so hoch wie selten, Schäubles Nachfolger könnte mit einer Steuerreform den großen Wurf planen. Sogar in der CDU gibt es offenbar Interessenten, die sich auf diesem Posten für eine Nach-Merkel-Ära in Stellung bringen könnten. Und so wird gerätselt, was Merkel eigentlich will. Bestimmt sie Schäuble abermals zum Finanzminister, dann wohl auch, um Gegenspieler auszuschalten. Benennt sie jemand anderen aus der CDU, dürfte dies als deutlicher Wink in Sachen Nachfolgefrage gedeutet werden. Dabei dürfte sie nicht vergessen, dass Schäuble stets loyal ihr gegenüber war. Merkel, so heißt es in Berlin, habe dem 75-Jährigen bereits das Amt des Bundestagspräsidenten schmackhaft gemacht. *P.E.*

# Sie können überall liegen

## Die explosiven Kriegshinterlassenschaften werden uns noch lange beschäftigen

**Explosive Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges sind auch heute ein erhebliches Risiko. Sie können überall liegen, unter Hochhaussiedlungen, unter Straßen, Bahnlinien oder Autobahnen, unter Industrieanlagen oder Krankenhäusern, aber auch in der freien Natur. Aufsehen erregen Funde von Fliegerbomben, aber es finden sich auch immer wieder nicht explodierte Granaten oder Infanteriemunition.**

Wird bei Bauarbeiten eine nicht explodierte Fliegerbombe entdeckt, wie jüngst in Frankfurt, müssen in Einzelfällen Zehntausende von Menschen ihre Wohnungen kurzzeitig räumen. Experten vermuten, dass rund 100 000 Bomben, die während des Zweiten Weltkrieges über Deutschland abgeworfen wurden, nicht explodiert sind. Hinzu kommen nicht explodierte Flakgranaten, aber auch Munition in Flugzeugwracks oder sogar Fahrzeugen und Geschützen, die kurz vor der Kapitulation von deutschen Truppen hastig in Seen und Flüssen versenkt wurden. Auch in Regionen, in denen während der Endphase des Krieges gekämpft wurde, kommt immer wieder nicht detonierte Munition zum Vorschein. Gelegentlich werden sogar noch vergessene Munitionsbunker entdeckt und müssen mühselig geräumt werden.

In Rheinland-Pfalz allein wurden 2016 fast 30 Tonnen Munition und Munitionsteile geborgen. Darunter waren 47 Blindgänger. In Hessen müssen die Experten des Kampfmittelräumdienstes etwa 400 Mal im Jahr ausrücken, um Blindgänger zu entschärfen und abzutransportieren. Großstädte und Ballungsräume, die in den letzten Jahren einen Bauboom erleben, verzeichnen sogar mehr Bombenfunde als früher. In Hamburg werden zurzeit gerade ehemalige Industrie- und Hafenflächen neu erschlossen. Außerdem werden in klassischen Arbeitervierteln wie Hammerbrook, die im Zweiten Weltkrieg stark zerbombt worden waren, neue Wohngebäude errichtet. Bei den Bauarbeiten kommen dann immer wieder Blindgänger ans Licht. Das ist nicht überraschend, denn von 1943 bis Kriegsende erlebte die Hansestadt mehr als 200 Luftangriffe.

> Alleine 2000 bis 2010 starben acht Kampfmittelräumer

Zuständig für die Beseitigung von Blindgängern sind die Kampfmittelräumdienste in den einzelnen Bundesländern. Sie sind nicht nur für Hinterlassenschaften des Krieges zuständig, sondern auch für Munition der Armeen des Warschauer Paktes. Der Kampfmittelräumdienst (KMD) ist je nach Bundesland verschiedenen Dienststellen zugeordnet. In Hamburg ist das die Feuerwehr, in Niedersachsen ist das die Landesvermessungsverwaltung, in Nordrhein-Westfalen sind das die Bezirksregierungen. In drei weiteren Bundesländern werden private Unternehmen unter staatlicher Aufsicht beauftragt. Dagegen gehört der KMD in den restlichen Bundesländern zur Polizei.

Mitarbeiter der Räumdienste und der zugelassenen Fachfirmen haben sehr unterschiedliche Ausbildungen. Viele sind von der Bundeswehr oder der Nationalen Volksarmee ausgebildete Munitionsfachleute oder Feuerwerker. Ihre Arbeit ist gefährlich. So sind zwischen 2000 und 2010 acht Kampfmittelräumer durch Explosionen getötet worden, drei alleine am 2. Juni 2010 bei der Detonation einer alliierten 500-Kilogramm-Bombe in Göttingen.

Hinweise auf Blindgänger kommen aus zwei Quellen. Die deutlich spektakulärere sind Zufallsfunde bei Bauarbeiten oder durch Privatleute. Denn wer Kampfmittel auf seinem Grundstück findet, muss sofort die Polizei oder das zuständige Ordnungsamt verständigen. Daneben suchen die Experten aber auch selbst nach den Gefahrenquellen im Boden. Dafür werten sie Luftbilder aus, welche die alliierten Luftstreitkräfte direkt nach den Angriffen gemachthatten, um das Ausmaß der angerichteten Schäden einschätzen zu können. Auf den Bildern sind Bombentrichter, gelegentlich aber auch Stellungen der Flak oder Standorte von Bunkern zu erkennen. Obwohl für eine systematische vorbeugende Suche das Geld fehlt, gehen die Kampfmittelräumer mit Metalldetektoren auf die Suche, wenn sie etwa auf einem Baugrundstück Blindgänger vermuten.

*Friedrich List*



**Nicht immer geht es so gut aus: Die Entschärfer vom Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen René Bennert (l.) und Dieter Schwetzleram mit einer von ihnen entschärften britischen Sprengbombe vom Typ HC-4000, die Ende vergangenen Monats auf einer Baustelle unweit der Frankfurter Goethe-Universität von einem Bagger freigelegt worden war**

Bild: pa

## Zeitzeugen



**Melitta Meinberger** – Die Münchener Rentnerin steht vor großen finanziellen Problemen. Auf ihrem Grundstück wurden zehn Tonnen Munition gefunden, dazu auch Phosphor, was vermutlich aus dort liegenden Brandbomben stammt. Beim Abriss des Nachbarhauses wurde ein voller Munitionsbunker entdeckt, der sich auch auf ihr Grundstück und unter ihr 1950 erbautes Haus erstreckt. Laut Gesetz muss sie die Kosten tragen – das sind rund 200 000 Euro.

**Jörg Hegemann** – Der Vorsitzende des Hammer Sport Clubs musste Anfang Juli sein Büro räumen, weil unter dem Anbau des Vereinsheims ein Blindgänger lag. Der Verein hatte einen Bauantrag gestellt, wofür eine Luftbildauswertung vorgeschrieben ist. Dabei stellte sich heraus, dass der Anbau auf einem früheren Bombentrichter steht. Sonden wurden in den Boden getrieben, um die Bombe zu lokalisieren, aber zum Glück war dort keine.



**Hans Peter Eser** – Eser ist Dezernent für Kampfmittelbeseitigung bei der Bezirksregierung Arnsberg. Die Behörde ist verantwortlich für die Beseitigung von Patronen, Bomben, Panzerfäusten, Minen und Bomben aus dem Krieg. Die Experten suchen Bomben nach Bedarf, zumeist auf künftigen Baustellen, denn ohne Bomben-Sondierung gibt es keine Baugenehmigung. Erst werden Luftbilder ausgewertet, dann folgt die Erkundung vor Ort.

**Karlheinz Krümmel** – Krümmel lebt in München und gilt als einer der führenden Experten zum Thema Blindgänger. Seit den 1960er Jahren sammelt er im eigenen Archiv Daten und Informationen. Es ist das einzige seiner Art. Der heute 79-Jährige kam als Junge mit Kampfmitteln in Kontakt, als er die Bombenangriffe auf seine Heimatstadt erlebte. Sein größter Wunsch ist ein spezielles Luftschutzmuseum mit umfassendem Archiv.

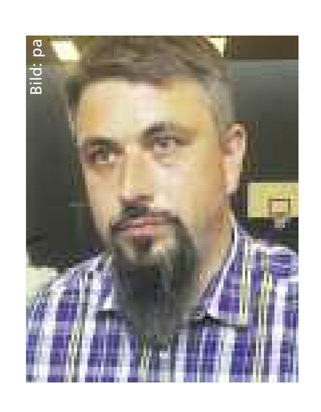


Bild: pa

**René Bennert** – „Ich gehe davon aus, dass wir noch über Jahrzehnte hinweg Bomben und sonstige Sprengkörper finden“, sagte der 39-jährige Kampfmittelexperte der Presse. Er arbeitet für den hessischen Räumdienst und ist mit zwei Kollegen unter anderem für den Großraum Frankfurt zuständig. Bennert lernte sein Handwerk 1975 bei der Luftwaffe. Er rückt rund 400 Mal pro Jahr aus.

## Deutschlands größte Evakuierung

Es war die wohl größte Evakuierungsaktion wegen einer alten Fliegerbombe seit dem Zweiten Weltkrieg. In den frühen Morgenstunden des 1. Septembers, an einem Sonntag, mussten rund 65 000 Frankfurter im Westend der Mainmetropole ihre Wohnungen und Häuser verlassen. Der Grund: Auf einer Baustelle unweit der Goethe-Universität war eine großkalibrige Sprengbombe vom Typ HC-4000 gefunden worden. Ein Bagger hatte den Sprengkörper einige Tage vorher freigelegt. Am Bombenkörper fehlten 70 Zentimeter, sodass nun ein Teil des Sprengstoffs der Luft ausgesetzt war und durch Reibung oder Druck zu explodieren drohte.

Die britische Luftwaffe hatte diese mit 1,4 Tonnen TNT (Trinitrotoluol) gefüllten Bomben über Wohngebieten abgeworfen. Die Zünder waren so eingestellt, dass sie über dem Ziel explodierten, Dächer abdeckten, Fenster eindrückten und Häuser beschädigten. Diese schweren Schäden bereiteten den Einsatz der Brandbomben vor. Sie explodierten in den teilzerstörten Gebäuden, wo die Brände reichlich Nahrung fanden und zum sogenannten Feuersturm führten. Der bildete sich durch die aufsteigende heiße Luft, die aus der Umgebung weitere Luft ansog und so den Brand erhielt. Diese Bomben gelangten als „Blockbuster“ oder „Wohnblockknacker“ zu trauriger Berühmtheit.

> 65 000 mussten ihr Zuhause räumen

Betroffen von der Räumung waren auch das Polizeipräsidium, der Hessische Rundfunk und mehrere Krankenhäuser in der Umgebung. Die Verantwortlichen mussten wegen der hohen Sprengkraft der Bombe den Evakuierungsradius besonders weit ziehen. Bei der eigentlichen Entschärfung durfte sich im Umkreis von eineinhalb Kilometern um den Fundort außer zwei Experten des Kampfmittelräumdienstes niemand aufhalten. Die Entschärfung dauerte etwa drei Stunden, weil bei zwei der drei Zünder die Zündladung nicht entfernt werden konnte. Also mussten die Zünder vor Ort gesprengt werden, bevor die Bombe abtransportiert werden konnte.

*F.L.*

# Ein Erbe der Weltkriege

## Wie die tickenden Zeitbomben in den Untergrund kamen

Die Kriege des 20. Jahrhunderts mögen in Europa nicht mehr sichtbar sein. Aber im Boden sind die Hinterlassenschaften nach wie vor vorhanden. Auf den Schlachtfeldern, aber auch im Untergrund vieler deutscher Städte lauern bis heute Blindgänger. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs versenkten die Siegermächte Zehntausende von Schuss Giftgasmunition in Nord- und Ostsee.

In Deutschland finden sich Blindgänger speziell in den Städten, die von der alliierten Bomberoffensive des Zweiten Weltkrieges betroffen waren. Das gilt gerade für die industriellen Ballungsräume. Zwar suchen die Behörden kontinuierlich nach den explosiven Hinterlassenschaften, aber die meisten werden durch Zufall bei Baumaßnahmen gefunden. Die Sprengkommandos des Zweiten Weltkrieges nahmen an, dass zwischen zehn und 20 Prozent der alliierten Bomben nicht explodierten.

Im Untergrund steckt also auch 70 Jahre nach Kriegsende weiterhin das breite Spektrum alliierter Abwurfwaffen – Spreng- und Brandbomben aller Kaliber, mit Zeitzünder versehene, aber nie explodierte Luftminen, allerdings auch überschwere Sprengbomben, die stark genug sind, um einen ganzen Wohnblock zu zerstören. Pro Jahr explodieren ein bis zwei Blindgänger durch Selbstzündung. Die Blindgängerrate unter Fliegerbomben war wegen der hohen Sicherheitsanforderungen besonders hoch. Die Bomben waren gegen unbeabsichtigte Explosionen bei Transport, Lagerung und während des Fluges, aber auch bei Bruchlandungen gesichert. Erst kurz vor dem Start entsicherte sie das Bodenpersonal durch Ziehen eines Vorsteckers. Scharf wurde die Bomber erst nach dem Abwurf etwa durch ein kleines Windrad. Allerdings wurden viele Bomben nicht scharf und schlugen daher ohne Explosion auf.

> Zehn bis 20 Prozent der alliierten Bomben explodierten nicht

Daneben finden sich im Untergrund nicht explodierte Flakgranaten. In den Gebieten, in denen die Wehrmacht bei Kriegsende kapitulierte, liegt zudem immer noch Kriegsmaterial mit scharfer Munition – etwa in Seen, in die Truppen kurz vor der Kapitulation ihre Fahrzeuge fuhren. Auch Flugzeugwracks aus der Kriegszeit enthalten immer noch scharfe Munition.

*F.L.*


**Preußische Allgemeine Zeitung**

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,70 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

**Konten:** HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

# Bauernland in Investorenhand

## Großkonzerne verdrängen brandenburgische Landwirte – Preise für Agrarland vervierfacht



**Für märkische Landwirte bald unbezahlbar? Bauernland bei Liebenwalde nördlich von Berlin**

Bild: Privat

**Konzerne kaufen in großem Stil Agrarland in Brandenburg auf. Sie treiben damit die Preise und schnappen Landwirten die Flächen weg. CDU, AfD und Grüne protestieren, die rot-rote Regierung reagiert schmallippig.**

Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Fraktion zeigt, haben sich die Kaufpreise für Ackerland in Brandenburg innerhalb von zehn Jahren fast vervierfacht. Im Jahr 2006 mussten Käufer im Schnitt 2776 Euro pro Hektar bezahlen, 2016 waren durchschnittlich 10 489 Euro für einen Hektar Ackerflächen in Brandenburg fällig.

Die rasante Preisentwicklung zeigt, dass inzwischen auch in Deutschland eine Entwicklung Fahrt aufnimmt, die bislang nur aus anderen Teilen der Welt bekannt war: Das sogenannte „Land-Grabbing“, der massive Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen durch auswärtige Investoren, macht nun auch den hiesigen Landwirten zu schaffen. Zunehmend gehen Nutzflächen sogar an Investoren über, die eigentlich nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben.

Welche Dimensionen diese Entwicklung angenommen hat, wurde deutlich, als im September 2016 das Unternehmen KTG Agrar in die Insolvenz ging. Mit 800 Mitarbeitern und mehr als 46 000 Hektar bewirtschafteter Fläche war KTG Agrar das bis dahin größte deutsche Agrarunternehmen. Aktiv war der Agrarriese vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Bereits im Oktober 2015 hatte die „Münchener Rück“ die Mehrheit an einer KTG-Tochterfirma übernommen.

Durch den Kauf erwarb der Versicherungskonzern in Brandenburg insgesamt 2300 Hektar Ackerland. Das Geschäft mit Firmenanteilen, ein sogenannter „Share Deal“, ermöglichte dem Münchner Finanzkonzern den Erwerb von Ackerflächen, der dem Unternehmen sonst so nicht möglich gewesen wäre: Für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr gelten Schutzregeln, die eigentlich sicherstellen sollen, dass Landwirte beim Kauf von Flächen zum Zuge kommen und eben nicht branchenfremde Investoren.

Nach Berechnungen des Bauernbundes Brandenburg sind in der Mark inzwischen 111 000 Hektar in das Eigentum von Agrarbetrieben gelangt, die nicht mehr brandenburgischen Landwirten gehören. Reinhard Jung, der Geschäftsführer des Bauernbundes, sieht weniger den Verkauf von Ackerflächen als Problem denn den damit verbundenen Einstieg auswärtiger Kapitalanleger in Landwirtschaftsbetriebe.

Aus Sicht Jungs fließt mit der Entwicklung zum einen Wertschöpfung aus der Region ab. Zum anderen hätten die auswärtigen Investoren aber auch viel Kapital im Rücken und könnten damit ortsansässigen Landwirten Flächen wegschnappen. Schleichend treiben sie damit auch die Kauf- und Pachtpreise in die Höhe.

Jung nennt gegenüber der *PAZ* vor allem ein Gegenmittel zu dieser Entwicklung: „Agrarsubventionen sind das einzige Werkzeug, das wirklich helfen kann.“ Konkret plädiert er dafür, Agrarsubventionen nach 2020 nur noch an ortsansässige Landwirte auszuzahlen sowie auch Förderungshöchstgrenzen pro Betrieb einzuziehen. Um sicherzustellen, dass eine solche Kappungsgrenze nicht umgangen wird, plädiert Jung dafür, die Förderung auf Landwirtschaftsbetriebe zu beschränken, die nicht mit anderen Unternehmen verflochten sind.

> »EU-Subventionen wären das einzige Gegenmittel«

Tatsächlich gehörte die im September 2016 in die Insolvenz gegangene KTG Agrar zu den größten Empfängern von EU-Subventionen für die Landwirtschaft. Kritiker haben in der Vergangenheit sogar den Verdacht geäußert, der Agrarkonzern hätte überhaupt nur deshalb Gewinne ausgewiesen, weil er massiv von EU-Geldern profitiert habe. Als eine weitere Stellschraube, mit allerdings sehr begrenzter Wirksamkeit, nennt Jung Änderungen bei den Flächenausschreibungen der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG).

Die Treuhand-Nachfolgerin verfügt tatsächlich noch immer über einen nennenswerten Bestand an Ackerflächen. Die BVVG könnte die Lage ortsansässiger Landwirte schon dadurch verbessern, dass sie die Ausschreibungen für Landwirtschaftsflächen kleiner gestaltet, anstatt große Areale auf einmal auf den Markt zu werfen. Auch die Opposition im Potsdamer Landtag sieht Handlungsbedarf: Axel Vogel, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, und der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Gliese, fordern ein Landwirtschaftsstrukturgesetz, um die umstrittenen Geschäfte mit landwirtschaftlichen Nutzflächen zu verhindern.

Brandenburgs rot-rote Landesregierung hält sich allerdings bislang sehr bedeckt. Der Landtagsabgeordnete Sven Schröder, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, hat in einer Kleinen Parlamentarischen Anfrage unlängst die Frage gestellt, ob die Landesregierung gewillt sei „die Positionen … der bäuerlichen Familienbetriebe und des ländlichen Raumes, beispielsweise durch finanzielle Förderung und gesetzliche Änderungen im Boden- beziehungsweise Erbrecht, zu verbessern“. Die Antwort der Landesregierung auf den angesprochenen Punkt lautet lediglich: „Die Kompetenz für die Gesetzgebung liegt beim Parlament.“ Formal ist dies richtig, allerdings deutet die knapp gehaltene Antwort nicht unbedingt auf ein besonderes Engagement der Landesregierung hin.

*Norman Hanert*

# Linke Träume

Von Theo Maass

Gibt es bei Grünen und Linkspartei Verfassungsfeinde? Oder doch wenigstens Leute, welche die Verfassung oder die wichtigsten, sich daraus ergebenden Gesetze nicht kennen? Konkret betroffen könnten Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) und Sandra Obermeyer (parteilos, für die Linke), Stadträtin im Bezirk Berlin-Mitte, sein. Das Duo lässt gerade eine „Wahl“ unter den nicht wahlberechtigten Ausländern durchführen. Eine Aktion, von der politische Signalwirkung ausgehen soll. Dassel fragt, „ob politische Partizipation wirklich so eng gefasst sein muss, wie sie im Moment gefasst ist“.

Die Abstimmung hat das bestätigt, was auch bei anderen Gelegenheiten zutage gefördert wurde. Ausländer in Deutschland würden überwiegend linke Parteien wählen. Kein Wunder, dass diese Parteien auch bemüht sind, noch mehr von dieser Klientel ins Land zu bringen. Konkret ergab die „Wahl“ in Berlin Mitte 65,9 Prozent Stimmenanteil für Rot-Rot-Grün. Die Grünen wären mit 16 Prozent dabei und müssten sich keine Sorgen mehr um das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde machen. Am besten schnitt die SPD mit 26,8 Prozent ab, es folgen die Linkspartei mit 23,1 und die CDU mit 21,7 Prozent.

In den Wahlgesetzen und im Grundgesetz ist aus gutem Grund vom Volk die Rede und nicht von der „Bevölkerung“. Zum Volk gehören auch nicht die, die „erst kürzlich zu uns gekommen sind“, selbst wenn Kanzlerin Merkel gern von dieser Begrifflichkeit spricht. Erst die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft bedeutet den Eintritt ins Staatsvolk.

Jouanna Hassoun vom Verein Transaidency ist von der „Wahl“-Aktion angetan. Andere Gruppierungen mit „Migrationshintergrund“ gewiss auch. Obermeyer meint, es müsse darüber nachgedacht werden, ob der Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft zu steinig sei. Sie dürfte in ihrem Ansinnen vom günstigen Abschneiden linker Parteien bei Ausländern gewiss beflügelt werden.

Wenn der grüne Bezirksbürgermeister von Dassel beklagt, dass 105 000 Menschen – ein gutes Drittel der Erwachsenen in Mitte – nicht wählen können, dann ist das eine traurige Bestandsaufnahme der Überfremdung, die sich in diesem Teil Berlins ausgebreitet hat. Insoweit haben die beiden „OrganisatorInnen“ recht, wenn sie davon sprechen, dass ihre Aktion ein Denkanstoß sei. Denkanstoß für wen? Der Umstand, dass viele Menschen in Berlin und insbesondere Berlin-Mitte wohnen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, zeigt nur, dass sie die Staatsbürgerschaft entweder nicht wollen oder die Voraussetzungen nicht mitbringen. Beides ein guter Grund, sie nicht an deutschen Wahlen teilnehmen zu lassen. Genau so wollten es die Schöpfer des Grundgesetzes.

# Kampf dem Ämterchaos

## Expertengruppe soll Berlins Verwaltung auf Vordermann bringen

Die Berliner Verwaltung hat keinen guten Ruf. Bürger beschweren sich nicht bloß über extrem lange Wartezeiten auf den Bürgerämtern. Auch Standesämter und die Kfz-Zulassungsstelle stehen in der Kritik. Manche Behörden werden nur noch tätig, wenn die Bürger sich zunächst „online“ angemeldet haben. Bekannt sind die Probleme, hinter denen auch Personalabbau, hoher Altersdurchschnitt und extrem hoher Krankenstand stehen.

Während sich bisher an der Personalsituation wenig geändert hat, ist Innensenator Andreas Geisel (SPD) auf die Idee verfallen, eine „Expertengruppe“ zu berufen, die „von außen“ das Ämterchaos zu beenden helfen soll. Die 13-köpfige Gruppe unter Vorsitz des langjährigen Vorstandsmitglieds der Bundesagentur für Arbeit Heinrich Alt soll eine „Bestandsaufnahme durchführen“ und „praktische Lösungen erarbeiten“. Mit Angelika Flatz, Sektionschefin im Bundeskanzleramt von Österreich, holte Geisel sich sogar Sachverstand aus dem benachbarten Ausland. Aufgabe ist es, Verwaltungsstrukturen zu untersuchen. Auch die Informationstechnik steht auf dem Prüfstand.

> Der Personalmangel überschattet alle guten Vorschläge

Bereits im Sommer hatten FDP und AfD eine Enquetekommission zu den Zuständen in der Verwaltung gefordert, dem sich schließlich SPD und Grüne angeschlossen. Die Expertengruppe arbeitet „ehrenamtlich“. Alt gibt sich optimistisch: „Wir wollen alles einsammeln, was an guten Ideen dabei ist.“

Aber auch noch so optimierte Arbeitsabläufe beheben nicht den Personalmangel. Nicht weniger als 4000 Stellen allein in den Senatsverwaltungen sind zurzeit unbesetzt. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) denkt nun daran, das Personal durch arbeitslos gewordene Verwaltungsmitarbeiter von Air Berlin aufzufüllen. „Wir brauchen Menschen in der Verwaltung und bei Air Berlin arbeiten erfahrene Arbeitnehmer, die viele Kompetenzen einbringen können.“ In Berlin arbeiten alleine rund 1000 Beschäftigte – darunter IT-Fachleute und Buchhalter – in der Zentrale von Air Berlin.

Am 9. Januar soll die Expertengruppe ihre Ergebnisse vorstellen. Dabei lastet der Personalmangel wie ein dunkler Schatten auf allen guten Ratschlägen. Zusätzlich verschärft sich das Problem dadurch, dass in den kommenden Jahren zwischen 7000 und 8000 Mitarbeiter jährlich in Rente beziehungsweise in Pension gehen werden.

*Hans Lody*

# Nicht nach Berlin

## Staatsanwaltschaft findet keinen Nachwuchs

Staatsanwalt in Berlin, das scheint für gute Juristen keine berufliche Option mehr zu sein. Eigentlich sollten bei der Berliner Staatsanwaltschaft 20 neue Stellen besetzt werden, doch bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gingen nach Angaben der Justizverwaltung gerade einmal fünf Bewerbungen ein.

Der Grund dürften die als außergewöhnlich schlecht bekannten Arbeitsbedingungen sein: Arbeitsüberlastung infolge Personalknappheit, mangelhafte Technik und Ausstattung und eine fehlende Personalentwicklung. Kritiker beklagen, Talente würden kleingehalten und verheizt statt gefördert. Auch die unterdurchschnittliche Besoldung schreckt ab. Zudem ist allgemein bekannt, dass die Staatsanwälte in Berlin keinen politischen Rückhalt haben. Sie werfen dem Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dirk Behrendt (Grüne), vor, sich nur für die beiden letzten Punkte, nicht aber für sein viel wichtigeres Aufgabengebiet Justiz zu interessieren. So blieben die massiven Probleme in diesem Bereich ungelöst, während der Senator mit großem Eifer Stellen für Verbraucherschutz, eine „Ernährungsstrategie für Berlin“, gegen Diskriminierung und für die „Initiative sexuelle Vielfalt“ schaffe.

> Überlastet und auch noch schlecht bezahlt

Unter ähnlich schlechten Bedingungen müssen auch die Amtsanwälte arbeiten, welche die Masse der Fälle von Alltagskriminalität auf den Tisch bekommen. Bei 400 000 Fällen pro Jahr bleiben ihnen nur zwei Minuten Bearbeitungszeit pro Akte. Mit der Folge, dass viele Verfahren eingestellt werden müssen, weil das Personal fehlt, um die Fälle auszuermitteln und anzuklagen.

*J.H.*

# Einbruch ins Polizeipräsidium

Unbekannte sind am Wochenende des 16. und 17. September in das Berliner Polizeipräsidium eingebrochen. Der oder die Täter hatten es dabei auf die polizeihistorische Sammlung abgesehen. Nach Angaben einer Polizeisprecherin wurden bei dem Einbruch Antiquitäten aus der Sammlung wie etwa Dienstauszeichnungen und Dienstmarken gestohlen. Für den Einbruch sollen die Täter ein Baugerüst im Hof des Präsidiumsgebäudes genutzt haben. Für die Sicherung des Präsidiums ist, wie auch bei anderen öffentlichen Gebäuden in Berlin, eine private Sicherheitsfirma zuständig. Die Tageszeitung „Die ‚Welt“ hat unter Berufung auf Beamte berichtet, die Täter hätten nur wenige Schritte weitergehen müssen, um zu den Büros des polizeilichen Staatsschutzes zu gelangen. Laut Polizeiangaben soll eine unmittelbare Einbruchsgefahr in die Staatsschutzbüros allerdings nicht bestanden haben.

*N.H.*

## MELDUNGEN

### Zypern verkauft EU-Pässe

**Nikosia** – Vier Milliarden Euro soll Zypern laut „Guardian“ seit 2013 mit dem Verkauf von EU-Pässen verdient haben. Zwar sei es gängige Praxis, dass ein EU-Land die Staatsbürgerschaft an Bürger aus Drittländern vergibt, wenn diese größere Summen in dem Land investieren, doch Zypern gerät in die Kritik, weil es EU-Pässe an Reiche aus Russland und der Ukraine vergeben hat, die unter Korruptionsverdacht stehen. Normalerweise erhalten Firmengründer die zyprische Staatsbürgerschaft, wenn sie zwei Millionen Euro investieren. Die andere Möglichkeit ist der Kauf einer Immobilie für 500000 Euro. Zypern hat 2016 400 solcher Pässe vergeben. *MRK*

### Zwischen Baum und Borke

**Tiraspol** – Die Republik Transnistrien, zwischen Moldau und der Ukraine gelegen, steckt zwischen Baum und Borke. Seit die Ukraine wegen des Konflikts mit Moskau sämtliche Warenlieferungen aus Russland in die völkerrechtlich zu Moldau gehörenden und international nicht anerkannte Republik blockiert hat, verzeichnet die transnistrische Wirtschaft 40 Millionen Dollar Verlust, zehn Prozent der Bevölkerung sind ohne Lohn und Brot. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Sezession von Moldau 1992 wird Transnistrien großzügig von Moskau unterstützt. Schließlich dient die Region Russland als Pufferzone gegen die EU. Vadim Krasnoselskij, der Präsident von Transnistrien, verhält sich taktisch in dem Versuch, die angespannte geopolitische Situation zum Vorteil für sein Land zu nutzen. Damit signalisiert er der EU und Moldau, dass Handlungsbedarf besteht, und Russland, dass er eine Alternative zu Moskau als Sicherheitsgaranten hat: Vertreter der Ukraine haben ihn schon besucht. *MRK*

# Der Aufstand vor der Vertreibung

## Der Westen verschweigt die Vorgeschichte des Vorgehens Myanmars gegen die muslimischen Rohingya

**Die muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmar sieht sich nach einem Aufstandsversuch im August verstärkter Verfolgung durch die Armee ausgesetzt.**

Nach einigen Monaten Ruhe hatte Ende August im Westen der Republik der Union Myanmar eine neu gegründete Miliz der muslimischen Minderheit der Rohingya einen Aufstandsversuch unternommen. Sie verübten einen Überfall auf drei Polizeiposten an der Grenze zu Bangladesch. Dabei wurden neun Polizisten getötet. Bei Gegenangriffen der birmanischen Armee wurden mehr als 100 Angreifer getötet, die Armee riegelte Teile des Gliedstaates Rakhine ab. Eine massive Fluchtwelle setzte ein, in deren Verlauf bis zu 300000 staatenlose Rohingya, die in Myanmar als Bengalen bezeichnet werden, nach Bangladesch flüchteten. Die Regierung von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die unter starker Kontrolle der myanmarischen Militärs steht, stellt die Rohingya als Terroristen dar.



Politisch korrekte Darstellung von Moslems als Opfer: Demonstration für Rohingya in Rom Bild: Imago

Der Konflikt um die Staatsangehörigkeit der Rohingya schwelt seit der Unabhängigkeit Birmas und Indiens von den britischen Kolonialherren. Während sich in Indien die Nachfolgestaaten Indien und Pakistan entlang der Religionsgrenzen zwischen Muslimen und Hindus trennten, geschah eine solche Trennung an der Grenze zu Birma nicht. Eine große muslimische Minderheit verblieb auf birmanischem Territorium und große buddhistische Minderheiten verblieben auf dem Territorium von Bangladesch. Während in Bangladesch seit der Erlangung der Unabhängigkeit des Staates von Pakistan 1971 etwa drei Millionen Buddhisten ermordet wurden, ohne dass die Weltgemeinschaft daran Anteil genommen hätte, vermehrten sich die Rohingya im buddhistischen Birma auf heute zwei Millionen Angehörige. Dies ist der Hintergrund der Spannungen zwischen Myanmar und Bangladesch, dessen Spielball die Rohingya sind.

Dass sich die Rohingya bewaffnen würden, war abzusehen, immerhin gehört die Gewalt im Islam zum Wesen der Religion und diese hat zurzeit weltweit Hochkonjunktur. Die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA), die sich zu den Angriffen auf die Polizeistationen bekannt hat, ist nach Angaben der International Crisis Group (ICG) 2016 von gut 20 Rohingya im saudi-arabischen Exil gegründet worden. Sie gibt vor, eine klassische Aufstands-Armee zu sein, ihre Uniform ist jedoch schwarz wie die des Islamischen Staates (IS), der al-Kaida und aller radikalen Moslems weltweit. Aufgefallen waren auch die Bärte der ARSA-Krieger. Bezeichnenderweise boten al-Kaida und der IS auch gleich ihre Unterstützung für den Heiligen Krieg der Rohingya an.

Die Flüchtlingswelle, die Ende August eingesetzt hat, ist nicht die erste. Es gab bereits Ende der 1970er Jahre, Anfang der 1990er Jahre und vor zehn Jahren drei große Fluchtwellen von Rohingya. In den 1970er und 1980er Jahren waren die Rohingya in Bangladesch noch großzügig aufgenommen worden. Heute sind sie auch für Bangladesch Spielball politischer Interessen. Das demokratische Myanmar verweigert seine Staatsangehörigkeit den Rohingya, die sich auch mit ihrer dunklen Hautfarbe von dem Rest der Bewohner Myanmars unterscheiden und deshalb als Bengalen angesehen werden, die aus Bangladesch illegal nach Birma zugewandert seien. Im südostasiatischen Vielvölkerstaat sind die große Mehrheit der 55 Millionen Einwohner Buddhisten, lediglich vier Prozent bezeichnen sich als Muslime. Mit zahlreichen ethnischen Minderheiten und deren Rebellenverbänden hat Myanmars Führung in den vergangenen Monaten seit der Rückkehr zur Demokratie einen Waffenstillstand vereinbart, mit den Rohingya nicht.

*Bodo Bost*

### Unterschiede zwischen Buddhismus und Islam

Während der Buddhismus wie der Hinduismus jahrhundertelang auf geistige Eroberungen aus war, drang der Islam mit Gewalt in Asien ein. Bevor die Araber den Islam in der Mitte des 7. Jahrhunderts nach Zentralasien brachten, hatte der Buddhismus dort Jahrhunderte lang geblüht. Besonders vorherrschend war er entlang der Seidenstraße, auf welcher der Handel zwischen Indien und China verlief und die von beiden Ländern nach Byzanz führte. Über die Seidenstraße ist der Islam schon früh in urbuddhistisches Gebiet in Zentralasien und Vorderindien vorgestoßen. In Bamiyan, einer der heiligen Stätten des Buddhismus und Weltkulturerbe im heutigen Afghanistan mit seinen riesigen Buddha-Standbildern, die erst unter der Herrschaft der Taliban 2001 zerstört wurden, trat schon im 8. Jahrhundert der Herrscher zum Islam über. Bevor die Inder 1948 die Briten als Kolonialmacht vertrieben, hatten sie im 17. und 18. Jahrhundert die islamischen Mogulherrscher als Kolonialmacht vertrieben. Der Islam war in Zentralasien und in Indien über Jahrhunderte auch Kolonialmacht, was viele heute nicht mehr wahrhaben wollen, die den Islam und damit auch die Rohingya aus ideologischen Gründen nur in der Rolle der Unterdrückten sehen wollen. *B.B.*

# Madrid erhöht den Druck

## Der Streit um eine mögliche Unabhängigkeit Kataloniens eskaliert

Der Streit um die Unabhängigkeitsbestrebungen in der spanischen Provinz Katalonien eskaliert. Die Regierung in Madrid erhöht den Druck auf die Separatisten. Zum ersten Mal, seit das spanische Verfassungsgericht Anfang dieses Monats das Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens für illegal erklärt hatte, durchsuchten Beamte der Guardia Civil die Räume mehrerer Ministerien der katalanischen Regionalregierung und nahmen etliche Personen fest. Die katalanischen Separatisten, die 2015 bei den Regionalwahlen gewonnen hatten, streben das Ausscheiden aus dem spanischen Staatsverband an.

Die von der Polizei verhafteten 16 Spitzenbeamten der katalanischen Regionalregierung gehörten offenbar zu einer Gruppe, die mit der Vorbereitung und Durchführung des geplanten Unabhängigkeitsreferendums in Katalonien betraut ist, das trotz des höchstrichterlichen Verbotes durchgeführt werden soll. Die Guardia Civil beschlagnahmte in einer Druckerei rund zehn Millionen Stimmzettel, die für die Volksbefragung bereitlagen. Der Finanzminister und Vizepräsident der Regionalregierung, Oriol Junqueras, hat das Vorgehen der Polizei in einer Stellungnahme scharf verurteilt. Madrid zeige eine völlige Missachtung der Meinung der Bürger und tue Dinge, die man in westlichen Demokratien seit Jahrzehnten nicht gesehen habe.

Umfragen in Katalonien über die Stimmung in der insgesamt 7,5 Millionen Einwohner zählenden Region ergeben kein klares Bild. Manche Meinungsforscher sehen die Gegner einer Abspaltung knapp vorn, andere die Unabhängigkeitsbefürworter. Einigkeit besteht nur darin, dass eine breite Mehrheit von 70 bis 80 Prozent der Wahlberechtigten ein Referendum befürwortet, darunter also auch ein beträchtlicher Teil der Gegner einer Abspaltung von Spanien.

**Eine breite Mehrheit der Katalanen will selber entscheiden**

Der Regionalpräsident von Katalonien, Carles Puigdemont, fährt unterdessen weiter einen harten Kurs. Er wirft der Zentralregierung in Madrid vor, sie wolle die Katalanen an der freien und friedlichen Meinungsäußerung hindern. Sie habe ohne Rechtsgrundlage faktisch einen Ausnahmezustand verhängt und die Selbstregierung Kataloniens aufgehoben. Mit ihren Maßnahmen bedrohe sie die Gesamtheit der Bürgerschaft, die so geschaffene Lage sei in einer Demokratie nicht akzeptabel. „Wir werden eine Rückkehr in vergangene Epochen nicht hinnehmen und dass sie uns nicht erlauben, über die künftigen Epochen von Freiheit und Demokratie zu entscheiden.“

Im Juni hatte die katalanische Regionalregierung entschieden, dass am 1. Oktober die Bevölkerung in der Region über die Unabhängigkeit von Spanien abstimmen soll, und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Katalanen gut 300 Jahre nach dem Fall unter die spanische Krone wieder zur Unabhängigkeit verhelfen soll. Dieses wurde vom katalonischen Parlament im August verabschiedet. Völlig unklar ist, was passiert, sollte das Referendum durchgeführt werden. Am Ende könnte sich die Regierung in Madrid gar genötigt sehen, die Armee in die abspenstige Region zu entsenden.

Die Katalanen berufen sich jedenfalls auf das Völkerrecht. Die Tageszeitung „La Vanguardia“ berichtet, dass man sich auf den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ beziehen wird, der von den Vereinten Nationen 1966 beschlossen wurde. Darin ist ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Menschenrecht verankert.

*Peter Entinger*

# Erfolgreiche Asylpolitik

## Wie Italien die Immigration über das Mittelmeer eindämmt

Im August sind 86 Prozent weniger Immigranten über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien gelangt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Verantwortlich dafür ist nicht nur eine neue, rigorosere Politik des Landes gegenüber den sogenannten Flüchtlingsrettungsdiensten im Mittelmeer. Laut Middle East Eye, einer Londoner Nachrichten-Website, soll die italienische Regierung darüber hinaus die lokalen Brigaden in der 80 Kilometer westlich von Tripolis gelegenen Stadt Sabratha und Milizen im Süden Libyens bezahlt haben, um das Immigrantenaufkommen zu reduzieren. Damit knüpft Italien an die Ära Muammar al-Gaddafi an, den Europa bis zu seinem Sturz 2011 für die Verhinderung illegaler Immigration von Europa mit barer Münze bezahlte. Die Hilfen für die Milizen, die bislang auch am Menschenschmuggel fleißig mitverdient hatten, beinhalten Bargeld wie Ausrüstung und werden über die städtischen Kommunalbehörden geleitet, die von den Milizen kontrolliert werden. Anfang August hatte die italienische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit angekündigt, dass sie elf Tonnen Hilfsgüter für das Universitätsklinikum Sabratha ausgeliefert habe. Vor zwei Wochen hat die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass eine bewaffnete Miliz Immigrantenboote bei Sabratha davon abgehalten habe, über das Mittelmeer zu fahren.

Es gab auch Berichte, dass der Menschenhandel aus dem nahe gelegenen az-Zawiya zum Stillstand gekommen sei. Ein möglicher Grund für den berichteten Stillstand könnte die Verhaftung von Fahmi Salim Musa Bin Khalifa gewesen sein, der den Spitznamen „König des Schmuggels“ hat. Musa Bin Khalifa gilt als der Hauptstrippenzieher im libyschen Schleuserwesen. Er gilt als einer der größten Schmuggler über das Mittelmeer und besitzt viele eigene Schiffe und Transporter. Er schickte bislang seine Immigrantenboote von der 60 Kilometer von der Grenze zu Tunesien entfernten nordwestlibyschen Hafenstadt Zuwara und von Sabratha aus übers Mittelmeer. Den starken Rückgang der Immigrantenzahlen im Juli und August erklärten die italienischen Behörden bislang mit den Wetterbedingungen in der Hauptsaison, aber das Wetter sei nach Ansicht der Seeleute sehr günstig gewesen. In besagten zwei Monaten soll die libysche Küstenwache, die von Italien mit neuen Booten und Radargeräten ausgerüstet worden war, 20000 Immigranten vom Meer zurückgeholt haben. Die italienische Marine hatte der libyschen Küstenwache eine spezielle Ausbildung angeboten.

**Rom bezahlt Machthaber in Libyen für Unterstützung**

Der italienische Innenminister Marco Minniti, der als entschiedener Gegner des Asylmissbrauchs gilt, hatte seit Mai dieses Jahres Bürgermeister und Stammesführer aus Südlibyen getroffen, um mit ihnen jeweils einzeln Verträge zur Bekämpfung des Menschenhandels zu unterzeichnen. Italien war frühzeitig zu der Überzeugung gelangt, dass die Immigranten bereits an der Südgrenze Libyens aufgehalten werden müssen, bevor sie an Libyens Küste gelangen, von wo sie nur schwer wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können. Zudem hatte Rom mit der international anerkannten Regierung von Fayez al-Sarraj, einer der drei Konkurrenten in Libyen um die Macht, Verträge unterzeichnet. Vor allem im Süden des Landes liegt derzeit die wahre Macht seit dem Sturz Gaddafis bei den Milizen und Stammesführern. *B.B.*

# Unausgegoren wie die »Energiewende«

## Welche Schwierigkeiten ein zeitnahes Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor mit sich brächte

**Prominente Vertreter der Grünen, sowie SPD- und unionsregierte Länder wollen bereits ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zulassen. Ähnlich wie bei der „Energiewende“ besteht damit die Gefahr, dass die Politik eine folgenreiche Weichenstellung vornimmt, bevor überhaupt grundlegende Voraussetzungen geklärt sind.**

Im Fall der „Erneuerbaren“ Energien ist es die Frage einer großtechnischen Speicherung, die bis heute ungelöst ist. Auch das momentan so stark von der Politik propagierte E-Auto krankt bislang an dem Problem der unbefriedigenden Speicherfähigkeit von Strom. Trotz erheblicher Forschungsanstrengungen ist ein großer Durchbruch bei der Energiedichte der Batterien bisher noch nicht gelungen. Im Schnitt weisen die Lithium-Polymer-Akkus eine Energiedichte von 140 bis 180 Wattstunden je Kilogramm Gewicht auf. Die Energiedichte von Benzin liegt dagegen bei 12 800 Wattstunden pro Kilo. Das „Energiebündel“ Diesel ermöglicht noch größere Reichweiten.

Neue Konzepte, etwa neuartige Feststoffzellen für Lithium-Ionen-Akkus, sind zwar angekündigt, allerdings bislang nicht serienreif. Als interessanter Lösungsansatz für das Reichweitenproblem bei Batterien galt einige Zeit das Konzept eines Schnellwechsels der Akkus an Ladestationen. Ein Pilotprojekt in Israel, das weltweit als Vorbild dienen sollte, ist allerdings im Jahr 2013 gescheitert.

Auch die zu beobachtende Gewichtszunahme von Akkus lässt einen Schnellwechsel als Alternative zu langen Ladezeiten immer unrealistischer erscheinen. So wiegt die 90-Kilowatt-Batterie, die der Hersteller Tesla in seinen E-Autos verbaut, mehr als eine halbe Tonne. Tesla integriert die Batterie zudem in die Struktur des Autos, was einen Schnellwechsel zusätzlich ausschließt.

Stattdessen setzt der US-Autobauer auf eine Schnelllade-Technik. Trotz der Bezeichnung „Supercharger“ (Spitzenladegerät) für ihre Stromtankstellen müssen die Nutzer der E-Autos im Vergleich zur Tankfüllung für Benzin- oder Dieselfahrzeuge allerdings immer noch viel Zeit aufwenden. Tesla gibt für eine Reichweite von 270 Kilometern als Ladezeit immerhin eine halbe Stunde an.

> Zu den ungelösten Problemen des E-Autos gehören die Speicherung, das Laden und die Erzeugung des Stroms

Drastische Dimensionen deuten sich auch bei der notwendigen Infrastruktur für Ladestationen an. Die Statistik wies zum Jahresbeginn 62,6 Millionen Kraftfahrzeuge und rund 14 500 Tankstellen für ganz Deutschland aus. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren würde es nötig machen, dass mehrere Millionen Parkplätze für Autos mit einer Ladestation ausgestattet werden. Inzwischen sind Planungen der EU-Kommission bekannt geworden, offenbar ab 2025 in neuen und grundlegend renovierten Büro- oder Behördengebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen die Installation von Ladestationen obligatorisch zu machen. Bei Neubauten oder großen Renovierungen von Mehrfamilienhäusern mit mehr als zehn Parkplätzen will die Brüsseler Kommission sogar eine Verkabelung jedes Parkplatzes fordern. Bei derzeitigen Preisen von bis zu 75 000 Euro pro Ladestation droht als Folge ein massiver Kostenschub beim Bau oder der Renovierung von Immobilien.

Skeptisch stimmen muss auch die Entwicklung in Norwegen, das als Vorreiter in Sachen Elektromobilität gilt. Die Organisation „Elbilforening“, welche die Interessen der norwegischen E-Autofahrer vertritt, hat vor Kurzem den Rat erteilt, auf die Anschaffung eines Elektroautos zu verzichten, wenn keine Möglichkeit besteht, die Fahrzeugbatterien zu Hause zu laden. Hintergrund ist die Schere zwischen zugelassenen E-Autos in Norwegen und den bereitstehenden Lademöglichkeiten.

Angesichts des derzeitigen Bestandes von über 60 Millionen Kraftfahrzeugen in Deutschland drängt sich allerdings auch noch die Frage auf, wie der Mehrbedarf an Elektroenergie gedeckt werden soll. Der Wissenschaftsjournalist Vince Ebert hat sich auf spektrum.de die Mühe gemacht, allein die Auswirkungen von einer Million E-Autos durchzukalkulieren. Zur Erinnerung: Sigmar Gabriel hatte im Jahr 2008 als Umweltminister das Ziel ausgegeben, dass hierzulande bis 2020 eine Million Elektroautos unterwegs sein sollen.

Der Journalist Vince Ebert rechnet vor: „Für diesen Fall sollen laut Bundesregierung moderne Schnellladestationen von jeweils 350 Kilowatt Leistung im gesamten Land installiert werden. Dazu ein Rechenbeispiel: Angenommen, es ist 20 Uhr, und zehn Prozent der eine Million Elektroautobesitzer möchten ihre Fahrzeuge aufladen. Dann wird zusätzlich zu dem normalen Strombedarf eine Leistung von 35 000 Megawatt benötigt. Das entspräche ungefähr 23 mittleren Kohlekraftwerken oder – falls Sie es nachhaltiger haben wollen – 35 000 Windrädern.“

Damit nicht genug. Der immense Mehrbedarf an elektrischer Energie zum Ersatz der Energieträger Benzin und Diesel würde auch noch in eine ohnehin schwierige Umbruchphase fallen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bis 2023 das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen. Als nächstes Großprojekt der „Energiewende“ zeichnet sich bereits ein Ausstieg aus der Kohleverstromung ab. Deutschland deckt bislang rund 47 Prozent seiner Stromerzeugung über die Verstromung von Stein- und Braunkohle ab. *Norman Hanert*



**Der schöne Schein trügt: Das E-Auto, hier ein BMW i3, wirft insbesondere beim massenhaften Einsatz jede Menge ungelöster Probleme auf** Bild: Imago

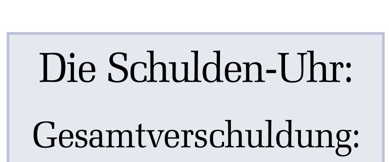
## MELDUNGEN

### Peking legt Wert auf Ästhetik

**Peking** – Die chinesische Industrie- und Handelsbehörde hat neue Richtlinien zur Wirtschaftsästhetik erlassen. Hiervon sind insbesondere Unternehmensnamen betroffen, bei denen es zu einem gewissen Wildwuchs kam. So seien sie in vielen Fällen zu lang und zu unklar. Ein Kondomproduzent gab sich beispielsweise den wenig hilfreichen Namen „Eine Gruppe von jungen Leuten, die Träume hat und glaubt, unter Anleitung des Onkels Niu Wunder im Leben zu vollbringen“. Andere Namen wären sogar anstößig, heißt es seitens der Kammer. Politische und religiöse Firmenbezeichnungen sind in China grundsätzlich untersagt. *T.W.W.*

### Millionen für Ladestationen

**Berlin** – Der Bund hat bisher Fördergelder in Höhe von 27,17 Millionen Euro für rund 5000 Normallade- und knapp 1000 Schnellladepunkte für Elektrofahrzeuge bewilligt. Die meisten bewilligten Normalladepunkte befinden sich mit fast 2000 in Nordrhein-Westfalen, die meisten der Schnellladepunkte in Bayern (207). Grundlage der Zuwendungen ist die Förderrichtlinie „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge“. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.821.147.341 €

Vorwoche: 1.987.236.821.654 €

Verschuldung pro Kopf:
24.041 €

Vorwoche: 24.182 €

*(Dienstag, 26. September 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Moskau buhlt um Experten

## Sonderprogramme sollen ausgewanderte Wissenschaftler anlocken

Seit dem Ende der Sowjetunion hat Russland einen enormen „Brain Drain“ (Abzug von Spezialisten) erlitten. Von bis zu einer Million Wissenschaftlern ist die Rede, die ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben sollen, um im Westen eine bessere Zukunft zu finden. Vor allem Physiker und Mathematiker wanderten scharenweise aus. Russische Experten gehen allerdings davon aus, dass eine Zahl von 100 000 bis 200 000 realistischer ist. Um den Rückstand in Forschung und Lehre aufzuholen, unternimmt die russische Regierung Anstrengungen, die Spezialisten zurückzuholen.

Seit 2010 gibt es ein Regierungsprogramm, das Rückkehrwilligen großzügige Anreize bietet, Forschungsprojekte zu leiten. Der Wissenschaftler erhält umgerechnet 1,3 Millionen Euro, mit denen er innerhalb von drei Jahren Ausrüstung anschaffen und Mitarbeiter für seine Forschung suchen kann. Ist das Projekt erfolgreich, kann er auf weitere Gelder hoffen.

In den nächsten fünf Jahren will man so etwa zehn- bis 20 000 Wissenschaftler, die seit den 90er Jahren Russland verlassen haben, zurückholen. Gesicherte Angaben über Zahlen und Wege der ehemaligen russischen Experten gibt es nicht, aber man weiß, dass die meisten der russischstämmigen Wissenschaftler in den USA leben, gefolgt von Deutschland und Großbritannien. Die Abwanderung von Fachkräften betraf alle Bereiche der russischen Wissenschaft.

In den vergangenen zehn Jahren kehrten etwa 1500 Experten nach Russland zurück, um zu bleiben. Für ein Land der Größenordnung Russlands ist das zu wenig, weshalb die Regierung aktiv wurde.

> Vertrauensbildende Maßnahmen durch gute Konditionen

Wer, wie der Erforscher neuer Materialien im IT-Bereich und kristalliner Strukturen, Artjom Oganow, nach Russland zurückkehrt, kann mit guten Arbeitsbedingungen rechnen. Oganow kehrte 2015 aus den USA zurück und leitet heute Forschungseinrichtungen in drei Ländern: in den USA, Russland und China.

Moskau beabsichtigt, Weltklasse-Forschungsstätten zu gründen und führende Wissenschaftler an russische Akademien zu locken. Dafür sollen an Universitäten Weltklasse-Labors eingerichtet werden, die von russischen Wissenschaftlern, die im Ausland geforscht haben, geleitet werden. 200 solcher Laboratorien auf Weltklasseniveau wurden bereits geschaffen. Ein Grund dafür, dass bislang nur eine geringe Zahl von Wissenschaftlern Interesse an den Regierungsprogrammen zeigt, ist die schlechte Bezahlung und ein tiefes Misstrauen aufgrund mangelnder Stabilität und Verlässlichkeit in Russland. Ein Professor an der Moskauer Staatsuniversität hat ein Grundgehalt von 470 Euro im Monat. Das lockt niemanden, wenn er anderswo das 20-fache verdienen kann.

Als vertrauensbildende Maßnahme dient daher die zeitliche Begrenzung der Arbeit in den Regierungsprogrammen. Moskaus Kalkül: Eine gute finanzielle Ausstattung und die Gründung eigener Forschungseinrichtungen, gepaart mit der Verfügbarkeit gut ausgebildeter, kreativer und hoch motivierter Mitarbeiter könnten die Wissenschaftler dazu bewegen, ständig zu bleiben. Doch noch glauben die meisten Wissenschaftler nicht an eine Zukunft in Russland. Die eingeräumten Privilegien könnten ihnen zu leicht wieder entzogen werden. *Manuela Rosenthal-Kappi*

# Gastarbeiter sollen raus

## EU erwägt Arbeitsverbot für Nordkoreaner

Die Europäische Union hat Nordkorea neue Sanktionen angedroht. Im EU-Außenausschuss wird über die Ausweisung nordkoreanischer Gastarbeiter und ein Einreiseverbot für Arbeiter aus Nordkorea diskutiert. Es gibt keine offiziellen Statistiken, aber etwa 1000 Nordkoreaner sollen in der EU mit entsprechenden Visa oder Arbeitsgenehmigungen erwerbstätig sein. Etwa 800 in Polen, 100 auf Malta, 54 in Deutschland und jeweils neun in Schweden und Italien.

Ein niederländisches Forschungsinstitut schätzt, dass allein die nordkoreanischen Gastarbeiter in Polen jährlich rund 15 Millionen Euro verdienen und 90 Prozent von ihrem Lohn an den Fiskus abführen müssen. Seit Kim Jong-un an der Macht ist, haben der nordkoreanische Menschenhandel und das Zwangsarbeitslagersystem nicht nur im eigenen Land drastisch an Bedeutung gewonnen. Der Diktator soll die Zahl der Arbeiter des Regimes verdoppelt haben, auf insgesamt 100 000, berichtet die „New York Times“ unter Berufung auf Menschenrechtsorganisationen. Laut dem indonesischen Anwalt Marzuki Darusman, der als Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates damit beauftragt ist, Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea zu untersuchen, erhält die Demokratische Volksrepublik Korea durch die Schröpfung ihrer Bürger im Ausland 1,2 bis 2,3 Milliarden US-Dollar im Jahr. In etwa 40 Ländern arbeiten nordkoreanische Zwangsarbeiter. Sie bauen Monumente für afrikanische Diktatoren, arbeiten in mongolischen Minen, in chinesischen Textilfabriken, auf Großbaustellen im Nahen Osten und in Russland. Auch an den Baustellen in Katar für die Fußball-WM sollen nordkoreanische Arbeiter beteiligt sein. Konkrete Zahlen gibt es jedoch nicht.

> Zurzeit sollen etwa 1000 Nordkoreaner in der EU arbeiten

Dem Heer der Arbeiter ist ein Heer von nordkoreanischen Aufsehern und Agenten beigegeben, welche die Arbeiter unter Kontrolle halten. Sie sollen garantieren, dass diese kein Internet und auch keine mobilen Telefone nutzen, dass sie sich nicht von der Baustelle entfernen und auch ihre Freizeit gemeinsam unter Kontrolle verbringen. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal, Arbeitszeiten zwischen zwölf und 16 Stunden, teilweise sogar 20 Stunden sind an der Tagesordnung. Pro Monat haben die Zwangsarbeiter einen oder zwei Ruhetage, an denen sie Propagandavideos schauen müssen.

Die meisten nordkoreanischen Zwangsarbeiter, geschätzt rund 30 000, sind in Nordkoreas Nachbarland Russland stationiert. Vor allem auf den Baustellen im Osten des Landes setzten viele Bauherren auf nordkoreanische Arbeiter, berichtet der britische Nachrichtensender BBC. So soll in Wladiwostok eine prestigeträchtige, staatlich geförderte Autobahnbrücke von nordkoreanischen Zwangsarbeitern gebaut worden sein.

Im Januar 2015 stellte eine spanische Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine Anfrage an die EU-Kommission. Sie wollte wissen, ob die Kommission von Vereinbarungen zwischen einem EU-Staat und Nordkorea wisse, welche die Entsendung von Arbeitskräften beträfen und ob die EU etwas unternehme, um die Situation nordkoreanischer Zwangsarbeiter zu verbessern. Die Antwort der Kommission lautete, nordkoreanische Arbeiter seien in der EU tätig nach den Gesetzen des jeweiligen Gastlandes. Zwangsarbeit sei in allen EU-Mitgliedsstaaten verboten. *B.B.*

# Nichts zu dumm

Von Jan Heitmann

Wer ist schuld? Natürlich der Klimawandel, wer auch sonst! Nicht nur am verregneten Sommer und verheerenden Wirbelstürmen, die derzeit Mittelamerika heimsuchen, sondern selbstverständlich auch an der Verbreitung des Riesenbärenklaus in Deutschland. Das meint jedenfalls die Bundesregierung. Sie ist überzeugt: Der Klimawandel begünstigt „die Verbreitung gebietsfremder invasiver Arten" und eben auch die des Riesenbärenklaus.

Wieso Riesenbärenklau? Der gedieh doch, damals eher unter dem Namen Herkulesstaude bekannt, schon vor Jahrzehnten prächtig nicht nur im elterlichen Garten, sondern auch am Waldes- und am Wegesrand. Da war doch noch nichts mit Klimawandel.

Stimmt, denn die dekorative Pflanze kam bereits Ende des 19. Jahrhunderts aus dem Westkaukasus ins Land – gewollt vom Menschen eingeführt, weil man sich von ihr irrigerweise einen wirtschaftlichen Nutzen versprach. Seither verbreitet sie ihre Samen durch den Wind und sogar auf dem Wasserweg, denn die Samen sind talentierte Schwimmer. Aber der Politik ist offenbar nichts zu dumm, wenn sie es nur dem vermeintlichen Klimawandel in die Schuhe schieben kann.

# Würdig gedenken

Von Manuel Ruoff

Ein Vierteljahrhundert ist es nun her, dass die Bundesregierung mit Unterstützung der heimischen Industrie in Peenemünde am 3. Oktober 1992 „50 Jahre Raumfahrt – Erbe, Verpflichtung, Perspektive" feiern wollte. Ein halbes Jahrhundert war es damals her, dass mit Aggregat 4 erstmals eine Rakete in den Grenzbereich zum Weltraum vorgedrungen war. Das war zweifellos ein wichtiger Schritt auf dem Weg des Menschen in den Weltraum und zum Mond. In dieser Hinsicht war der runde Jahrestag in der Tat ein Grund zum Feiern.

Doch insbesondere im Ausland war die Entrüstung groß. Ist ein Fortschritt in der Waffentechnik ein Grund zum Jubeln, darf man einen Erfolg des Dritten Reiches feiern, und kann man den Fortschritt Wernher von Brauns für die Raumfahrt losgelöst betrachten von den Bedingungen, unter denen KZ-Insassen „seine" Rakete schließlich als Vergeltungswaffe (V2) in Serie fertigen mussten, lauteten die damaligen Suggestivfragen der Kritiker.

Die Bundesregierung knickte ein. Die Feierlichkeiten wurden abgesagt. Das Ergebnis ist, dass der diesjährige 75. Jahrestag weitgehend unbemerkt vonstattengehen wird.

Doch ist das eine ehrliche, angemessene Lösung? Schließlich übergehen wir ja auch nicht verschämt und stillschweigend den 9. November mit der Begründung, dass dieser Jahrestag außer mit der Maueröffnung auch mit dem „Marsch auf die Feldherrnhalle" und der „Reichskristallnacht" verbunden ist. Analog dazu sollten wir auch des 3. Oktober 1942 würdig gedenken – jenseits von Verschweigen wie Sektkorkengeknalle.

# Karibischer Unfug

Von Hans Heckel

Nur einmal blickte die Bundeskanzlerin wirklich finster in die „Elefantenrunde" nach der Bundestagswahl. Nämlich, als FDP-Chef Christian Lindner fest versprach, dass es mit seiner Partei niemals ein eigenes Budget für die Euro-Zone geben werde. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte angekündigt, einen solchen Etat vorschlagen zu wollen, der „mehrere Prozent des Bruttoinlandsprodukts" eines jeden Einzelstaats umfassen solle.

Merkel hat den Pariser Plan bereits begrüßt. Der deutsche Beitrag würde „mindestens 60 Milliarden Euro jährlich" umfassen, rechnete Lindner der Runde vor, und erteilte dem Vorhaben eine kategorische Absage.

Es ist nicht der einzige Punkt, an dem ein „Jamaika"-Bündnis aus Union, FDP und Grünen scheitern dürfte. In der Zuwanderungs- und Asylfrage sind die Liberalen (zumindest verbal) in Richtung AfD gerückt. Und der FDP-Chef ist gut beraten, hart zu bleiben, denn Lindner weiß: Wenn sich die Freidemokraten noch einmal von der Merkel-Union derart über den Tisch ziehen lassen wie 2009 bis 2013, dann ist die letzte Chance der Liberalen vertan. Die Wähler der FDP, das zeigen Untersuchungen, sind überdies von allen Unterstützern etablierter Parteien den Positionen der AfD am nächsten. Sie könnten überlaufen.

**Warum »Jamaika« keine realistische Option ist**

Auch für die CSU birgt „Jamaika" existenzielle Risiken. Lange war die AfD in Bayern besonders schwach, weil die CSU in Fragen von Zuwanderung, Asyl oder innerer Sicherheit als ebenfalls konservativ wahrgenommen wurde. Nachdem aus den Drohungen, die Gemeinschaft mit der CDU zu verlassen oder in Karlsruhe gegen Merkels Grenzpolitik zu klagen, nichts wurde, als die „Obergrenze" nur noch als Lippenbekenntnis erschien, kehrte sich die Lage um.

Nunmehr haben die „Blauen" in Horst Seehofers Heimat das beste westdeutsche Resultat eingefahren. Die Christsozialen sind dagegen stärker eingebrochen als CDU oder SPD. Der CSU-Chef weiß jetzt, dass er seinen Worten Taten folgen lassen muss, wenn er die verlorenen Wähler bis zur bayerischen Landtagswahl in einem Jahr zurückgewinnen will.

Die Grünen wären gewiss die bequemsten Partner für Angela Merkel, abgesehen von deren eigener CDU, die kaum noch sichtbares Profil zeigt. Als linker Flügel eines möglichen „Jamaika"-Pakts stünden die Grünen aber bei Asyl und Zuwanderung quer zu dem, was CSU und FDP um ihrer eigenen Zukunft willen unbedingt liefern müssten.

Fazit: „Jamaika" ist eine bloß rechnerische Aussicht, ein Traum weit nach links gewendeter CDU-Politiker oder von Grünen, die in erster Linie nach einem Ministerposten schielen. Eine haltbare Regierung lässt sich aus diesen Farben nicht zimmern, dafür sind die Kontraste zu scharf.



**Als Partner kaum geeignet: FDP-Chef Christian Lindner mit Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt in der „Elefantenrunde" von ARD und ZDF am Wahlabend**

Bild: Imago

*Frei gedacht*



# Bundestagswahl 2017: Die Kollektivschuld

Von Eva Herman

Deutschland hat gewählt. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin bleiben. Kann man sich das vorstellen? Ein Volk, dem derart übel mitgespielt wurde, zumindest ganz gewiss in den letzten drei Jahren, von eben genau dieser Kanzlerin, wählt damit seinen Untergang selbst. Die Kanzlerin der bedingungslosen Einwanderung *bleibt* für die nächsten vier Jahre Kanzlerin der bedingungslosen Einwanderung. Nein, hatte sie kurz vor der Wahl noch gesagt, sie strebe keine „Flüchtlings"-Obergrenze an, wobei es dabei real natürlich um eine Einwanderungs-Obergrenze geht. Trotzdem gaben über 30 Prozent der Wähler Merkel ihre Stimme. Doch damit nicht genug. Die Deutschen wollen die Masseneinwanderung offenbar wirklich. Denn fast zehn Prozent wählten immer noch die Grünen, die für eine noch bedingungslosere Einwanderung stehen, nach dem Motto: Alle Rechte für alle Menschen zu jeder Zeit, an jedem Ort, egal, ob sie etwas zum Allgemeinwohl beigetragen haben oder nicht. Also nicht nur eine bedingungslose Einwanderung, sondern auch noch eine leistungslose Teilhabe an sämtlichem Wohlstand. Und auch die SPD erhielt immerhin noch gut 20 Prozent – auch diese Parteigenossen setzen sich dafür ein, dass möglichst viele Immigranten auch künftig nach Deutschland einwandern. Damit sind wir bereits bei rund zwei Dritteln aller Wähler, die für die bedingungslose Einwanderung plädierten.

Auch die FDP mit zehn Prozent sagt dazu nicht klar Nein, die Linken mit etwa zehn Prozent auch nicht. Damit, liebes Deutschland, haben etwa 80 Prozent der bundesdeutschen Wähler ihre Zustimmung gegeben zu einer weiteren Fremdenüberflutung Deutschlands. Lediglich 13 Prozent entschieden sich für die AfD, die sich als einzige größere Kraft dagegen ausspricht. 13 Prozent, wie bemerkenswert, gegenüber 80 Prozent.

Es sind diese 80 Prozent, die nun über Deutschlands künftiges Schicksal entschieden haben, vollkommen gleichgültig, wie immer die künftige Regierung farbig auch zusammengewürfelt sein wird. Sie tragen die Verantwortung! 80 Prozent haben sich für die Abschaffung der nationalen Identität ausgesprochen, für die Eliminierung traditioneller Werte. Man bezeichnete die Deutschen lange als die Dichter und Denker der Welt, das Land brachte die berühmtesten Komponisten und Musiker, Erfinder, Wissenschaftler, Tüftler, Ingenieure sowie ruhmreiche Nobelpreisträger hervor, alle Made in Germany. Doch damit ist es nun vorbei. Denn die Deutschen haben sich für ihren eigenen Untergang entschieden. Sehenden Auges gaben sie dafür ihre Stimme ab. Es sind die Deutschen selbst, die das letzte Lied angestimmt haben, über ihre eigene Vernichtung, ihren Untergang.

Es sind die Leute, die künftig wohl jene Menschen, die immer noch zu kämpfen versuchen, angreifen werden, nun auch körperlich, wie es jetzt immer öfter geschieht. Diese werden keine Chance mehr haben, denn das deutsche Volk will in der Mehrheit den Untergang. Deutschland, du mieses Stück Scheiße! Dieser Ausspruch, politisch korrekt von einigen linken und grünen Politikern unterstützt und eifrig mitgetragen, zeigt am deutlichsten die Aussichtslosigkeit.

Natürlich hätte uns schon in den letzten Jahren schwer zu denken geben müssen, dass Deutschland die geringste Geburtenrate auf der ganzen Welt hatte. Und klar, ein Volk, dessen dunkelstes Kapitel der Geschichte niemals mehr verziehen werden wird, das sich deswegen auch niemals mehr wird wieder aufrichten können, ein Volk, dem die Schandtaten schon als Kind in der Schule regelmäßig um die Ohren geschlagen werden wie ein nasser Waschlappen, in einer nie mehr endenden Dauerschleife, lebenslang, das kann und darf sich nicht mehr erholen. Am Ende wird es sich selbst derart erniedrigen und hassen, sich demütigen und – genau – schließlich wird es sterben wollen. Dieser Punkt ist nun erreicht. Die Bundestagswahl 2017 hat es ganz deutlich gezeigt.

Es ist zu spät. Deutschland wird sich in rasanter Geschwindigkeit weiter verändern. Das, was spätestens 2015 seinen Anfang mit der Masseneinwanderung nahm, genau das wird unsere Zukunft bleiben: Ein vorsätzlicher Bevölkerungsaustausch. Viele Tatsachen, die zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung beitragen, werden erst jetzt, nach der Bundestagswahl, bekannt werden. Nehmen wir nur den Familiennachzug: Hunderttausende, Millionen Menschen warten darauf, nun nach Deutschland zu kommen. Oder nehmen wir all die angekündigten Szenarien, die beispielsweise von Entwicklungshilfeminister Gerd Müller angekündigt wurden: Alleine 100 Millionen Afrikaner wollen nach Europa, vorzugsweise nach Deutschland.

Unsere Politiker wurden nun ermächtigt, diese Politik fortzuführen. In aller Seelenruhe können sie den schon 2001 von den Vereinten Nationen angekündigten Bevölkerungsaustausch durchführen, unter der Ägide der mächtigen, westlichen Verbündeten. Wie man sich die Welt schon in absehbarer Zeit vorstellt, erläutert der Rat für Nachhaltige Entwicklung, der zahlreiche Regierungsentscheidungen durch seine Vorschläge schon beeinflusste. Im Bericht „Visionieren. Visionen 2050. Dialoge Zukunft ‚Made in Germany'" schlägt Philipp Albers vor, eine Art Wörterbuch zu erstellen für Begriffe, die im Jahr 2050 ausgestorben sein werden. So arbeitete man sich unter anderem an dem Begriff „Migrationshintergrund" ab. Wie wird man diesen also 2050 erklären? Dazu heißt es wörtlich: „Migrationshintergrund, nicht mehr benutzt seit etwa 2040. Grund der nicht weiter erfolgten Nutzung: Nicht mehr benötigt, da Menschen so ‚gemischt' sind, dass jeder einen Migrationshintergrund hat."

Der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermanns, brachte es letztes Jahr vor dem Europa-Parlament auf den Punkt, was Europa in Zukunft erwartet: die Abschaffung der Nationalstaaten durch Zuwanderung. Letztere wird politisch korrekt als „Vielfalt" bezeichnet, was natürlich eine klassische Wortverdrehung ist. Wörtlich sagte Timmermanns: „Vielfalt wird jetzt in einigen Teilen Europas als Bedrohung angesehen. Vielfalt bringt Herausforderungen, aber Vielfalt ist das Schicksal der Menschheit. Es wird selbst in den entlegensten Orten dieses Planeten keine Nation geben, die nicht Vielfalt in ihrer Zukunft erleben wird. Das ist es, worauf die Menschheit zusteuert. Und jene Politiker, die ihrer Wählerschaft versuchen, eine Gesellschaft zu verkaufen, die ausschließlich aus Menschen *eines* Kulturkreises zusammengesetzt ist, versuchen eine Zukunft zu porträtieren, die auf einer Vergangenheit basiert, die niemals existiert hat. Daher wird diese Zukunft niemals sein. Europa wird vielfältig sein, so wie alle Teile der Welt vielfältig sein werden. Die einzige Frage ist, wie gehen wir mit dieser Vielfältigkeit um. Und meine Antwort darauf ist, indem wir sicherstellen, dass unsere Werte bestimmen, wie wir mit dieser Vielfalt umgehen und unsere Werte nicht aufgeben, um Vielfalt abzulehnen; das wird uns als Gesellschaft zerstören. Wenn wir das nicht richtig hinbekommen, so glaube ich wahrhaftig, dass Europa nicht das Europa bleiben wird, das wir aufgebaut haben; Europa wird nicht mehr sehr lange ein Ort des Friedens und der Freiheit bleiben."

Die Deutschen haben sich am 24. September 2017 mit dieser Zukunft einverstanden erklärt.

**Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

**Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

# Kräftig verhoben

## Überambitionierte ARD-Filme: Eine »Komödie« über die Honeckers und ein Spielfilm über Todessehnsucht

**Ausnahmsweise einmal keine Wiederholungen, sondern zwei Spielfilme „mit Anspruch" zur besten Sendezeit präsentiert die ARD. Der große Wurf ist ihr damit allerdings nicht gelungen.**

Wenn sich der Jahrestag der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR nähert, sieht man die Fernsehredakteure förmlich hektisch in Drehbüchern blättern: Welcher Stoff könnte dieses besondere Datum beleuchten, möglichst unterhaltsam, möglichst originell? 27 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 stießen sie nun auf ein Kuriosum, das als Fußnote der Geschichte taugen mag, vielleicht auch als Parabel auf den Ehrgeiz der Jungen und die Eitelkeit der Greise. („Willkommen bei den Honeckers", 3. Oktober, 20.15 Uhr, ARD).

Was wie ein Märchen klingt, ist eine wahre Geschichte: Ein Kellner aus Rostock will dringend Journalist werden und verspricht dem Chefredakteur der „Bild"-Zeitung ein Exklusivinterview mit dem ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in dessen Exil in Chile. Was anfangs als Phantastereien eines jungen Ehrgeizlings erscheint, wird wahr.

„Johann Rummel", der in Wahrheit Mark Pittelkau heißt, schreibt Honecker glühende Verehrerbriefe und erhält tatsächlich Antwort. Er gibt sich als begeisterter Jungkommunist aus, reist nach Südamerika, klingelt an der Tür des alten Mannes – und wird eingelassen. Was nun folgt, ist ein Katz-und-Maus-Spiel um Fotos als Beleg für den Knüller. In letzter Sekunde schießt der Junge sein angeschlagenes Wild in schwarzweiß ab: Honecker hebt die Faust zum sozialistischen Gruß, die Story steht.

Ein Unbehagen bleibt. Ist die Reise nun ein tollkühner Streich, oder erzählt der Film doch eher von der Chuzpe eines kaltschnäuzigen Reporters? Was man einem Enthüllungsjournalisten wie Günter Wallraff nachsehen mag – der Tarnanzug, um gesellschaftliche Missstände aufzudecken –, wirkt bei dem jungen Mann naiv bis skrupellos. Schauspieler Martin Brambach gibt dem kranken Genossen in Rhombenstrick zudem eine fast rührende Tatterigkeit, die gestrenge Ehefrau Margot, ganz famos dargestellt von Johanna Gastdorf, agiert als Hüterin der gemeinsamen sozialistischen Ideale und steckt dem jungen Besucher Butterbrote zu. Ein einziges Mal blickt der Jungspund in den politischen Abgrund. Warum so viele Menschen an der Mauer sterben mussten? „Aber niemand hat diese Menschen gezwungen, die DDR zu verlassen", murmelt Honecker, „mussten die denn ihre Heimat verlassen, die wussten doch, was ihnen blüht."

Der Schockmoment verhallt, Mark P. ergaunert sich mit dem geraubten Interview wie erhofft den Einstieg in eine Karriere als „Bild"-Reporter, Honecker stirbt elf Monate später. Die ARD gibt dem Film den Stempel Komödie – schade nur, dass einem das Lachen gelegentlich im Halse stecken bleibt.

Einen Tag zuvor ein weiteres Lehrstück in Sachen Moral: Christiane Hörbiger wird von ihrem Lieblingsproduzenten Markus Trebitsch einmal mehr als Schmerzensfrau in die TV-Arena geschickt. („Die letzte Reise", 2. Oktober 20.15 Uhr, ARD). Eine alkoholkranke Immobilienmaklerin war sie schon, eine an Alzheimer erkrankte Firmenchefin, eine Krebskranke, eine Musikerin, die unverschuldet in finanzielle Not gerät und obdachlos wird. Alles, aber wirklich alles, was einen an Schicksalsschlägen treffen kann, wurde von der Wiener Burgschauspielerin bereits dargestellt.

Nun also Katharina Krohn, die des Lebens müde ist und zum Exit in die Schweiz reisen will. „Ich hatte ein Leben", sagt die ehemalige Lehrerin, gebeutelt von Arthrose und Atemnot. „Es war schön und es ist vorbei. Dieses jetzige Leben ödet mich an. So als ob jemand Teer über die Uhren gegossen hätte." Wie immer – das scheint man der Grande Dame des Deutschen Fernsehens schuldig zu sein – leidet Katharina K. in großbürgerlichem Ambiente, unter Stuck und hohen Decken.

Soweit es ihre Beschwerden zulassen, malt sie an einer Staffelei. Das Drehbuch verzichtet auf die üblichen Spannungsmomente, es gibt keine überraschenden Wendungen, welche die Handlung vorantreiben.

Stattdessen deklinieren die Protagonisten das Für und Wider eines selbstbestimmten Endes durch. „Mein Körper sagt mir bei jeder Bewegung, dass er nicht mehr will. Dass es Zeit ist, den Betrieb einzustellen", so die These der Katharina K. Die beiden Töchter halten dagegen, wollen den Freitod der Mutter mit allen Mitteln verhindern. Die eine (Suzanne von Borsody) strengt ein Entmündigungsverfahren an, die andere (Nina Kronjäger) vertritt die Mutter auf deren Wunsch als Anwältin und stellt sich damit gegen die Schwester.

Ein Befürworter des Weiterlebens ist ausgerechnet ein Sterbehelfer (Burghard Klaußner), welcher der probeweise in die Schweiz reisenden Seniorin nochmal Lust aufs Leben macht – hier das Glas Rotwein, dort das Erklimmen eines Berges, hineingespürt in den frischen Wind, der doch gemeinhin alle dunklen Gedanken vertreibt. „Ich tue nicht, was Sie wollen, sondern was gut für Sie ist", sagt er. Als letzten Anstoß zur inneren Umkehr übernimmt Katharina die Zeugenschaft beim Suizid einer jungen Frau. Allein: Ihr Todeswunsch bleibt. Ganz anders bei Hörbiger. Ob sie selber schon mal an Freitod gedacht hat? „Nein. Das habe ich meinem Vater schon als Zwölfjährige versprochen. Außerdem bin ich katholisch. Da ist das verboten, gilt als Sünde."

Im Anschluss an den Film sendet die ARD die Dokumentation „Frau S. will sterben" (21.45 Uhr) über eine moribunde Frau, der man den tiefen Konflikt mit dem Ende 2015 verabschiedeten „Gesetz zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung" eher abnimmt. Christiane Hörbiger jedenfalls, die unlängst ihren langjährigen Lebenspartner verlor, wünschte man wieder einen Stoff, in dem sie Mut machen darf. Den Zuschauern und vielleicht auch sich selbst. *Anne Martin*



Schleicht sich in das Herz der Honeckers: Journalist Johann Rummel (Max Bretschneider, rechts) Bild: ARD

# Heißer Herbst wegen »Matilda«

Russland steht ein heißer Herbst bevor. Nicht die Erinnerung an die Oktoberrevolution vor 100 Jahren erhitzt die Gemüter, sondern ein Film, der am 25. Oktober im St. Petersburger Marinskij-Theater uraufgeführt werden soll. Der erbittert umstrittene Streifen „Matilda" handelt von einer Liebesaffäre, die der spätere Zar Nikolaus II. mit der polnischstämmigen Ballerina Matilda Kschessinskaja hatte. Informationen darüber lieferten Tagebuchaufzeichnungen der jungen Tänzerin. In der Hauptrolle ist der deutsche Schauspieler Lars Erdinger als Zar Nikolaus II. zu sehen.

Das Sujet geht Konservativen der Russisch-Orthodoxen Kirche gegen den Strich. Eine Affäre des heiliggesprochenen Zaren passt nicht ins Bild der Orthodoxen. Extremistische Vereinigungen wie „Zarskij krest" (Kreuz des Zaren) und die Organisation „Christlicher Staat – Heiliges Russland" laufen gegen die Aufführung des Films mit Gewaltandrohungen Sturm. Sie bezeichnen den Film als „antirussische und antireligiöse Provokation". Es gelang ihnen, die konservative Duma-Abgordnete Natalja Poklonskaja vor ihren Karren zu spannen, die allerdings mit dem Versuch scheiterte, den Film verbieten zu lassen. Aktivisten drohen seitdem mit Brandanschlägen auf Kinos. Die Scheiben des Filmstudios von Regisseur Alexej Utschitel wurden eingeschlagen, und vor dem Haus seines Rechtsanwalts wurden Autos angezündet mit der Botschaft „Brennen wegen Matilda". Als Reaktion auf diese Gewaltexzesse kündigten einige Kinoketten an, den Film aus dem Programm zu nehmen, weil sie um die Sicherheit der Zuschauer fürchten.

Schützenhilfe erhielt Utschitels Film inzwischen vom Kultur- und dem Innenministerium. Der Leiter der Gruppe „Christlicher Staat" wurde wegen Extremismus-Verdachts verhört, der Anführer einer ultraorthodoxen Splittergruppe verhaftet. Die Chancen steigen, dass der Film, für den 7000 Kostüme angefertigt wurden und der 25 Millionen US-Dollar gekostet hat, doch gezeigt werden kann. *MRK*

# Unter Bernhards Mütze

## Landesmuseum Bonn zeigt Sonderausstellung über die Blütezeit des Zisterzienserordens

Die Zisterzienser stiegen im Mittelalter zu einem der mächtigsten Verbände der Christenheit auf und gründeten Hunderte von Klöstern in ganz Europa. Im Landesmuseum Bonn zeigt eine Sonderausstellung rund 150 Objekte aus der mittelalterlichen Blütezeit des bis heute bestehenden Ordens.

Seine Wurzeln liegen in Frankreich. Anno 1098 ließ sich eine kleine Gruppen von Mönchen in der Wildnis von Cîteaux nieder, wo sie sich streng an die Regeln des heiligen Benedikt hielten. Nach dem Benediktsprinzip „bete und arbeite" (ora et labora) führten sie ein entbehrungsreiches Leben. Wegen Nachwuchsmangels war das Kloster bald vom Untergang bedroht. Aber im Jahre 1113 verbesserte sich die Lage schlagartig: Der junge Adlige Bernhard (um 1090–1153) verstärkte mit 30 Freunden und Verwandten die bedrängte Mönchsgemeinschaft. Die nahm unter seiner Mitwirkung einen unerhörten Aufschwung.

Bald gründete das Mutterkloster Cîteaux Tochterklöster, aus denen wiederum neue Abteien hervorgingen. Alle waren der Jungfrau Maria geweiht. Bernhard selbst rief das Kloster Clairvaux und zahlreiche weitere Abteien ins Leben. Der 1174 heiliggesprochene Bernhard von Clairvaux war sowohl in kirchlichen als auch weltlichen Angelegenheiten eine der einflussreichsten Persönlichkeiten seiner Zeit. Bereits seine Zeitgenossen rühmten ihn als Wundertäter. Davon kündet die ausgestellte „Mütze des heiligen Bernhard von Clairvaux". Diese Reliquie aus Kaschmirwolle soll Bernhard 1152 Wilhelm und Beninga von Helfenstein geschenkt haben. Bald darauf bekam das kinderlose Paar den ersehnten Stammhalter.

Die Schau wartet mit eindrucksvollen Gemälden und Plastiken auf. Das um 1325 geschaffene älteste erhaltene Tafelbild Dänemarks stammt aus dem ehemaligen Kloster Logum. Es zeigt im Zentrum den asketisch mageren Christus, der seine Wundmale vorweist. Eigens für die Schau hat das Landesmuseum das Hochaltarretabel (um 1432–1440) aus Kloster Kamp rekonstruiert. Im Schrein flankieren die Skulpturen der Apostel die Figuren vom Gottvater und seinem Sohn.

Kurios ist, dass der Sohn ursprünglich seine Mutter war: Die Marienskulptur wurde durch Abarbeitungen im Brustbereich und den Austausch des Kopfes in Jesus Christus umgewandelt. Höhepunkt der Schau ist die Schreibwerkstatt. Zu den Kostbarkeiten gehören vier Bücher aus Cîteaux. Sie zählen zu den wichtigsten Handschriften des Mittelalters überhaupt.

Wirtschaftlich war der Orden auf Stifter angewiesen. Mit der von der Ordensregel gebotenen Handarbeit war es nicht weit her, denn die von den Mönchen und Nonnen täglich zu leistenden acht Stundengebete mitsamt mindestens einer Messe erforderten viel Zeit. Die Zisterzienser lösten das Problem durch die Aufnahme von „Konversen". Die gelobten wie die Mönche Gehorsam und Ehelosigkeit, hatten aber weit geringere Gebetspflichten. Dafür leisteten sie körperliche Arbeit, die wesentlich zum Reichtum der Abteien beitrug. *Veit-Mario Thiede*



Bild: Jürgen Vogel, LVR-LandesMuseum Bonn

Chorruine des ehemaligen Zisterzienserklosters Heisterbach

*Bis 28. Januar im LVR-LandesMuseum Bonn, Colmantstraße 14–16, Bonn, geöffnet Dienstag bis Freitag und Sonntag 11 bis 18 Uhr, Sonnabend 13 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Telefon (0228) 2070351, Internet: www.landesmuseum-bonn.lvr.de. Der Katalog aus dem Theiss Verlag kostet im Museum 24,95 Euro, im Buchhandel 29,95 Euro.*

# Abseits der Pfade

## Kurhaus Kleve erinnert an Hendrick Goltzius

Das Museum Kurhaus Kleve öffnete 1997 erstmals seine Pforten. In diesem Jahr nutzt es seinen runden Geburtstag als Anlass für zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen. Im Herbst und Winter (1. Oktober bis 28. Januar 2018) kommt die Ausstellung „Hendrick Goltzius Ikone und Proteus" als zweiter Teil der kleinen Ausstellungsreihe hinzu. Der Mann vom Niederrhein (1558–1617) gilt als einer der bedeutendsten Kupferstecher, Zeichner und Maler seiner Zeit. Schon zu Lebzeiten für seine Kupferstecherkunst ausgezeichnet, war er auch ein geschäftstüchtiger Verleger, der auf internationaler Bühne tätig war. Ihm wird „Virtuosität und Wandlungsfähigkeit" nachgesagt.

Aber auch die Dauerausstellung lohnt einen Blick. Sie umfasst Exponate von der Spätgotik über den Barock bis zur Gegenwartskunst; ein regionaler Schwerpunkt liegt dabei auf der Kunst des Niederrheins. Eine Werkstattschau von Joseph Beuys und der Sammlungsraum mit Werken von Ewald Mataré veranschaulichen dies deutlich. Das Museum führt dabei den Begriff „Ewald Mataré-Sammlung" nicht umsonst in seinem vollständigen Namen. Es besitzt nach eigenen Angaben die weltweit größte Sammlung von Werken des verstorbenen und trotzdem immer noch bedeutenden Künstlers vom Niederrhein.

Goltzius, „Die Himmelfahrt der Seligen" (1577) Bild: Kupferstich, Sammlung Angerhausen

Auf den ersten Blick mag das Museum abseits der gewohnten musealen Trampelpfade liegen. Einen Besuch ist es aber gerade deshalb wert – allein schon die Sonderausstellungen der vergangenen Jahre konnten Duftmarken in der Museumslandschaft setzen. *Andreas Rüdig*

# »Ich will auf den Mond«

## Vor 75 Jahren stieß der Mensch mit der deutschen Rakete A4 zum ersten Mal ins All vor

**„Houston, hier ist Tranquility Base. Der Adler ist gelandet.“ Es war der 21. Juli 1969. Als Wernher von Braun die Worte des US-Astronauten Neil Armstrong hörte, mit denen dieser einer erregten Menschheit mitteilte, dass zum ersten Male ein Mensch seinen Fuß auf einen anderen Himmelskörper gesetzt hatte, wusste er, dass er sein Lebensziel erreicht hatte. Er war am Ende eines Weges angekommen, den zu beschreiten er 40 Jahre zuvor in Deutschland begonnen hatte.**

In den frühen 20er Jahren begannen mehrere junge Wissenschaftler in Deutschland, sich für die Anwendung der Rakete als Weltraumfahrzeug zu interessieren. Einer von ihnen war der 1912 geborene von Braun, damals noch Student der Mechanik. In Kummersdorf, etwa 25 Kilometer südlich von Berlin, experimentierte das Heereswaffenamt unter der Leitung von Hauptmann Walter Dornberger, einem erfahrenen Artilleristen und Maschinenbauingenieur, mit Raketenmotoren. Die ersten dort erzielten Erfolge führten zu einem Aufschwung des Raketenprojektes. Im Frühjahr 1936 war ein Standort für das künftige deutsche Raketenforschungszentrum gefunden: der kleine und abgeschiedene Ort Peenemünde auf der Ostseeinsel Usedom.

Die erste Aufgabe der als Heeresversuchsanstalt bezeichneten Anlage war es, die nächste Generation von Flüssigraketen zu entwickeln. Nach vielen Fehlstarts und Abstürzen plante das Heer 1938 den Bau einer Langstreckenrakete, die mindestens 300 Kilometer weit fliegen sollte: das „Aggregat 4“, kurz A4. Bei Kriegsbeginn billigte die Wehrmacht dem A4-Projekt die höchste Dringlichkeitsstufe zu. Der mit einer Arbeit über Flüssigraketen promovierte Ingenieur von Braun wurde ziviler Technischer Direktor in Peenemünde. Von diesem Zeitpunkt an war die Heeresversuchsanstalt das modernste und am weitesten entwickelte Raketenforschungszentrum der Welt. Im Frühjahr 1940 arbeiteten hier mehr als 18 000 Mitarbeiter bei Tag und Nacht an der Entwicklung der A4. Auf die geplante Verwendung der von ihnen entwickelten Flugkörper hatten die Raketenforscher indes keinen Einfluss.

Nach vielen Schwierigkeiten und Fehlschlägen kam der 3. Oktober 1942. An diesem Tag musste es gelingen. Und tatsächlich wurde er zum Tag des großen Triumphes. Die Rakete stieg unaufhaltsam in den Himmel, um sich nach Erreichen einer Höhe von 84 Kilometern wieder der Erde zuzuwenden und mit Überschallgeschwindigkeit den Blicken zu entschwinden. Dieser erfolgreiche Raketenflug brachte den Durchbruch. Erstmals hatte der Mensch den Weltraum erobert und ihn als Brücke zwischen zwei Punkten auf der Erde genutzt. Dies war der Beginn eines neuen Zeitalters der Verkehrstechnik, der Beginn der Raumfahrt. Wernher von Braun gab das Ziel vor: „Ich will nicht nach London, ich will auf den Mond.“

Die politische und militärische Führung aber war weit mehr an einer militärischen Nutzung der Rakete als an ihrer Bedeutung für die Raumfahrt interessiert. So wurde die A4 zu einem Prototypen einer großen Fernrakete mit Gefechtskopf, die im Sprachgebrauch der deutschen Propaganda als „Vergeltungswaffe 2“ – V2 – bezeichnet wurde. Ende 1943 wurden die Vorgaben für die Raketenproduktion beträchtlich erhöht. Obwohl die Fertigung ausschließlich in unterirdischen Fertigungsanlagen im Harz erfolgte, sollten von nun an monatlich 2000 Raketen produziert werden. Diese Anzahl wurde trotz des mörderischen Einsatzes eines riesigen Zwangsarbeiterheeres nie erreicht. Insgesamt konnten zwischen Januar 1944 und März 1945 nur 6000 Raketen geliefert werden. Ab August 1944 erreichte der Ausstoß mit 600 Raketen monatlich seinen Höchststand.



Bild: ddp images

Triumph in Peenemünde: Am 3. Oktober 1942 gelang der erste erfolgreiche Raketenstart

Ein Rüstungsvorhaben der geschilderten Dimension führte schon bald zu Begehrlichkeiten seitens der SS. Dem zwischenzeitlich zum Generalmajor und Leiter der Heeresversuchsanstalt avancierten Dornberger war es lange Zeit gelungen, die Partei und ihre Gliederungen aus dem Raketenprogramm herauszuhalten. Im Februar 1944 unternahm Himmler den vergeblichen Versuch, von Braun abzuwerben und zur Fortsetzung seiner Arbeit unter der Federführung der SS zu bewegen. Drei Wochen später wurden von Braun und einige seiner Kollegen für mehrere Tage von der Gestapo festgesetzt und beschuldigt, sich mehr für die Weltraumfahrt als für die Entwicklung einer Waffe zu interessieren, was durchaus zutreffend war. In dem nun folgenden Machtkampf zeichnete sich schnell eine Niederlage der Raketenforscher und des Heeres ab. Schließlich erhielt die SS die vollständige Kontrolle über das gesamte Raketenprojekt.

Am frühen Abend des 8. September 1944 erschütterten ein unheimliches Donnern und eine schwere Explosion die westlichen Stadtteile Londons. Die Einwohner der Stadt hatten sich an deutsche Bomben und die „fliegende Bombe“ V1 gewöhnt. Diesmal hatten sie aber weder die Luftschutzsirenen noch die Motoren deutscher Bombenflugzeuge oder das charakteristische Geräusch des Triebwerkes einer V1 gehört. Dieser erste Einschlag einer V2 bedeutete eine Zäsur in der Kriegsgeschichte, den Beginn der deutschen Raketenoffensive. Bis Kriegsende wurden etwa 2500 Raketen gegen London und Antwerpen abgefeuert.

Im Februar 1945 verließen 500 Raketenforscher Peenemünde und ergaben sich schließlich im April in Bayern den US-Truppen. Die erkannten sofort, welche enormen wissenschaftlichen Fähigkeiten und Erfahrungen ihre Gefangenen besaßen und welche unschätzbar wertvolle Kriegsbeute ihnen in den Harzer „Mittelwerken“ in die Hände gefallen war. Von Braun und seine Kollegen erhielten das Angebot, ihre Arbeiten in den USA fortzusetzen. Da nur wenige das Angebot ablehnten, aus dem kriegszerstörten Deutschland ins „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ überzusiedeln, traten 492 Wissenschaftler die Reise über den Atlantik an.

Für mehr als 20 Jahre bildeten die deutschen Wissenschaftler das Rückgrat der US-amerikanischen Raketenforschung. Schon 1946 stellten sie mit einer von dem Testgelände in White Sands gestarteten V2 einen Höhenrekord von 122 Kilometern auf. Nur 23 Jahre später hatte von Braun sein Lebensziel erreicht: Die von ihm entwickelte „Saturn V“ brachte den ersten Menschen auf den Mond. Die Wissenschaftler in Peenemünde hatten den Weg zur modernen Weltraumtechnologie geebnet, und alle Nachkriegsprojekte ob in West oder Ost bauten in der einen oder anderen Weise auf dem auf, was in Peenemünde erdacht und erprobt worden war. So ist die A4 der direkte Vorgänger aller bedeutenden Raketen und Raumfahrzeuge späterer Jahrzehnte. *Jan Heitmann*

*(siehe Kommentar S. 8)*

# Die zwei Leben des Willy Brandt

## Aufstieg und Sturz eines zeitlebens umstrittenen Politikers

Frahm, immer wieder Frahm. Frahm war der Geburtsname Willy Brandts. Wer ihm etwas ans Zeug flicken wollte, der betonte, dass der Name erst später zugelegt wurde. Selbst Konrad Adenauer stichelte gerne „Brandt alias Frahm“. Vor 25 Jahren, am 8. Oktober 1992, starb der Träger des Friedensnobelpreises.

Die Maierstraße gehört nicht zu den feinen Adressen in Lübeck. Dort, nahe dem Bahnhof, kam am 18. Dezember 1913 Herbert Ernst Karl Frahm zur Welt. Seine ledige Mutter verschwieg den Namen des Vaters, des Lehrers John Möller aus Hamburg. Er hatte kurz in Lübeck unterrichtet. Der Sohn erfuhr erst 1947, wer sein Vater war. Die Mutter Martha Frahm arbeitete im Konsumverein. Von ihr sprach Brandt als „die Frau, die meine Mutter war“. Herzlich war das Verhältnis nur zu seinem Stiefgroßvater Ludwig Frahm. Gefördert durch einen Lehrer und unterstützt durch den Stiefgroßvater, besuchte Herbert Frahm ein Gymnasium, „wo ein zweiter Arbeiterjunge nicht zu finden war“.

Herbert Frahm wuchs in „der geschlossenen Welt der Arbeiterkultur“ auf. Er schloss sich der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) an und arbeitete für den „Lübecker Volksboten“, dessen Chefredakteur der Reichstagsabgeordnete Julius Leber war. Frahm trat der SPD bei, zerstritt sich 1931 mit Leber und wechselte als Gründungsmitglied in Lübeck zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), deren Position zwischen SPD und KPD lag. In dieser Zeit nannte er sich erstmals Willy Brandt. Unter diesem Kampfnamen wurde er später der Welt bekannt. Es wird vermutet, dass sich der junge Herbert Frahm diesen Namen nicht nur zur Tarnung zulegte. Er selbst hat einmal gesagt, er habe einen Namen gesucht, der ihn befreie von der tristen Geschichte seiner „unbehausten“ Jugend.

Als die Nationalsozialisten 1933 die SAPD verboten, beschloss die Partei, im Untergrund zu arbeiten. Sie beauftragte Willy Brandt, die Flucht eines Mitglieds aus dem Führungskader vorzubereiten. Der Mann wurde jedoch festgenommen. Brandt beschloss, dessen Aufgabe zu übernehmen und in Oslo eine Zelle der SAPD aufzubauen. Im April 1933 setzte er sich von Travemünde mit dem Kutter TRA 10 Richtung Dänemark ab, im Gepäck 100 Mark vom Stiefgroßvater und den ersten Band „Das Kapital“ von Karl Marx.

In Oslo leitete Brandt die Zentrale der SAPD. Das war die Zeit, in der Briefe mit unsichtbarer Tinte geschrieben und Flugblätter in Koffern mit doppeltem Boden ins Reich geschmuggelt wurden. Unter dem Namen Gunnar Gaasland reiste Brandt 1936 nach Deutschland, um den Widerstand vor Ort zu organisieren. Den Namen hatte er vom Ehemann einer Jugendfreundin geborgt. Nach der Besetzung Norwegens geriet Brandt in Gefangenschaft. Er wurde nicht enttarnt, da er eine norwegische Uniform trug.

Das erste Leben Willy Brandts endete, als er als Korrespondent 1948 wurde der Norweger Brandt wiedereingebürgert. Sein zweites Leben begann mit dem Namen Willy Brandt. Ab 1949 saß er als Berliner Angeordneter bis 1957 im Bundestag. In jenem Jahr wurde er Regierender Bürgermeister von Berlin. Gegen den Widerstand aus der eigenen Partei, für



Inmitten seiner Kanzlerschaft im Jahre 1972: Willy Brandt auf dem Zenit seiner Popularität

Bild: Imago

1945 nach Deutschland zurückkehrte. Die Jahre davor machte man Brandt häufig zum Vorwurf. Franz Josef Strauß höhnte: „Eines wird man Herrn Brandt doch fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.“

die seine Namensänderung ebenso ein Makel war wie die ihm nachgesagte Beteiligung an den kommunistischen Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Zweimal wurde Brandt wiedergewählt, 1958 und 1963. Es waren die heißen Jahre des Kalten Krieges, in denen der ungarische Volksaufstand niedergeschlagen und die Mauer gebaut wurde.

Brandts Haltung während der Krisen schärfte sein Profil. 1961 trat er als Spitzenkandidat der SPD gegen Konrad Adenauer bei der Wahl zum Bundeskanzler an. Das Ergebnis reichte nicht. 1964 wurde Brandt Parteivorsitzender. Zwei Jahre später gelang der Wechsel von Berlin nach Bonn. In der Regierung Kiesinger übernahm Brandt das Außenministerium. Schließlich wurde er nach der Bundestagswahl 1969 selbst Bundeskanzler. Die von ihm geführte sozialliberale Koalition prägte er mit Schlagworten und Zeichen: „Mehr Demokratie wagen“, die „Neue Ostpolitik“, die durch „Wandel durch Annäherung“ die Fronten des Kalten Krieges aufweichen sollte, die Einladung an die Außerparlamentarische Opposition (APO) zum „Marsch durch die Institutionen“, der Extremistenbeschluss, der Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau.

Mit der Unterzeichnung der Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen erkannte die Bundesrepublik 1970 die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens faktisch, wenn auch nicht de jure an. Diese Verträge hatte Brandt gegen den vergeblichen Widerstand der Christdemokraten durchgesetzt. Er wurde dafür 1971 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR gab die Bundesrepublik 1972 den Alleinvertretungsanspruch auf. Die DDR erhielt eine abgestufte staatsrechtliche Anerkennung und galt somit als souverän. Welches Interesse die DDR hatte, Brandt im Amt zu halten, zeigte sich, als die CDU/CSU-Fraktion 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen. Das scheiterte an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Die Stasi hatte zwei Abgeordnete für jeweils 50 000 D-Mark gekauft.

Die Stasi war es aber auch, über die Brandt letztendlich stürzte. Seine Schwächen – Alkohol und Frauen – waren landläufig bekannt. In einem Geheimdossier listete das Bundeskriminalamt auf, welche erotischen „Zuführungen“ wann und wo stattgefunden hatten. In dem amtlichen Papier war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Der Referent des Kanzlers, der die Damen auf den letzten Metern „zuführte“, war der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume. Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange in Anspruch genommen, als der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits verdächtigt wurde. Am 6. Mai 1974 musste Willy Brandt vom Amt des Bundeskanzlers zurücktreten.

*Klaus J. Groth*

# Kaum bewohnt, aber viel besucht

## Vor 150 Jahren wurde der Wiederaufbau der Stammburg der Hohenzollern abgeschlossen

**„Nun ist ein Jugendtraum-Wunsch, den Hohenzollern wieder bewohnbar gemachet zu sehen.“ Dieser Wunschtraum entstand, als Friedrich Wilhelm IV. noch als Kronprinz auf einer Reise die Ruine der sogenannten zweiten Burg kennenlernte. Als König begann er mit dem Versuch, sich den Wunschtraum zu erfüllen, doch sein Leben währte zu kurz. Ein gutes halbes Jahrzehnt nach seinem Tod, am 3. Oktober 1867, wurde die sogenannte dritte Burg eingeweiht.**

1819 – ein Kronprinz geht auf Reisen und auf dem Weg nach Italien wandelt er auf den Spuren der Vergangenheit seines Geschlechts. Es war endlich wieder Frieden in Preußen, das Land erholte sich von den Folgen der napoleonischen Kriege und Friedrich Wilhelm, der 1795 geborene älteste Sohn der legendären Königin Luise und des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III., wollte endlich mehr von der Welt sehen als Schlachtfelder und preußischen Sand.

Mit dem Zeichenbuch unter dem Arm – der Kronprinz war schon als kleiner Junge durch seine Begeisterung und Begabung mit dem Stift aufgefallen – ging es dahin, wo die Zitronen blühen. Dabei machte der Prinz aber einen Abstecher nach Württemberg, dahin, wo das Geschlecht der Hohenzollern ursprünglich daheim gewesen war.

Hoch über dem schwäbischen Hechingen auf einem Hügel hatte die Stammburg einst gestanden, und sie muss imponierend gewesen sein. Jedenfalls wurde sie schon 1267 einmal als „Castro Zolre“ erwähnt und ein paar Jahre später galt sie als „die Krone aller Burgen in Schwaben“ und „das vestete Haus in teutschen Landen“. Doch so weit war es mit der Festigkeit anscheinend doch nicht her – 1423 wurde die Burg erobert und vollständig zerstört.

Gut 13 Jahrzehnte nach der Zerstörung der ersten Burg, im Jahre 1454, begannen die Hohenzollern an der Stelle eine neue, die zweite Festung zu errichten. Im Dreißigjährigen Krieg, 1634, wurde auch diese Burg erobert. Sie wurde zwar nicht zerstört, aber vernachlässigt. Je mehr die Herren von Hohenzollern ihr Glück im Ostelbischen suchten, desto mehr geriet die schwäbische Burg in Vergessenheit. 1798 wurde sie vom Militär geräumt. Was einst der Stolz der Fürsten gewesen war, zerbröckelte mehr und mehr. Als dann 1819 Preußens späterer König zu Besuch kam, fand er nur noch eine Ruine vor. Als einziger nennenswerter Teil war die St. Michaelskapelle erhalten geblieben.


Seit 150 Jahren weitgehend unverändert: Die Burg Hohenzollern *Bild: ak/CF*

Doch selbst in diesem Zustand, wenn nicht gar wegen dieses Zustands, wirkte die Burg auf den romantischen Friedrich Wilhelm sehr imponierend. Jahre später schrieb er über den Besuch: „Die Erinnerung ... ist mir ungemein lieblich und wie ein schöner Traum, zumal der Sonnenuntergang, den wir von einer der Schlossbastionen aus sahen ...“ Und: „Nun ist ein Jugendtraum-Wunsch, den Hohenzollern wieder bewohnbar gemachet zu sehen.“

Mit dem Traum von der Ritterburg – beziehungsweise dem, was sich die Romantik darunter vorstellte – war der Preuße nicht allein. Gotik war die große Mode, und wer was auf sich hielt und es sich leisten konnte, hatte eine Burg. Das Problem war nur, dass es nicht mehr so viele Originale aus dem Mittelalter gab. Und die, die noch vorhanden waren, waren meist nicht so gotisch betürmt und mit Spitzbogen versehen, wie die Romantik sich das vorstellte. Aber da konnte man Abhilfe schaffen: Die Neogotik machte es möglich – man baute sich einfach die Burg seiner Träume mit allem, was dazu gehörte: Türmchen links, Türmchen rechts, Bergfried hinten, Pallas in der Mitte, Rittersaal und Himmelbett mit altdeutscher Deko innen.

Der spätere bayrische König Maximilian II. führte es als Kronprinz vor. Er kaufte 1837 die Burgruine Schwangau, taufte sie um in Hohenschwangau und ließ dort eine neogotische Burg erbauen. In Württemberg unterdessen war es ein Vetter des Königs, Wilhelm Graf von Württemberg, der – Wilhelm Hauffs historischem Roman folgend – Burg Lichtenstein errichten ließ.

> Über 300 000 Besucher zählt der Stammsitz des Hauses Hohenzollern jedes Jahr

Friedrich Wilhelm IV. musste mit dem Ausleben seiner Baubegeisterung allerdings warten, bis er 1840 König geworden war. Dann aber legte er richtig los. 1842 ernannte er Friedrich August Stüler zum „Architekten des Königs“ und ließ ihn erst einmal von der italienischen Gotik inspirierte Kirchen bauen. 1844 ging es mit den Planungen für den Wiederaufbau des Schlosses los. 1850 war es dann so weit. Auf dem Hohenzollern wurde zum dritten Mal ein Grundstein gelegt. Die Finanzierung übernahmen zu zwei Dritteln der Preußenkönig und zu einem Drittel die fürstlich-schwäbische Linie der Hohenzollern. Entsprechend sind noch heute die Besitzverhältnisse. So gehört die Burg bis heute zu zwei Dritteln den preußischen und zu einem Drittel den schwäbischen Hohenzollern.

Während sich der Bayer Maximilian mit einem übersichtlichen Ferienwohnsitz für die Familie begnügte, dachte der Preuße Friedrich Wilhelm nicht nur an einen neogotischen Repräsentationsbau, sondern bezog mit dem Ingenieur Moritz Karl Ernst von Prittwitz einen führenden Spezialisten für Festungsbau in die Planung mit ein. Prittwitz' besondere Aufgabe war es, aus der engen, schwierigen Auffahrt eine imposante Anlage zu kreieren. Es entstanden Befestigungsanlagen, als ob mit einer jahrelangen Belagerung zu rechnen gewesen sei. So hätte ein Erstürmer der Burg erst einmal eine Zugbrücke überwinden müssen, um sich dann durch vier Windungen mit Wehrtürmen in den Innenhof vorzukämpfen. In dem hätte er dann erst das von fünf wehrhaften Bastionen umgebene eigentliche Schloss vorgefunden.

Das Schlossgebäude ist nicht nur groß, sondern ausgesprochen prächtig. Reiche Steinmetzarbeiten, edle Wandgemälde, Schnitzereien, seidene Wandbespannungen – die Burg war sehr wohl geeignet, König und Königin standesgemäß zu beherbergen. Sehr oft waren sie allerdings nicht da. Überhaupt ist die dritte Burg kaum bewohnt gewesen. Diese dritte Burg war eben weniger als Wohnsitz, denn als ein nationaldynastisches Denkmal konzipiert, das den Ursprung und Aufstieg des Hauses Hohenzollern architektonisch verkörpern sollte, um es mit den Hohenzollern selbst zu sagen.

Dafür sind die Besucherzahlen beachtlich. Da spielt die Burg in einer Liga mit Touristenmagneten wie der Marienburg oder Neuschwanstein. Mit über 300 000 Besuchern pro Jahr gehört der Stammsitz des Hauses Hohenzollern zu den imposantesten und meistbesuchten Burganlagen Europas. *Sibylle Luise Binder*

# »Ich dürste nach Blut«

## Vor 50 Jahren starb Che Guevara, die Revolutionsikone mit der Baskenmütze

Der Argentinier Ernesto Rafael Guevara de la Serna, genannt Che Guevara, gilt als die Revolutionsikone schlechthin. Sein bärtiges Konterfei mit der Baskenmütze ziert noch heute unzählige Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände. Dabei war Guevara ein ähnlich brutaler Gewalttäter im Dienste der kommunistischen Idee wie Josef Stalin oder Mao Tse-tung. Trotzdem verklärte ihn die Linke zum uneigennützigen Humanisten und zur Galionsfigur des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Guevara, der am 14. Juni 1928 in der argentinischen Hafenstadt Rosario auf die Welt kam, entstammte einer ins Prekäre abgedrifteten bürgerlichen Familie mit baskischen und irischen Wurzeln. Er litt von Kindheit an unter Asthma, woraus wohl sein späterer Entschluss resultierte, Medizin zu studieren. Allerdings arbeitete Guevara, der 1953 zum Doktor der Medizin beziehungsweise Chirurgie promoviert wurde, nur sehr kurzzeitig als Arzt und schlug dann den Weg eines Berufsrevolutionärs ein, wofür nicht zuletzt seine tiefe Verehrung für Stalin verantwortlich war.

Der Beginn der diesbezüglichen Karriere des Argentiniers datiert auf das Jahr 1954, in dem er in Guatemala mit Nico López zusammentraf, der zu den Überlebenden des gescheiterten Sturms auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba gehörte. Dieser Mann wiederum machte Guevara im Sommer 1954 mit dem jungen Rechtsanwalt Fidel Castro bekannt, der den Umsturzversuch auf der Karibikinsel initiiert hatte. Daraufhin schloss sich Che Guevara, wie er nunmehr allgemein genannt wurde, den 85 Rebellen an, die am 2. Dezember 1956 auf Kuba landeten, um den Kampf gegen Diktator Fulgencio Batista fortzusetzen.

Anschließend avancierte Guevara bis Juli 1957 zum Comandante der zweiten Kolonne von Castros Streitmacht und stand damit im Rang gleich unter dem Anführer der Guerilleros. Verantwortlich hierfür waren sein taktisches Geschick, aber auch die brutale Härte, mit der er angebliche Deserteure und andere „Gegner der Revolution“ eliminierte. Erschießungen, so Guevara, seien „eine Notwendigkeit für das kubanische Volk“. Deshalb war es ihm auch ein dringendes Bedürfnis, selbst an Hinrichtungen teilzunehmen. „Ich ... dürste nach Blut“, schrieb er damals an seine erste Frau Hilda.

Noch stärker lebte Guevara diesen Hang zur Grausamkeit nach dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 aus. So ließ er als Kommandant des Gefängnisses La Cabaña sowie Vorsitzender des Obersten Kriegsrates zahlreiche Todesurteile vollstrecken – 216 Fälle sind namentlich belegt – und zeichnete darüber hinaus für die Errichtung von mehreren hundert KZ-ähnlichen Lagern verantwortlich, in denen auch exzessiv gefoltert wurde.

Späterhin bekleidete Guevara im „neuen Kuba“ zwei höchst verantwortungsvolle Regierungsämter, das des Industrieministers und das des Leiters der Nationalbank. Als Inhaber dieser Posten setzte der in wirtschaftlichen Belangen völlig unbedarfte Guevara eine allumfassende Verstaatlichung durch, um dann zum planwirtschaftlichen Zentralismus überzugehen. Damit vertrieb er sowohl das ausländische Kapital als auch zehn Prozent der kubanischen Bevölkerung. Infolgedessen brach die Zucker- und Getreideproduktion aufs Massivste ein, während der angestrebte Aufbau einer Schwerindustrie Illusion blieb.


Auch ohne Mütze ein Frauenschwarm: Che Guevara *Bild: Imago*

Dazu kamen Guevaras diplomatische Fehltritte gegenüber der UdSSR. Mit seiner demonstrativen Verehrung des toten Stalin und des noch lebenden Mao erregte er wiederholt den Zorn Moskaus. Und dann übte Guevara im Februar 1965 auf der afrikanisch-asiatischen Solidaritätskonferenz in Algier gar noch ganz unverblümt Kritik an der amtierenden Sowjetführung, nachdem er zuvor bereits bemängelt hatte, dass während der Kubakrise keine Atomraketen in Richtung USA abgefeuert worden waren.

Nach dem Eklat von Algier musste Guevara von allen Ämtern zurücktreten, denn der deutlich pragmatischere Castro hielt es nun für nicht länger tragbar, das verantwortungslose Schwadronieren des Comandante, dessen Vorliebe für in Verruf geratene ideologische Modelle sowie dessen völlige Untauglichkeit als Minister zu tolerieren. Zumal der Ex-Guerillero auch immer eitler und launischer auftrat, was bei den Veteranen der Revolution für erhebliche Missstimmung sorgte, die sich gegen Castro selbst wenden konnte, wenn er dem Treiben Guevaras weiterhin tatenlos zuschaute.

Anschließend versuchte der kaltgestellte Guevara, das Modell der kubanischen Revolution in andere Länder zu exportieren. Der erste diesbezügliche Versuch im Kongo geriet zum kompletten Fiasko – woraufhin Guevara in rassistischer Manier gegen die Schwarzafrikaner wetterte. Und auch sein nächster Versuch, die Bewohner eines anderen Landes zur Rebellion aufzustacheln, endete ernüchternd. „Scheißbolivianer“, tobte er diesmal.

Denn nach dem Afrika-Abenteuer wollte Guevara die Revolution nun via Bolivien nach Argentinien tragen. Aber hierbei agierte das Expeditionskorps Havannas gleichermaßen allein auf weiter Flur, weil die Bauern in dem Andenstaat konsequent auf Distanz zu den Fremden gingen. Somit standen die Kubaner unter Guevara und Juan Vitalio „Vilo“ Acuña Núñez ohne Rückendeckung durch die Bevölkerung da, als das bolivianische Militär begann, Jagd auf die sogenannte Nationale Befreiungsarmee (ELN, Ejército de Liberación Nacional) zu machen. Interessanterweise zog Castro gerade in diesem Moment seinen Verbindungsmann in La Paz ab, was ein Indiz dafür ist, dass er insgeheim darauf hinarbeitete, den Unruhestifter Guevara zu isolieren und scheitern zu lassen.

Und tatsächlich dezimierten die Regierungstruppen die Guerilleros dramatisch. So wurde im August 1967 die gesamte Nachhut unter Núñez aufgerieben, wobei in dem Hinterhalt bei Vado de Puerto Mauricio auch die frühere Stasi-„Perspektivagentin“ Tamara Bunke alias „Tania“ starb.

Guevaras Gruppe selbst, die am Ende nur noch aus 14 Personen bestand, traf es am 8. Oktober 1967 in der nahe des Dorfes La Higuera liegenden Schlucht Quebrada del Churo. Dort geriet der Guerilla-Führer verwundet in Gefangenschaft. Dem folgte ein Verhör im Schulgebäude von La Higuera. Danach befahl der bolivianische Präsident René Barrientos Ortuño, Guevara ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung zu exekutieren. Die Hinrichtung erfolgte am 9. Oktober 1967 um 13.10 Uhr durch den Feldwebel Mario Terán, der sich hierfür freiwillig gemeldet hatte. Guevara starb durch neun Kugeln und wurde anschließend eilends auf dem Flugplatz von Vallegrande verscharrt. *Wolfgang Kaufmann*

## Der Moment der Woche


Foto: action press

Die niederländische Insel Sint Maarten in der südlichen Karibik: Hurrikan Irma katapultierte dieses Boot aufs Trockene und versenkte das andere. Tod und Zerstörung bringen die Stürme der diesjährigen Hurrikan-Saison mit sich. Florida, Kuba und viele andere Gebiete im Osten des amerikanischen Kontinents sind betroffen. Derzeit verwüstet der Hurrikan Maria mit Windgeschwindigkeiten von 195 Stundenkilometern die Dominikanische Republik.

Entgegen der Berichterstattung vieler Medien deuten die rasenden Naturgewalten allerdings nicht auf einen Klimawandel hin. So stellte sogar der Weltklimarat (IPCC) fest, dass es kaum Anzeichen für langfristge Veränderungen bei der Zahl und Heftigkeit von Tropenstürmen gäbe. Irma war auch nicht, wie vielfach behauptet, der stärkste Hurrikan, der jemals gemessen wurde. Dieser Platz gebührt dem Labor-Day-Hurrikan von 1935. Mit Spitzenwindgeschindigkeiten von bis zu 300 Stundenkilometern raste er über die Inselkette der Florida Keys hinweg und forderte mehrere Hundert Todesopfer. *FH*

# Kleckse für die Ewigkeit

## Tätowierungen? Muss man tolerieren oder man lacht darüber

Steve McQueen lässt sich im Gefängnisfilm „Papillon" von 1973 als Häftling einen Schmetterling (franz. papillon) auf die Brust tätowieren. Dieses Tattoo ist Symbol für seinen Freiheitsdrang. Das Farbmuster der Flügel gleicht einem Spinnennetz, in dem die Farben eines Regenbogens plötzlich geronnen sind. Wie bei Naturvölkern sind auch hier die wesentlichen Merkmale eines Tattoos Symbolik und Ästhetik.

Insbesondere Letzteres kann man von den heutigen Kreationen, die dauerhaft auf nackter Haut verewigt werden, eher nicht behaupten. Das ist vorprogrammiert. Denn bei solchen Entwicklungen, die sich geradezu epedemieartig ausbreiten, wird Kunst rasch durch Künstlichkeit ersetzt. Jeder ist seines Glückes Schmied, und so sieht es dann auch manchmal aus, das Glück, mit einem Form- und Farbspektakel höchst körperlicher Natur durch den Rest seines Lebens zu laufen. So gleicht manches Armtattoo täuschend echt einer wellenförmig abgeschnittenen Gurkenschale. Der Homo dermatopiktologikus behält die zurechtgedrechselte Gurkenschale ein Leben lang. Eine Entfernung ist zwar grundsätzlich möglich, aber das Ausmaß von technischem Know-how, Zeit und Geld ist nicht ganz unerheblich. In der Jahre bis Jahrzehnte währenden Zwischenzeit können sich Makrophagen, also Fresszellen der körpereigenen Immunabwehr, an dem Fremdstoff so richtig schön abarbeiten – bis hin zu Kreuzallergien. Eventuell besteht sogar ein erhöhtes Krebsrisiko.

### Zurechtgedrechselte Gurkenschalen

Überlegungen dieser Art sind natürlich „voll normalo" und spießig. Die Ironie an der Sache ist nur, dass es die Tattoo-Aspiranten sind, die eine lebenslange Liaison mit der Selbststigmatisierung eingehen. Diese muss man tolerieren, zum Kotzen finden darf man sie trotzdem.

Oder ist mir etwas Bedeutsames entgangen? Bücher zum Thema lassen sich über die psychosoziale Bedeutung von Tattoos und Piercings aus. Von Rebellion gegen kulturelle Schönheitsauffassungen ist die Rede oder vom heroischen Aushalten des Schmerzes als Preis für die narzisstische Vollendung. Mag alles sein. Solch tiefsinnige Bedeutungen werden wahrscheinlich deswegen vermutet, weil es in der grellen Tattoo- und Piercing-Szene sonst an Bedeutsamem fehlt. Tattoos in dieser Hochkonjunktur und auf immer größeren Hautarealen sind subkutane Klecksografie der ästhetisch Verwirrten. Aber da wir Zeiten entgegen gehen, in denen es normal ist, dass so gut wie nichts mehr normal ist, ist dies wiederum völlig normal.

Doch auch Tätowierte altern. So wird in nicht allzu ferner Zukunft die entscheidende morgendliche Frage in deutschen Altenheimen lauten: Welche Pampers passt zu welchem Steißgeweih? *Burkhard Voß*

*Der Autor ist Facharzt für Neurologie und Psychiatrie in Krefeld. Sein neues Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit – vom Urknall bis zur Flüchtlingskrise" (Solibro Verlag, Münster 2017, broschiert, 160 Seiten, 16,80 Euro) erscheint am 3. Oktober. Der Gefängnisarzt und Schauspieler Joe Bausch („Tatort") hat das Vorwort geschrieben.*

# Für Allah oder für Europa?

## Ob England, Dänemark oder Italien – überall gibt es einflussreiche muslimische Politiker. Ihre wirklichen Ziele bleiben oft unklar

**Der lange Marsch durch die Institutionen hat seit den 90er Jahren immer mehr muslimische Politiker in Europas Parlamente gebracht. Und eines ist sicher: Mit jeder neuen Wahl werden es mehr.**

Die Beinahe-Ernennung von Sevil Shhaideh zur ersten muslimischen Ministerpräsidentin in der EU 2016 bleibt eine Fußnote der europäischen Geschichte. Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis hatte den Vorschlag begründungslos abgelehnt, Shhaideh musste sich mit dem Stellvertreterposten und einem Ministerium trösten. Angst vor einem Umsturz wird es kaum gewesen sein. Es leben weniger als 70 000 Muslime in Rumänien. Shhaideh vertritt einen liberalen Islam. Ihre Nicht-Ernennung hat wohl mit ihrem syrischen Mann zu tun, ein Assad-Anhänger, und nichts mit dem Islam.

Eines offenbart diese ungewöhnliche Nicht-Geschichte. Wenn jemand muslimischen Glaubens sein Ziel nicht erreicht, wird reflexartig die Diskriminierungsfrage gestellt. Dabei scheint der Islam in der Politik eher ein Quotenticket nach oben zu sein: Seit Anfang der 90-ger erste muslimische Politiker in europäische Parlamente gewählt wurden, ist deren Zahl kontinuierlich gestiegen. Saßen 2015 noch zwölf Muslime im britischen Parlament, sind es nach der Wahl 2017 schon 16 (acht Männer und acht Frauen): elf für Labour, drei für die Konservativen und einer für die Liberaldemokraten.

Es gibt mittlerweile sogar 18 Lords mit muslimischem Hintergrund. Einer der ersten war Nazir Ahmed. 1998 wurde er von Tony Blair ernannt und auf den Koran vereidigt. Labour-Mitglied Ahmed war von 2009 bis 2014 durchgängig in den „Muslim 500", einer Liste der einflussreichsten Muslime weltweit, zu finden. Der gebürtige Pakistani versteht sich als dialogbereiter, moderater Muslim. Das schließt für ihn allerdings auch ein, den eingeladenen islamkritischen niederländischen Politiker Geert Wilders mit Hilfe von 10 000 – höchstwahrscheinlich ebenfalls moderaten – Muslimen am Betreten des House of Lords zu hindern. „Ein Sieg für die muslimische Gemeinschaft", tönte er danach.

Auch Naseem Shah, bereits zum zweiten Mal für Labour im Parlament, haut gerne mal einen raus. Zuletzt, indem sie den Missbrauchsskandal von Rotherham verharmloste. In der mittelenglischen Stadt waren von 1997 bis 2013 etwa 1400 Kinder und Jugendliche von vorwiegend pakistanisch stämmigen Einwanderern systematisch missbraucht worden. Alles halb so schlimm, findet Shah. Im Internet bekannte sie sich mit einem „Like" zu der Aussage: „Die missbrauchten Mädchen von Rotherham und sonst wo sollen doch ihren Mund halten. Zum Wohle der Vielfalt." Später ruderte sie zurück, behauptete ihre Zustimmung per Mausklick sei nur ein Versehen gewesen. Konsequenzen gab es keine.

### Es gibt 18 Lords mit muslimischem Hintergrund

Sediq Khan saß bereits zehn Jahre für Labour im Parlament, bevor er 2015 Bürgermeister von London wurde. Er gilt als einer der beliebtesten Politiker Englands. Die wenig sensible Äußerung, dass Terrorangriffe zum Leben gehören, brachte ihm zuletzt Kritik ein, auch weil er die Angriffe nicht islamisch nennen wollte. Da er sich für die gleichgeschlechtliche Ehe einsetzt, wird er auch von strenggläubigeren Moslems angefeindet.

Das ist nicht untypisch: Wer sich „westlich" positioniert und seinen Glaubensgenossen gar Anpassung abverlangt, braucht schnell Leibwächter – wie der dänische Politiker Naser Khader. Leib und Leben wurden bedroht, nachdem er in punkto Terror festgestellt hatte: „Diejenigen, die diese Verbrechen begehen, sind Muslime. Sie benutzen muslimische Argumente. Sie benutzen den Koran".

Die Mehrzahl der muslimischen Politiker Europas steht links. Wie der italienische Politiker Khalid Chaouki, Mitglied des italienischen Unterhauses, sind sie meist bedingungslose Multikulti-Verfechter. Chaouki möchte allen „Einwanderern" sofort die Staatsbürgerschaft geben. Der 34-Jährige kam selbst mit neun Jahren aus Marokko nach Italien und musste neun Jahre auf seine warten. Auch er ist vielschichtig: Islamischen Fundamentalismus lehnt er ab. Seine Kinder gehen auf eine katholische Schule, aber einen Imam und ein Halal-Restaurant im italienischen Parlament hätte er schon gerne.

Die französische Überfliegerin Rama Yade war wohl zu hoch geflogen und musste herbe Rückschläge verkraften. Die selbsternannte muslimische Feministin war ein Aushängeschild der bürgerlich-konservativen Regierung Sarkozy/Fillon. Sie wurde aber 2010 als Staatssekretärin für Sport entlassen, weil sie sich öffentlich zu häufig gegen die Parteilinie aussprach. Im Moment ist Yade in einer Warteposition, aber mit drei Quotenjokern: Frau, schwarz, Muslimin. Und attraktiv ist sie auch.

### Wer sich westlich positioniert, braucht Leibwächter

Rückschläge oder nicht: Von Europas muslimischen Politikern wird man mehr hören. Sie sind zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Denn obwohl jetzt schon mehr Muslime in europäischen Parlamenten sitzen als Mitglieder sogenannter populistischer Parteien, hätten die etwa fünf Prozent Muslime in der EU nur eine 1,5 prozentige Repräsentationsrate, so Abdulkader Sinno von der Universität von Indiana im Internetportal OZY. Das muss und werde sich ändern.

Aber braucht man die „alten Parteien" überhaupt noch? Warum nicht besser gleich eine eigene gründen? Bei der Parlamentswahl 2017 erreichte die islamische Partei „Denk" in den Niederlanden einen Stimmenanteil von 2,1 Prozent und zieht mit drei Abgeordneten in die Zweite Kammer ein.

Klingt noch nicht beeindruckend? Doch was ist in 20 Jahren, also ein paar Zuwanderungswellen später und mit gottesfürchtigen muslimischen Familien, die Allah lieber Kind um Kind schenken? *Volker Kleinophorst*

## Muslimische Politiker in Deutschland: Mit Islamkritik macht man keine Karriere

Der bekannteste muslimische Politiker in Deutschland ist wohl Cem Özdemir. Seit 1981 ist der Bundesvorsitzende der Grünen und Sohn türkischer Gastarbeiter deutscher Staatsbürger. 1994 waren Özdemir und Leyla Onur (SPD) die ersten muslimischen Bundestagsabgeordneten. Obwohl der in Urach in der Nähe von Stuttgart geborene 52-Jährige aufgrund seiner eigenen Biografie Migration zu seinem Thema gemacht hat, ist er der unislamischste aller Muslim-Politiker.

Özdemir positioniert sich klar als „Inländer". Er macht Yoga, möchte Cannabis legalisieren und kritisiert die Islamverbände. Manchmal weiß man nicht genau, wo er gerade steht. In Glaubensfragen bezeichnet er sich als „säkularen Muslim". Ob Allahs Hilfe ausreicht, ihn zum ersten muslimischen Bundesminister in einer zukünftigen Jamaika-Koalition (CDU/CSU, Grüne, FDP) unter Angela Merkel zu machen, bleibt derzeit noch offen.

Als Bundestagsabgeordneter hat er längst Gesellschaft von anderen Glaubensbrüdern bekommen. Im Noch-Bundestag – der Neue tritt spätestens nach 30 Tagen erstmals zusammen – sitzen acht muslimische Politiker. Vier Männer und vier Frauen, vier bei den Grünen, zwei bei der SPD, einmal bei den Linken und der CDU. Das scheint nicht viel, doch es werden immer mehr, wie man in Land- und Kreistagen und bei den Mitgliederzahlen der Parteien schon erkennen kann. Muhterem Aras (Die Grünen) ist Landtagspräsidentin in Baden-Württemberg. Dilek Kolat (SPD) gehört in Berlin schon der zweiten Regierung an. Sie war zwei Jahre stellvertretende Bürgermeisterin. Tarek Al-Wazir ist in Hessen Minister für Wirtschaft und stellvertretender Ministerpräsident. Schon ganz ordentlich in gut 20 Jahren. Wie der lange Marsch durch die Institutionen geht, lernt man von biodeutschen Parteifreunden. Einwanderung und Demografie besorgen den Rest.


Foto: Detscher/Wikipedia

**Muhterem Aras: Landtagspräsidentin, Baden-Württemberg**

Die meisten muslimischen Politiker definieren sich über den Islam, dem sie mehr Teilhabe verschaffen wollen. Fast alle machen „irgendwas mit Integration" wie Aydan Özoguz. Die 50-Jährige, deren Eltern 1961 aus Istanbul einwanderten, ist Mitglied des Bundesvorstands der SPD. Als Beauftragte für Integration im Kabinett Merkel haute sie steile Thesen heraus, etwa dass sie „eine spezielle deutsche Kultur" nicht erkennen könne. In Fragen der Integration sieht sie grundsätzlich deutsche Defizite.

Auffällig an der von ihren Gegnern als Infiltrationsministerin geschmähten ist, wie gerne sie die deutschen „Gastgeber" vor den Kopf stößt. Doch das ist nichts im Vergleich zu Sawsan Chebli, die ebenfalls auf dem Migrantenticket eine unglaubliche Karriere gemacht hat. Die 39-Jährige mit palästinensischen Wurzeln war Sprecherin des Auswärtigen Amtes und ist heute Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund sowie Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement. Ihr Rang entspricht dem einer Staatssekretärin. Frau kommt also ziemlich weit mit Sprüchen wie „Scharia und Grundgesetz sind kompatibel."



**Tarek Al-Wazir: Wirtschaftsminister, Hessen**

Karriere macht man als Politiker mit Migrationshintergrund nicht mit Islamkritik, sondern mit Forderungen, wie der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Unter dem Beifall der Presse erklärte er in seinem Buch „Ich deutsch", wie ein multikulturelles Deutschland auszusehen habe, „tolerant, bunt und einladend. Jeder Bürger, der hier lebt, gehört zu ‚unserem' Volk, gehört zu Deutschland."

Fehlt eigentlich nur noch eine richtige Moslempartei. Aber auch die ist bereits da. Anfang Juli hat der Bundeswahlausschuss die „Allianz Deutscher Demokraten" zugelassen. Die Partei richtet sich vornehmlich an türkische und muslimische Einwanderer. In ihrer Politik orientiert sie sich an den Vorstellungen des türkischen Präsidenten Erdogan. ADD wird sie kurz genannt. Passender wäre vielleicht die Bezeichnung AD-Deutschland, sprich: „Ade Deutschland". *VK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 39 – 29. September 2017

MELDUNGEN

## Schloss Memel auf Briefmarke

**Memel** – Die litauische Post hat eine Briefmarke ihrer Reihe „Schlösser Europas“ dem früheren Memeler Schloss gewidmet. Vorlage ist das Bild Christoph Hartknochs aus dem Jahr 1684. Die einstige Mümmelburg war während ihrer bis zur Gründung der Stadt zurückreichenden Geschichte mehrfach zerstört und wiederaufgebaut worden, das letzte Mal nach dem Siebenjährigen Krieg, um dann in den 1870er Jahren endgültig abgetragen zu werden. Seit der neuerlichen Unabhängigkeit Litauens werden hier Ausgrabungen durchgeführt, die letztlich in einem Wiederaufbau des Schlosses münden sollen. *T.W.W.*

## Frachtroute über die Ostsee

**Königsberg** – Ende September nimmt die neue Schifffahrtslinie „Baltischer Express“ den Verkehr zwischen den Häfen Sankt Petersburg-Bronka und Königsberg auf. Betrieben wird die Frachtroute von der Nördlichen Meeresreederei aus Archangelsk. Zum Einsatz sollen zunächst zwei kleine Containerschiffe pro Woche kommen. Da sie keine Staatsgrenzen passieren, entfallen alle Zollformalitäten. Diesbezügliche Probleme mit Litauen und Weißrussland hatten Anfang 2017 die Pläne für einen Seetransport angeregt. Die Fahrt soll etwa drei Tage dauern und im Vergleich zum Lkw-Transport eine Kostenersparnis von 30 Prozent erbringen. *T.W.W.*

## Störungen des Verkehrs

**Allenstein – Straße Nr. S22:** Mühlhausen [Mlynary], Baustelle.

**Straße Nr. 7:** Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle.

**Straße Nr. 15:** Rheinsgut [Rynskie], Baustelle.

**Straße Nr. 16:** Bergfriede [Samborowo], Brückenrenovierung; Gross Kosarken [Kozarek Wielki] – Słomowo, Baustelle; Deutsch Eylau [Iława] – Osterode [Ostróda], Baustelle.

**Straße Nr. 16c:** Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle.

**Straße Nr. 51:** Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle.

**Straße Nr. 53:** Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle.

**Straße Nr. 58:** Hohenstein, Baustelle; Hohenstein [Olsztynek] – Schwedrich [Swaderki], Baustelle.

**Straße Nr. 59:** Friedrichshof [Rozogi], Baustelle.

**Straße Nr. 63;** Angerburg [Wegorzewo], Baustelle. *E.G.*

# Ozeanmuseum erhält ein Feuerschiff

### Ankunft des schwimmenden Leuchtturms in Königsberg – Besichtigung in Kürze möglich

**Das Königsberger Ozeanmuseum hat ein neues originelles Exponat erhalten, das bald besichtigt werden kann: Das Feuerschiff „Irbenskij“ wurde von Kronstadt nach Königsberg bugsiert, wo es am Pregelufer seinen ständigen Liegeplatz haben wird.**




Der Letzte seiner Art: Schwimmender Leuchtturm „Irbenskij“ an seinem neuen Liegeplatz am Pregelufer Bild: J.T.

Offiziell wurde das Feuerschiff dem Museum schon im August 2014 übergeben, aber der schwimmende Leuchtturm „Irbenskij“ konnte erst vor Kurzem den Hafen von Kronstadt verlassen und über die Ostsee nach Königsberg geschleppt werden. Nun hat das Schiff als neues Exponat des Ozeanmuseums seinen ständigen Standort am Pregel eingenommen. Bevor das Schiff in See stach, musste es einer Grundsanierung unterzogen werden, bei der vor allem eine gründliche Überprüfung des Rumpfes und der Schwimmfähigkeit des Schiffs vorgenommen wurde.

Das Feuerschiff „Irbenskij“ hat eine interessante Geschichte, die in den 1950er Jahren begann. Damals war die Irbenstraße, der Hauptausgang des Rigaischen Meerbusens zur Ostsee, wegen der steigenden Zahl der Schiffe, die Riga, das Riff und die Irbenstraße passierten, zur wachsenden Bedrohung für die Sicherheit der Schifffahrt geworden. Die Sowjetregierung stand vor der Wahl, entweder die Navigation durch die gefährliche Seestraße zu verbessern oder die Ausgaben für die Versicherung der Schiffe zu erhöhen. Ende der 50er Jahre entschied man sich dafür, zwei „schwimmende Leuchttürme“ in Finnland zu bestellen – einer kam im Kaspischen Meer zum Einsatz, der andere wurde 1962 an den Beginn des Fahrwassers der Irbenstraße gestellt.

Das Feuerschiff „Irbenskij“ wurde als letzter schwimmender und bemannter Leuchtturm der Welt gebaut. Es ist 43 Meter lang und fast zehn Meter breit. Die Besatzung bestand aus 19 Personen. An der Irbenstraße in der Nähe des Hafens Windau (lettisch Ventspils) gelegen, gab der Leuchtturm den Schiffen bis 1985 Orientierung und Signale, bis an dieser Stelle ein fester Leuchtturm den Dienst übernahm. Das überflüssig gewordene Feuerschiff schleppte man zunächst nach Pillau und später nach Lomonossow, wo es lange Zeit als Hauptquartier der Division diente. Dann wurde das Schiff außer Dienst gestellt und zum Verkauf angeboten. So wurde auch die Leitung des Ozeanmuseums auf das Schiff aufmerksam.

Doch nach 20 Jahren, in denen der schwimmende Leuchtturm dem Verfall preisgegeben war, wäre es zu riskant gewesen, ihn nach

#### Reparaturen erst nach 20 Jahren

Königsberg zu bringen, wo die Reparatur zwar billiger gewesen wäre, aber möglicherweise hätte das marode Schiff seinen Bestimmungsort nie erreicht. Der Leuchtturm sowie der Schiffsrumpf befanden sich in sehr schlechtem Zustand. Deshalb mussten die Untersuchung und die Reparaturarbeiten in Kronstadt durchgeführt werden. Die Antriebsschraube und die Lenkanlage mussten erneuert werden. Der im Wasser liegende Teil des Rumpfs wurde gestrichen, damit das Metall nicht rostet. Eine solche Reparatur ermöglicht es, das Schiff fünf Jahre lang sicher im Wasser zu belassen.

Doch die Arbeiten sind auch nach der Ankunft des Feuerschiffs in Königsberg noch nicht beendet. Es muss als Museumsobjekt erst hergerichtet werden, für die Wasserversorgung, die Elektrifizierung, Beschriftung und die Sicherheit der Besucher muss Sorge getragen werden. Danach wird das Innere für die Öffnung für Besucher vorbereitet. Das wichtigste Exponat ist die Fresnel'sche Linse im Glas des Leuchtturms. Das Kristallglas ist sehr zerbrechlich, sodass man es wahrscheinlich durch gewöhnliches ersetzen muss. Bis die Museumsbesucher das Interieur und die technische Ausstattung des einzigartigen Leuchtturms besichtigen und sich mit den Einzelheiten seiner außergewöhnlichen Geschichte vertraut machen können, wird noch eine Weile vergehen. *Jurij Tschernyschew*

# Schweden zeigt Interesse an Süd-Ostpreußen

### 5. Konferenz »Offen für Skandinavien« in Elbing: Gemeinsame Erfolge bei Im- und Export

Mitte September fand in Elbing die diesjährige Konferenz „Offen für Skandinavien“ statt. Vertreter der Lokalregierung und lokale Geschäftsleute diskutierten über neue Wege für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem südlichen Ostpreußen und Skandinavien.

Diese Konferenz hat schon zum fünften Mal stattgefunden. Die Veranstaltung richtet sich nicht nur an Unternehmer oder Vertreter von wirtschaftsnahen Institutionen aus dem südlichen Ostpreußen, sondern auch an Botschaftsvertreter sowie an Firmen aus Finnland und Schweden, die sich für die Gründung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region interessieren.

Ermland und Masuren haben nicht nur touristisch viel zu bieten, sondern öffnen sich auch von Jahr zu Jahr für Geschäfte von außen. Durch die Sonderwirtschaftszone Ermland–Masuren hat die Region beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Sie verfügt über fast 2000 Hektar Fläche für Investitionen. Die vergangenen Jahre waren eine gute Zeit für das südliche Ostpreußen. Die Region ist führend im Holz- und Möbelbereich. Sie deckt zehn Prozent des polnischen Exports in diesem Bereich ab.

Wichtig ist ebenfalls die Entwicklung der Yachtbranche – von kleinsten bis zu Hochleistungs-Yachten. Weitere regionale Themen sind die Landwirtschaft und eine gesunde Lebensmittelproduktion. Sie sind die Magnete, die zur Entwicklung des Unternehmertums in der Region und der internationalen Zusammenarbeit beitragen. Es ist wichtig, große internationale Konzerne wie Michelin, Ikea, LG, Philips anzusiedeln. Daneben werden auch kleine und mittelständische Unternehmen gefördert.

Für die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus Skandinavien interessiert sich auch die Stadt Elbing. Schon vor 26 Jahren hat sie ein Partnerschaftsabkommen mit der schwedischen Stadt Ronneby unterzeichnet. Seit einigen Jahren engagiert sich die Stadt auch aktiv im sozialen und kulturellen Austausch mit der norwegischen Stadt Stavanger. Laut Bürgermeister Witold Wróblewski hat Elbing viele Vorteile, welche die Gründung von Firmen begünstigen. Dazu zählt er die gute Verbindung seiner Stadt über die S7 mit Danzig und Allenstein. Die Straße S22 sei eine her-

#### Polen verkauft Busse nach Skandinavien

vorragende Verbindung zum Königsberger Gebiet, das Ausgangspunkt für den russischen Markt ist.

Elbing hat beschlossen, einen Kanal durch die Frische Nehrung zu bauen (siehe *PAZ* Nr. 38), da die Stadt über einen Hafen mit einem Fracht- und einem Passagierterminal verfügt. Darüber hinaus habe Elbing viele Bereiche, in denen Unternehmen von den Erleichterungen der Sonderwirtschaftszone Ermland-Masuren profitieren könnten. Für die Investoren wurden unter anderem Kammern und Arbeitgeberverbände eingerichtet. Derzeit wird ein Elbinger Zentrum für berufliche Bildung gebaut, um Jugendliche und Mitarbeiter für bestimmte Berufe auszubilden. Auch müsse die Region als touristische Perle im Auge behalten werden. Der Elbinger Kanal mit seinen Schleusen und Rampen ist das einzige Objekt dieser Art in der Welt.

Polen ist der achtwichtigste Handelspartner Schwedens. Der Handel zwischen den beiden Ländern hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Aber er beträgt nur ein Drittel von Schwedens Handel mit den baltischen Staaten. Zurzeit gibt es rund 700 schwedische Unternehmen in Polen mit rund 100 000 Mitarbeitern. Die Schweden haben Zugang zu gut ausgebildeten und effizienten Mitarbeitern in Polen, einer guten Infrastruktur und Logistik zu noch niedrigen Kosten. Daniel Larsson, Berater der schwedischen Botschaft in Warschau, sagte, der Kontakt zu den örtlichen Behörden sei im südlichen Ostpreußen gut, was ausländischen Investoren helfe, ihre Geschäfte in der Region zu entwickeln.

Schwedische Investoren wollen vor allem in den nachhaltigen Stadtverkehr (unter anderem in elektrische Busse und Radwege) und in die sogenannte „grüne Technologie“ im Zusammenhang mit Umweltschutz, Luftreinheit und Abfallentsorgung investieren. Laut Agnieszka Wróbel von der finnischen Exportförderungsorganisation „Finpro“ haben auch finnische Unternehmen im vergangenen Jahr in Polen in viele Branchen wie Energie, Bau, Holz, Schwerindustrie und Maschinen sowie Software und digitale Medien investiert.

Doch auch polnische Unternehmen sind in skandinavischen Ländern vertreten. Das Solaris-Werk hat bereits 600 Busse in Schweden verkauft. Im ersten Quartal 2017 stieg der Export von Polen nach Schweden insgesamt um 25 Prozent. *Leszek Chaburski*



## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

am letzten Wochenende hat unser „Königsberger Wanderer“ auf dem Geschichtsseminar der LO in Helmstedt seine Wege aufgezeigt, die ihn auf seinen vielen Besuchen in der alten ostpreußischen Metropole durch die Stadt geführt haben. Er ist auf noch nicht verwehten Spuren gegangen und hat dabei viele Relikte aus deutscher Zeit gefunden, die andere Besucher nicht entdeckt haben oder nicht entdecken konnten, weil **Jörn Petrul** auch die hintersten Winkel ausgeleuchtet hat. Oft auf Wunsch von Königsbergern, die aus Alters- und Krankheitsgründen nicht mehr reisen können, die aber wissen wollen, ob bestimmte Merkmale, die sie sich eingeprägt haben, noch vorhanden sind und wenn ja, in welchem Zustand sie sich befinden. Keine leichte Aufgabe für den Königsberger Wanderer – der sich selber diesen Namen gegeben hat – , die er aber gerne ausführt, weil sie für ihn die Vergangenheit an das Licht der Gegenwart bringt und sie erhellt. Bereits vor dem Seminar hatte uns Jörn Petrul einen Bericht übersandt, in dem er seine neuesten Entdeckungen und Erlebnisse schildert, in denen er auch auf die heutigen Bewohner eingeht, klar und sachlich, aber doch von Emotionen durchzogen, die viele alte Königsberger nachempfinden werden. Wir bringen diesen Bericht in voller Länge, weil fast jede Zeile Wissens- oder Erkennungswertes enthält. Jörn Pekrul schrieb diesen Beitrag nur für unsere Leserinnen und Leser, wie schon seine einleitenden Worte erkennen lassen:

„Ich sende Ihnen und der Leserschaft herzliche Grüße vom Pregel. Das Auftragsbuch mit Foto-und Nachforschungswünschen prall gefüllt, ging der ‘Königsberger Wanderer’ erneut auf Schusters Rappen durch die Stadt. Ich mache diese Dinge gerne, die Angaben aus der Ostpreußischen Familie bringen die Gebäude zum Sprechen. Kaliningrad verschwimmt, und schon ist man versunken im alten Königsberg, das der russische Volksmund „Die Stadt unter der Stadt“ nennt. Und die Veränderungen fallen auf:

So ist die Kanttafel – wie ein großer Teil der Südwestwand der Schlossmauer – abgetragen, denn das Areal wird vergrößert für öffentliche Übertragungen der kommenden Fußball-Weltmeisterschaft. Die Entfernung der Kanttafel bedrückt, man kann nur hoffen, dass sie zu gegebener Zeit wieder angebracht wird.

Vor der OMGS in der Beethovenstraße wurde der Panzer, der vor fünf Jahren dort aufgefahren wurde – *die PAZ* brachte Bericht und Foto in Nummer 43/2012 vom 27.10.2012 – wieder entfernt. Der ewige Ruhm hat nicht lange gehalten und auch die alten Königsberger Stadtansichten auf der Fassade, zum Ende hin recht mitgenommen und unansehnlich, wurden durch einen frischen und neutralen Anstrich ersetzt. Mit einem freundlichen Blumenkranz wird das Ensemble nun wieder seinem ursprünglichen Aussehen ähnlicher.

Holz- und Hohe Brücke werden derzeit gleichzeitig renoviert und haben aus dem Weidendamm und der Lindenstraße einen ruhigen Fußweg gemacht. Das treibt die Autofahrer auf den Langgassen zur Verzweiflung, weil alles dorthin ausweicht. Der Wiederaufbau der Königsberger Synagoge in der Lindenstraße schreitet voran.

Was noch auffällt: Die Ringchaussee östlich der Stadt ist atemberaubend schnell modernisiert worden. Die Palmburger Brücke ist restlos abgetragen, und breite, mehrspurige Fahrbahnen entlasten den Verkehr in der Innenstadt. Der Wohnungsbau boomt, und an allen Ecken und Enden wird gebaut, gewerkelt und verschönert. Es ist trotz mancher bedauerlicher Details ein insgesamt beeindruckendes Bild.



fSandsteinlöwe vor der Königsberger Börse Bild: Pekrult

Es wird ergänzt durch eine stille Entwicklung, die mich sehr berührt.

Durch das Aufsuchen der Elternhäuser unserer Ostpreußischen Familie entstehen natürlich viele Kontakte mit den heutigen russischen Bewohnern. Ich habe bei ihnen bisher immer eine ehrliche Anteilnahme für die Menschen erlebt, die hier eigentlich zu Hause sind und gehen mussten. Gerade junge Menschen, die nach 1990 geboren wurden, fragen mich oft nach Hintergründen und Details. Sie lernen Deutsch oder Englisch, sind sehr wissbegierig und auch hilfsbereit, nach meinem Eindruck mehr als die Generation zuvor. Ein junger Mann, dem ich auf der Lomse begegnete, zeigte mir eine kleine Sammlung von Alltagsgegenständen, die er im Laufe der Jahre zusammen getragen hat. Mit Vorsicht und Liebe hütet er seinen kleinen Schatz von Tassen, Flaschen und dem einen oder anderen Werbeschild aus deutscher Zeit. Es ist für ihn ein Stück Identifikation. Er ist erst Anfang 20.

Ein guter Schlüssel zur Verständigung ist für mich das Buch ‘Die letzten Kinder Ostpreußens’ von Freya Klier geworden. Ich gebe das Buch gern weiter. Die jungen Kaliningrader sind im Regelfall von der modernen Schreibweise ermuntert und dann – das erfahre ich durch Rückmeldungen – sehr berührt von den authentischen geschichtlichen Darstellungen, zumal darin auch auf das ‘Ostpreußische Tagebuch’ von Hans Graf von Lehndorff eingegangen wird. Und so wird für mich auch die Taschenbuchausgabe eine schöne Dankesgabe für künftige Hilfsbereitschaft werden.

Als Nachgeborene können wir die Vergangenheit nicht ändern. Die Verantwortung für den Ist-Zustand lag nicht bei den einfachen Menschen. Aber wir können versuchen aus den Scherben, die uns die Vergangenheit zugeschoben hat, etwas Neues, Konstruktives aufzubauen. Das ist besser als sprachlos vor dem Ist-Zustand zu stehen und vor Erschütterung über die Königsberger Tragödie zu erstarren. Stattdessen sollte dieser Neubau die überlieferten Scherben enthalten – sie zu bewahren ist uns, der Nachkriegsgeneration wichtig, da sie uns helfen, aus den Abläufen der Königsberger Stadtgeschichte unsere Lehren zu ziehen – hüben wie drüben.

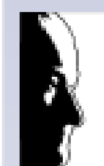
Was vor allem bleibt ist die Zuneigung zu der Erlebnisgeneration, die auf verschiedene Weise zum Ausdruck kommt. Ich möchte da nur einen Fall erwähnen. Eine betagte Russin, die 1947 nach Königsberg kam, gab mir hilfreiche Auskünfte über den Verbleib einer damals jungen Frau, die bis heute als vermisst gilt. Die 92-Jährige war natürlich sehr aufgeregt über den Rückgriff auf die damaligen Ereignisse, doch junge Kaliningrader beruhigten sie und vermittelten. Am Ende schauten wir uns alle an und weinten, denn wir sind ja zuerst Menschen und dann erst Ostpreußen, Königsberger, dann erst Russen, Kaliningrader. Die aus solchen Begegnungen gewonnenen Erkenntnisse befreien und stärken zugleich. Ich sehe hierin die gleiche Grundhaltung, die auch die Ostpreußische Familie auszeichnet. Der Frieden kann nur dauerhaft erhalten werden, wenn seine Stabilität durch Wahrheit gestützt wird. In diesem Sinne grüße ich Sie alle aus dem Herzen unserer geliebten Stadt“.

So geschrieben von unserm Königsberger Wanderer Jörg Pekrul während seines Aufenthaltes in Königsberg in den letzten Augusttagen. Und natürlich fügt er seine neuesten Aufnahmen bei, von denen wir eine heute bringen – denn was wäre ein Pekrul-Bericht ohne seine glänzend fotografierten Ansichten aus dem heutigen Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen? Sie sind schon eine willkommene Bereicherung unserer Kolumne, denn er wählt die Motive ganz im Sinne unserer Ostpreußischen Familie aus. Hier seine Anschrift: Jörn Pekrul, Breitlacherstr.65 in 60489 Frankfurt am Main.

An einem Gebäude wird die Vergangenheit der Stadt besonders sichtbar, denn es handelt sich um die Königsberger Börse am Vorstädtischen Pregelufer, nun leider nicht mehr als Symbol des regen Handels, der schon 1619 die Stadt zum Börsenplatz machte. Der heutige Bau ist der vierte seiner Art, er hielt selbst Feuerbrünsten und Bombenhagel stand, wenn auch stark beschädigt, wobei leider die vier allegorischen Figuren vernichtet wurden, die das Dach des von dem Architekten **Heinrich Müller-Bremen** 1875 geschaffenen, auf 2202 Pfählen ruhenden Prachtbaues schmückten. Und um diese von dem Bildhauer **Emil Hundrieser** geschaffenen Figuren, die den Handel Königsbergs mit der ganzen Welt symbolisieren, weil sie die vier Kontinente Europa, Asien, Amerika und Afrika versinnbildlichen, geht es der Direktorin der Kaliningrader Kunstakademie, Frau **Galina Sabolotskaja** in ihrem Anliegen. Wir hatten schon einmal kurz von den Umzugsplänen der Galerie berichtet, die ihren bisherigen Standplatz, einen Plattenbau am Moskowskij Prospekt, verlassen muss, worüber die Direktorin nicht unglücklich war, denn es handelt sich bei dem neuen Domizil um die Börse. Sie will nun auch die Geschichte der Königsberger Börse herausstellen und sucht Unterlagen über den Bau und über das Börsenleben, vor allem Aufnahmen von den Innenräumen und vom Börsenkeller. Besonders ist ihr natürlich an einer Abbildung von den vier Dachskulpturen gelegen. So, das wäre nun die Bitte der Direktorin, die wir diesmal ausführlicher bringen, vielleicht hat sie nun Erfolg. Frau Sobolotskaja ist telefonisch unter der Nummer +7 9097 907 337 zu erreichen, sie spricht deutsch. Ihre E-Mail: art-gallery.kaliningrad@gazinter.ne:

**Eure**

**Ruth Geede**



**Die ostpreußische Familie**



Bild: Pawlik

**Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?**

**Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.**

**Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de**

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Reichenbach besinnt sich seiner jüdischen Geschichte

### Das in der Synagoge residierende Kulturzentrum »Rutika« lud dazu ein, die »Judenbach«-Tradition wiederzubeleben

Das niederschlesische Reichenbach [Dzierzoniów] besinnt sich wieder seiner jüdischen Geschichte. Ende September lud das in den Räumlichkeiten der Reichenbacher Synagoge residierende Kulturzentrum „Rutika“ dazu ein, die jüdische Tradition der Stadt wiederzubeleben. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde israelischer, koscherer Wein verkostet und bei Musik und Tanzdarbietungen das jüdische Neujahr 5778 begrüßt. In Vorträgen und Ausstellungen wurde an die in Polen kaum bekannte Geschichte von „Judenbach“ („Zydbach“) erinnert.

„Dass die Synagoge noch heute existiert, gleicht einem Wunder, denn sie zählt zu den wenigen Synagogen Niederschlesiens, die den Vandalismus der ‚Reichskristallnacht‘ vom 9. November 1938 überdauert haben“, so Gabriel Berger, Autor des Buches „Umgeben von Hass und Mitgefühl“, das über die jüdische Selbstverwaltung nach 1945 in Niederschlesien handelt, im Periodikum „Schlesien heute“. „Nachdem 1937 Gottesdienste in der Synagoge von Reichenbach von den Nazi-Behörden verboten worden sind, wurde sie zum Verkauf ausgeschrieben. Der nichtjüdische Gärtner Konrad Springer kaufte das Gebäude und verhinderte damit, dass es in der ‚Reichskristallnacht‘ zerstört wurde“, so Berger.

Anfang des 19. Jahrhunderts zogen jüdische Kaufleute und Textilfabrikanten in die Textilstadt Reichenbach und gründeten ihre Gemeinde, die bei der Reichsgründung 1871 200 Mitglieder zählte. Die wohlhabende Gemeinschaft hatte bereits vier Jahre darauf eine großzügig gestaltete Synagoge errichtet. Durch die antisemitische Politik der Nationalsozialisten wurde jegliches jüdisches Leben in Reichenbach zerstört. Seit Ende 1942 galt die Stadt als „judenfrei“.

Nach der Vertreibung der Deutschen aus Reichenbach siedelten sich in der heute 34 000 Einwohner zählenden Stadt 18 000 polnische Juden an. Damit zählte Reichenbach, das 1945 und 1946 von der polnischen Verwaltung zunächst „Rychbach“ genannt wurde, zu den sechs am stärksten jüdisch besiedelten der unter polnischer Verwaltung stehenden Städte. Der Ideengeber für die Ansiedlung war der Präsident des Woiwodschaftskomitees der Juden in Niederschlesien Jakub Egit. Dieser wurde vom polnischen Zentralkomitee der Juden in seiner Absicht unterstützt, 100 000 sogenannte repatriierte Juden aus der Sowjetunion in Niederschlesien im Rahmen einer „Wiedergutmachung“ anzusiedeln. Jiddisch war in „Judenbach“ Kommunikationssprache. Eine jüdische Selbstverwaltung organisierte den Alltag mit jüdischen Schulen, Kranken- und Waisenhäusern, Kibbuzim, Handwerksgenossenschaften, einem Theater, Zeitungen und einem jiddischsprachigen Buchverlag. Die kuriose Blütezeit hielt nicht lange an. Neid und antijüdische Stimmungen machten sich breit. Juden wurden zunehmend angegriffen, die polnische Verwaltung zeigte häufig eine Abneigung gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Nach der Gründung des Staates Israel 1948 zogen die polnischen Kommunisten ihre Unterstützung zurück. Erneut verlor die Stadt innerhalb weniger Jahre einen Großteil ihrer Bevölkerung, die nun nach Israel weiterzog. Aus der zum Kriegsende „judenfreien“ war also nur kurzzeitig eine „rein jüdische“ Stadt geworden. Die Kommunisten inhaftierten sogar Egit, der 1957 nach Kanada gelangte, wo er 1991 seine Autobiographie „Grand Illusion“ veröffentlichte.

> Das Zahl der Juden ging mehrmals stark auf und ab

Nachdem 1948 noch 7000 Juden in Reichenbach verblieben waren, ging auch diese Zahl bald rapide zurück. „Die Auswanderungswellen aus Polen in den 50er und 60er Jahren reduzierten schließlich die Zahl der Juden in Reichenbach und Umgebung so dramatisch, dass der für den Gottesdienst in der Synagoge notwendige Minjan von zehn gläubigen Männern kaum noch zu erreichen war“, so Gabriel Berger. 1968 bis 1980 fanden in der Synagoge nur gelegentlich Gottesdienste statt. Ihre Nutzung wurde schließlich eingestellt, das Gebäude verfiel.

Anfang der 90er Jahre ist die zum Museum der Region umfunktionierte Synagoge notdürftig renoviert worden. Durch Leerstand und Vandalismus war sie jedoch dem Verfall geweiht. Erst als Rafael Blau, ein Jude aus Beerscheba in Israel, die Stadt seiner Kindheit besuchte, kam Hoffnung für wenige, vorwiegend alte Reichenbacher Juden auf. Für Rafael Blau und seine Frau Dorin wurde die Rettung der Synagoge zu einer Herzensangelegenheit. Sie gründeten die Stiftung „Bejtejnu Chai“ (unser Haus lebt), kauften das Gebäude, versetzten es in einen vorzeigbaren Zustand und eröffneten darin das interkulturelle Zentrum „Rutika“, in dem auch die diesjährigen Jüdischen Kulturtage gefeiert wurden. Für eine vollständige Renovierung sind die Mittel jedoch noch nicht beisammen.

Chris W. Wagner




## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Reitmeyer**, Hildegard, geb. **Manzau**, aus Gut Birkenwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. September

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Hattan**, Gertrud, geb. **Follmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Blum**, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
**Brauns**, Willi, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
**Darge**, Hildegard, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September
**Ludwanowski**, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September
**Mögel**, Julius, aus Birkenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
**Ulmer**, Herbert, früher **Uymowski**, aus Bischofsburg, am 27. September

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Stank**, Edith, geb. **Czarnojan**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Friedrich**, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
**Karrasch**, Gerda, geb. **Specka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
**Kling**, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September
**Kutz**, Iris, geb. **Pflaumbaum**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 24. September
**Marzinzig**, Hildegard, geb. **Effenberger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 139/140, am 22. September
**Neuhäuser**, Margot, geb. **Wermke**, aus Stradaunen, Abbau, Kreis Lyck, am 5. Oktober
**Steffens**, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September
**Wöckner**, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Frischmuth**, Max, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
**Giebler**, Gertraut, geb. **Wietz**, aus Wehlau am 30. September
**Glas**, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September
**Ketelhake**, Hildegard, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. September
**Lieder**, Ursula, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 1. Oktober
**Piefke**, Christa, geb. **Radtke**, aus Ebenrode, am 24. September
**Schilling**, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September



## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Döbbeling**, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September
**Falk**, Gustav, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September
**Jessat**, Otto, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
**Knothe**, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September
**Kopka**, Eva-Maria, geb. **Reynoss**, aus Treuburg, am 2. Oktober
**Kruska**, Emma, geb. **Aleoschat**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. September
**Nowak**, Irmgard, geb. **Rautenberg**, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. September
**Ollesch**, Hildegard, geb. **Lehmann**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
**Peters**, Ursula, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. September
**Prikuls**, Käthe, geb. **Kottowski**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 29. September
**von Tolkacz**, Hildegard, geb. **Pajonk**, aus Lötzen, am 28. September

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Böttcher**, Hildegard, geb. **Kulessa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September
**Burow**, Erna, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. September
**Dyk**, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September
**Hinz**, Lothar aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 23. September
**Kotowski**, Hans, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. Oktober
**Kowalski**, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober
**Rughase**, Edith, geb. **Pauluhn**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 25. September
**Rusch**, Liesbeth, geb. **Schöffsky**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Oktober
**Schmerl**, Ella, geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September
**Seestädt**, Ingeborg, geb. **Gröning**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
**Thiel**, Ruth, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 25. September

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bräutigam**, Wilhelm, Kreisgruppe Kassel, am 30. September
**Dams**, Helmut, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 24. September
**Delfs**, Wally, geb. **Lindemann**, aus Schönfeld, Kreis Heiligenbeil, am 1. Oktober
**Gräf**, Lydia, geb. **Holzlehner**, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September
**Gross**, Gudrun, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September
**Haldorn**, Elfriede, geb. **Kujehl**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
**Hübner**, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober
**Kunz**, Dora, aus Kobbelbude, Königsberger Land, am 22. September
**Lingat**, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September
**Martens**, Irmgard, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
**Matern**, Elsa, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
**Meyer**, Brunhilde, geb. **Cernhoff**, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
**Müller**, Käthe, geb. **Rama**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
**Niehus**, Elfriede, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
**Niklaus**, Liselotte, geb. **Paschkowski**, aus Ortelsburg, am 29. September
**Nitschke**, Ruth, geb. **Bogumil**, aus Ortelsburg, am 22. September
**Pfennig**, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
**Pieper**, Elfriede, geb. **Bechtel**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
**Polixa**, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
**Rogowski**, Otto, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September
**Seidenberg**, Werner, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 28. September
**Ströh**, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober
**Zakfeld**, Georg, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Altrock**, Frieda, geb. **Sziegat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 23. September
**Annutsch**, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September
**Buttgereit**, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September
**Christoffersen**, Arthur, aus Regeln, Kreis Lyck, am 3. Oktober
**Daniel**, Fritz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. September
**Ehlert**, Arthur, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Okotber
**Grenningloh**, Christel, geb. **Newiger**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
**Heske**, Bruno, aus Fedderau, Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 29. September
**Kinkel**, Erna, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 23. September
**Kukla**, Gerhard, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 23. September
**Mensak**, Herbert, aus Salza, Kreis Lötzen, am 3. Oktober
**Meyer**, Hildegard, geb. **Pyko**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 22. September
**Nestler**, Ingard, geb. **Eichel**, aus Lyck, am 5. Oktober
**Vogel**, Ulrich, aus Lyck, am 29. September
**Werner**, Waltraud, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 25. September
**Wilkop**, Ursula, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
**Wysotzki**, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Diebowski**, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September
**Gelszus**, Charlotte, geb. **Tobehn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
**Grigat**, Hildegard, geb. **Szech**, aus Walden, Kreis Lyck, am 1. Oktober
**Hein**, Johanna, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September
**Heinacher**, Paul, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 24. September
**Jacobsen**, Traute, geb. **Patz**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 1. Oktober
**Jankowski**, Horst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 1. Oktober
**Kuhr**, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
**Lange**, Martha, geb. **Schlizio**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 2. Oktober
**Lerke**, Hermann, aus Lötzen, am 28, September
**Lorenscheit**, Gerda, geb. **Girnus**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
**Losch**, Alfred, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 29. September
**Muszenski**, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September
**Paul**, Erika, geb. **Blaurock**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
**Piaszenski**, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September
**Plumhoff**, Martin, aus Schwägerau, Kreis Insterburg, am 5. Oktober
**Radau**, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
**Richter**, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September
**Schöler**, Ursula, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
**Schürmann**, Margarte, geb. **Reinos**, aus Eichtal, Kreis Treuburg, am 28. September
**Schwetlick**, Günter, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 25. September
**Stossberg**, Hildegard, geb. **Parczak**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 28. September
**Thimm**, Erika, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
**Vortlage**, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, an 3. Oktober

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Alsleben**, Irma, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
**Bahl**, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
**Bergmann**, Ewald, aus Guttstadt, Glottauer Vorstadt 31, Kreis Heilsberg, am 3. Oktober.
**Burmeister**, Hildegard, geb. **Tusnat**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
**Chaymonwski**, Horst, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 1. Oktober
**Dziarstek**, Herbert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
**Figge**, Traude, geb. **Frank**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 28. September
**Fritz**, Herbert, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
**Fuchs**, Annemarie, geb. **Lemme**, aus Neidenburg, am 5. Oktober
**Grabosch**, Gerda, geb. **Blask**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. September
**Grewe**, Edith, geb. **Jankowski**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 22. September
**Halw**, Werner, aus Treuburg, am 23. September
**Horn**, Heinrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September
**Koschnieder**, Günther, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. September
**Kowalewski**, Eva-Maria, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 3. Oktober
**Kröhnert**, Walter, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 27. September
**Kulms**, Elli, geb. **Kösling**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. September
**Lehwald**, Herbert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. September
**Lux**, Joachim, aus Gittau, Kreis Neidenburg, am 27. September
**Nerstheimer**, Georg, aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September
**Niedzwetzki**, Willi, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 22. September
**Pankewitz**, Elisabeth, geb. **Wenzel**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 27. September
**Pellny**, Brunhilde, geb. **Bondzio**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Oktober
**Pertek**, Willy, aus Ortelsburg, am 24. September
**Petersdorf**, Helga, geb. **Krupka**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 26. September
**Piper**, Ingrid, geb. **Topal**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
**Rupprecht**, Reinhold, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Oktober
**Salewsky**, Franz., aus Neidenburg, am 23. September
**Schnierda**, Ursula, geb. **Nowakowski**, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober
**Schulz**, Ruth, geb. **Papajewski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 30. September
**Schütt**, Gertrud, geb. **Blumental**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober
**Skindziel**, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. September
**Skonetzki**, Ewald, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September
**Stanko**, Werner, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
**Sylvester**, Hilla, geb. **Jundel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
**Tegelhütter**, Irmgard, geb. **Böhm**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 23. September
**Teige**, Alfred, aus Große Lasken, Kreis Lyck, am 25. September
**Tonzel**, Ursula, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 29. September

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Alves**, Erika, geb. **Naujoks**, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeilm, am 22. September
**Benz**, Reinhold, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 30. September
**Blüm**, Karl-Otto, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
**Bräuer**, Manfred, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
**Elemis-Kamisas**, Lilli, geb. **Marzinzik**, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
**Fink**, Edeltraud, geb. **Sabolewski**, aus Elental, am 26. September
**Gronau**, Gerhard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
**Groß**, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 30. September
**Hantel**, Erich, aus Ganglau, Kreis Allenstein, am 30. September

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16



## TERMINE DER LO

**2017**
**21. bis 23. Oktober:** 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
**5. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
**13. bis 19. November:** Werkwoche in Helmstedt

**2018**
**17. bis 18. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
**7. bis 8. April:** Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

*Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de*

# Noch Plätze frei

## Kulturhistorisches Seminar

Vom 5. bis 8. November veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt ein Kulturhistorisches Seminar. Unter dem Thema „Ostpreußen und die Reformation – Martin Luther und seine Zeit“ werden unter anderem Vorträge über Luther und den Beginn der Reformation, die Einführung der Reformation im Preußenland durch Albrecht von Brandenburg, den Deutschen Bauernkrieg und das heutige evangelisch-lutherische Gemeindeleben im Königsberger Gebiet angeboten. Die Übernachtung im Zweibettzimmer mit Dusche, WC und Vollverpflegung kostet 150,00 EUR. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich.

Die Anmeldeunterlagen können bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826; Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@Ostpreussen.de angefordert werden.




## Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

**Heckl**, Christel, geb. **Wittkowski**, aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
**Hilpert**, Horst, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 28. September
**Jankowski**, Herta, geb. **Lopian**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 32. Oktober
**Junga**, Günter, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
**Kaulbarsch**, Werner, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 30. September
**Konietzko**, Anneliese, aus Wehlau, am 22. September
**Lange**, Ilse, geb. **Feierabend**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 30. September
**Löffler**, Waltraut, geb. **Petereit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 29. September
**Malessa**, Horst, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 27. September
**Matzat**, Harry, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 30. September
**Mendrian**, Ulrich, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
**Müller**, Margot, geb. **Nehrke**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 30. September
**Philipp**, Manfred, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 23. September
**Pokropp**, Horst, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
**Rose**, Lieselotte, geb. **Korn**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. September
**Semmling**, Hans-Joachim, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
**Skibba**, Hans, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
**Steinbacher**, Gerd, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. September
**Stock**, Waltraut, geb. **Przykopp**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Oktober
**von Mrozeck**, Margarete, geb. **Gras**, aus Lötzen, am 23. September
**Weinhardt**, Christa, geb. **Sinnhöfer**, aus Brücken, Kreis Ebenrode, am 29. September
**Wilkop**, Irmgard, geb. **Bahl**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 26. September
**Zielinski**, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. September
**Ziemmeck**, Dieter, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 2. Oktober
**Zimmermann**, Ursel, geb. **Schanko**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. September

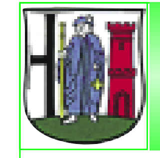
### ZUM 75. GEBURTSTAG

**Bahr**, Ruth, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 22. September
**Dommasch**, Dietmar, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 25. September
**Dorka**, Eckhard, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 30. September
**Fengler**, Klaus, aus Relken, Kreis Lötzen, am 27. September
**Hoyer**, Anneliese, geb. **Hegenbarth**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. September
**Kairies**, Erich, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
**Krafzik**, Siegfried, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. September
**Lewandowski**, Bärbel, geb. **Buchalle**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. September
**Queiß**, Hans-Joachim, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 25. September
**Rehme**, Irmgard, geb. **Haese**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September
**Schlemminger**, Dr. Eckhard, aus Allenstein und Lötzen, am 22. September
**Szagun**, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
**Täuber**, Gisela, geb. **Stellmacher**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 30. September
**Wiemers**, Edelgart, geb. **Lietz**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 24. September



## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

#### Bericht vom 62. Kreistreffen, Teil I

Mehr als 200 Allensteiner trafen sich vom 8. bis 10. September in Gelsenkirchen. Den Auftakt bildete die Stadtversammlung. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Stadtvertreter, die Mitglieder des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land und die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit. Er führte aus, dass unsere Geschäftsstelle und unser Heimatmuseum weiterhin jeden Dienstag von 10 bis 12 Uhr geöffnet sind und durch Thomas Nowack betreut werden. Außerhalb der Öffnungszeit werden Anrufe an Christel Becker weitergeleitet, so dass Anfragen unserer Mitglieder zeitnah beantwortet oder weitergeleitet werden können. Auch in diesem Jahr wurden mehr als 100 Postsendungen auf den Weg gebracht. Allerdings nimmt die Anzahl der Buchbestellungen deutlich ab. Ebenso ist die Zahl der Bezieher unseres Heimatbriefes rückläufig. Da ein Umzug in ein Pflege- oder Altersheim häufig nicht gemeldet wird, kommt es immer wieder zu Rücksendungen. Wie die Zahl der Bezieher des AHB nimmt auch die Zahl der Spender ab. Das Spendenaufkommen hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu halbiert.

Die Vorbereitungen für den Weihnachtsbrief sind bereits weit fortgeschritten. Er wird unter anderem einen längeren Artikel über den ersten Oberbürgermeister Allensteins, Oskar Belian, enthalten, der vor 140 Jahren sein Amt angetreten hat. Im Jahre 2000 hat die Stadtgemeinschaft gemeinsam mit den Freunden Allensteins versucht, zu seinen Ehren auf dem ehemaligen Belianplatz einen Gedenkstein zu errichten, auf dem ein von Erika-Maria Wiegand gestaltetes Flachrelief von Belian angebracht werden sollte. Leider scheiterte dies am Widerstand von polnischer Seite. Da das Halbrelief unser Eigentum ist, wollen wir es gegebenenfalls einer anderen Verwendung zuführen.

Ein Arbeitsschwerpunkt des vergangenen Jahres war die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinschaft und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land (KGAL). Bei einer Besprechung zwischen Vertretern beider Kreisgemeinschaften während des Jahrestreffens der Ostpreußen am 13. Mai in Neuss wurden zunächst einige sich bei einem Zusammenschluss stellende grundsätzliche Fragen erörtert und dafür einvernehmliche Lösungen gefunden. Bei einer weiteren Besprechung in Gelsenkirchen am 15. Juli erfolgte die Abstimmung eines Entwurfes der Satzung für den neuen Verein „Kreisgemeinschaft Allenstein e.V.“. Sofern die Mitgliederversammlung der KGAL bei ihrer nächsten ordentlichen Sitzung im Frühjahr 2018 der Satzung zustimmt, könnte der neue Verein im Vereinsregister eingetragen werden. Unsere Stadtversammlung könnte dann bei ihrer ordentlichen Sitzung im September 2018 die Auflösung der Stadtgemeinschaft und den Beitritt zur Kreisgemeinschaft beschließen. Der Vorsitzende der KGAL, Hans-Peter Blasche, äußerte, dass von Seiten seines Vorstands noch zu drei Punkten der Satzung Klärungsbedarf bestehe. Dies soll zeitnah erfolgen.

*Lesen Sie in der nächsten Wochen im zweiten Teil des Berichtes über das Kreistreffen unter anderem von den Aktivitäten der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) und von den Festlichkeiten am Sonnabend,*





### ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100,

#### Angerburger Tage

Höhepunkt der 63. Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) war die Verleihung des 1955 vom Patenkreis gestifteten Angerburger Kulturpreises als Ausdruck für die 1954 übernommene Patenschaft für den ostpreußischen Heimatkreis Angerburg durch Landrat Hermann Luttmann, Dieser Preis wird alle drei Jahre ausgelobt und ist mit 500 Euro dotiert. In diesem Jahr erhielt den Preis Günther Kuhn, der 1936 in Angerburg geboren wurde, für seine Publikation über die lebenden und verstorbenen Bewohner aus Stadt und Kreis Angerburg. Damit hat Günther Kuhn der Geschichts- und Familienforschung wichtige Informationen zur Verfügung gestellt. Der Preisträger bedankte sich bei Landrat Hermann Luttmann für die erhaltene Auszeichnung und spendete den erhaltenen Preis der Kreisgemeinschaft Angerburg. Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski nahm die Spende erfreut entgegen und bedankte sich bei Günther Kuhn sehr herzlich.

Günther Kuhn wird dem Vorstand der Kreisgemeinschaft aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr angehören, der mit Susanne Hagen, Brigitte Junker, Erich Kerwien, Gudrun Lutze, Heinz-Wolfgang Malessa und Kurt-Werner Sadowski für die nächsten zwei Jahre im Amt bestätigt wurde. Er wird dem Vorstand aber weiterhin seine langjährige Erfahrung zur Verfügung stellen.

An die Kulturpreisvergabe schloss sich ein Referat von Klaus Papies aus Bremen über die von Siegfried Lenz geschaffene Literatur an. Um Siegfried Lenz zu verstehen, sollte man das eine oder andere Buch zweimal lesen, so Klaus Papies, dem die Besucher mit großem Interesse zuhörten.

*Kurt-Werner Sadowski*



### BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

#### Kreistreffen

**Sonnabend, 30. September bis Sonntag, 1. Oktober,** Johanniter-Akademie, Telefon (0251) 97230145, Weißenburger Straße 60–64, 48151 **Münster:** Kreistreffen und Jahreshauptversammlung.



### GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

#### Heimatgruppen

**Berlin – Donnerstag, 12. Oktober,** 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West). Auskunft erteilt Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

#### Ein Kreistreffen in neuen Räumen

Nach vielen Jahren im Veranstaltungszentrum Burgdorf ist die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil mit ihrem Kreistreffen umgezogen, da die Räumlichkeiten des Veranstaltungszentrums für uns zu groß und unpersönlich geworden waren. Neuer Veranstaltungsort sollte nun das „Gasthaus Haase“ in Burgdorf sein. So war es spannend, ob unsere Ostpreußen auch das neue Domizil besuchen würden. Kurz gesagt: Viele sind wiedergekommen und hatten ein schönes, rundes und harmonisches Treffen!

Am Freitag, dem 1. September fand um 19 Uhr der traditionelle Matjesabend der Kreisgemeinschaft statt. Hier fanden sich fast 40 Heiligenbeiler und Freunde unserer Kreisgemeinschaft zusammen, um einen gemütlichen Abend zu haben und regen Austausch zu pflegen. Geleitet wurde der Abend von Christian Perbandt (Vorstand) und Viola Reyentanz (Stadt Zinten). Gemeinsam wurde das Ostpreußenlied gesungen. Auch im nächsten Jahr wollen wir diese Tradition fortsetzen.

Am Sonnabend ging es dann ab 9 Uhr im Hotel Haase los. Alles war in bewährter Form vorbereitet und viele Heiligenbeiler kamen, um der alten Heimat zu gedenken und einen fröhlichen Austausch zu pflegen.

Um 11 Uhr fand im Stadtpark Burgdorf am Heiligenbeiler Gedenkstein wieder unsere kleine Gedenkfeier statt. Der zweite Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, Christian Perbandt, hielt eine Ansprache mit ausgewogenen Worten, die vielen aus dem Herzen sprachen: „ein Moment der Wehmut aber ohne Gedanken der Rache“. Und er rief den heutigen Bewohnern Heiligenbeils von Burgdorf aus einen Gruß zu.

Hauptpunkt der folgenden Mitgliederversammlung war die Neuwahl der Kirchspielvertreter. Ab 14 Uhr öffnete die Heimatstube mit einer liebevoll gestalteten Sonderausstellung „Balga“ ihre Türen. Ein Buspendelverkehr war eingerichtet. Um 16 Uhr erfreute uns Vorstandsmitglied Ilse Thomann mit Geschichten und Gedichten aus Ostpreußen. Gemeinsam wurde dann der Abend im Hotel Haase in fröhlicher Runde bei gutem und auch preiswertem Essen und auch dem einen oder anderen Bärenfang verlebt.

Am Sonntag ging es dann ab 9 Uhr weiter. Mit der Schützenkapelle Gehrden kam Stimmung auf. Sie ließ bei ihrem Platzkonzert Einige schunkeln oder auch das Tanzbein schwingen. Die würdevolle Feierstunde wurde ab 11 Uhr von Kreisvertreterin Elke Ruhnke geleitet. Grußworte wurden gesprochen von dem Vorsitzenden der Burgdorfer CDU-Ratsfraktion, Mirco Zschoch, der sich seit Jahren als treuer Freund der Heiligenbeiler gezeigt hat, sowie der Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen in Niedersachsen, Barbara Loeffke.

Nach der Totenehrung durch Perbandt und einem kulturellen Beitrag von Ilse Thomann folgte der fundierte Festvortrag des Historikers Dr. Oliver Schulz, Boulogne-Billancourt, über Ostpreußen im 1. Weltkrieg. Dieser Vortrag wurde mit viel Interesse verfolgt. Wir danken Oliver Schulz für diesen Beitrag!

Die Feierstunde endete mit dem gemeinsamen Singen der dritten Strophe des Deutschlandliedes.

Wir hatten dieses Jahr wieder ein schönes Treffen in Burgdorf. Im nächsten Jahr sehen wir uns hier wieder! Wir laden schon jetzt alle herzlich zu unserem Heiligenbeiler Hauptkreistreffen am 1. und 2. September 2018 sowie zum Matjesabend am 31. August ein!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

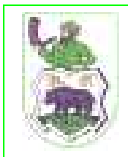


## HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

### Kreistreffen

**Sonnabend,** 14. Oktober, Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, 50679 **Köln Deutz:** Treffen. Die Bewirtung ist frei. Fahrtkosten werden auf Antrag erstattet. Schriftliche oder telefonische Voranmeldung: Kreisgemeinschaft Heilsberg, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, beziehungsweise dem Kreisvertreter Erwin Popien, Telefon (02131) 62403.



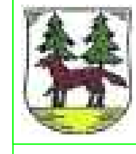
## INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

### Heimatgruppen

**Darmstadt** – Sonnabend, 14. Oktober, 11.30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Treffen.

**Hamburg** – Mittwoch, 4. Oktober: Erntedank herbstliche Lieder und Gedichte.



## JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

### Hauptkreistreffen

Einladung an die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Johannisburg gemäß der Satzung der Kreisgemeinschaft Johannisburg in der Landsmannschaft Ostpreußen in der Fassung vom 1. Mai 1993 (Paragraf 5) ergeht hiermit die Einberufung zum Hauptkreistreffen, genannt Mitgliederversammlung, ausdrücklich nur zum Zwecke der Auflösung der Kreisgemeinschaft (Paragraf 11).

Am Sonntag, 8. Oktober, 11 Uhr, Raum 6, Kongresszentrum Westfalenhallen, Dortmund findet das Hauptkreistreffen der Johannisburger statt. Veranstaltungsort: Mercure Hotel Dortmund Messe und Kongress, Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/245. Anreise: Sonntag, 8. Oktober bis 11 Uhr (Hauptbahnhof mit der U-Bahn 45). Abreise: Sonntag, 8. Oktober nach dem Hauptkreistreffen.

*Manfred Solenski*

**Die Tagesordnung:**
Sonntag, 8. Oktober
Punkt 1: Auflösung der Kreisgemeinschaft Johannisburg
Punkt 2: Wahl von zwei Liquidatoren.



## KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

### Kreistagssitzung

Liebe Landsleute, unser nächstes Kreistreffen mit Wahl findet, wie bereits im Mai in der Preußischen Allgemeinen Zeitung und im Juni im „Samlandbrief“ angekündigt, am 30. September in 32327 Minden, Lindenstraße 52, Hotel Landgart, statt.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr und endet um 17 Uhr. Hier die Tagesordnung der Vollversammlung:
– Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Vollversammlung
– Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin
– Änderung der Satzung (§ 6 Ziffer 2., § 7 Ziffer 3., § 11)
– Neuwahl der Mitglieder zum Kreisausschuss
– Verschiedenes

Gemäß Satzung und Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. veröffentliche ich folgende endgültige Kandidatenliste:

**Dr. Bärbel Beutner** (Eltern aus Heiligenwalde), geboren im Februar 1945 auf der Flucht in Stolp/Pommern, war bereits bis 2003 stellvertretende Kreisvertreterin, wohnhaft Käthe-Kollwitz-Ring 20, 59423 Unna.

**Dorothea Blankenagel**, geboren am 6. Mai 1929, Heimatort: Neuhausen, Mitglied des Kreisausschusses seit 1974, wohnhaft Heerstraße 59, 47053 Duisburg.

**Gisela Broschei**, geboren am 5. März 1931, Heimatort: Groß Ottenhagen, wohnhaft Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Kreisvertreterin seit 2003.

**Barbara Dörr-Bressem** (Eltern aus Löwenhagen), geboren am 21. Dezember 1946, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, wohnhaft Am Johannisbach 28 33739 Bielefeld.

**Axel Doepner**, geboren 26. März 1935, Heimatort: Schleuduhnen, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, seit Januar 2013 Schatzmeister, wohnhaft Am Ostbahnhof 14, 40878 Ratingen.

**Kathrin Gottschalk**, geboren am 9. August 1970, Heimatort der Eltern: Konradshorst, Trömpau, Schaaken, wohnhaft 08321 Kirchstraße 15, 08321 Zschorlau.

**Wolfgang Knitter**, geboren am 26. August 1937, Heimatort: Schaakswitte, Mitglied des Kreisausschusses seit 2003, wohnhaft Matthias-Grünewald-Straße 32e, 315315 Wunstorf.

**Carl Mückenberger**, geboren am 24. Juli 1931, Heimatort: Stangau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1988, seit 2003 stellvertretenen Kreisvertreter und Geschäftsführer, wohnhaft Neißestraße 13, 32425 Minden.

**Manfred Schirmacher**, geboren am 28. März 1937, Heimatort: Postnicken, seit vielen Jahren Mitglied des Kreisausschusses, Koordinator des Samland-Museums in Minden, wohnhaft Tulpenweg 2, 59192 Bergkamen-Overberge.

**Willi Skulimma**, geboren am 26. November 1934, Heimatort: Waldau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1999, wohnhaft Aakerfährstraße 59, 57058 Duisburg.

**Das kulturelle Programm**

Wir laden Sie nochmals herzlich ein, nach Minden zu kommen. Wir haben uns bemüht, ein interessantes Programm zusammenzustellen, in dem neben Wahl und aktuellen Fragen, die unsere Heimat betreffen, auch Zeit für Besinnliches und Vergnügliches vorgesehen ist.

So haben wir Dr. Christopher Spatz, den Autor des 2016 erschienen Buches „Nur der Himmel blieb derselbe, Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, eingeladen. Er wird aus seinem in der Öffentlichkeit viel beachteten Buch vorlesen. Der Historiker Spatz, Jahrgang 1982, forschte zum Thema der Wolfskinder an der Humboldt-Universität in Berlin. Seine Forschungen sind Grundlage seines Buches, in dem er die damaligen Kinder, die letzten Zeitzeugen, selbst über ihr Schicksal sprechen lässt. Ein weiterer Höhepunkt des Kulturprogramms wird am Nachmittag der Auftritt des Sängers Bern-Stein sein, der auch beim Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen im Mai mit viel Beifall bedacht wurde. Besonders begeisterten die von Bern-Stein persönlich eingespielten Bilderschauen mit vielen Impressionen aus der ostpreußischen Heimat. Von Interesse dürften auch die DVDs unserer Heimatdörfer sein, die Sie an der Tagungsstätte einsehen, aber auch käuflich erwerben können.

Falls Sie eine Übernachtung planen, so sollten Sie sich möglichst bald ein Hotelzimmer reservieren lassen. Neben unserem Tagungshotel Landgart wird Ihnen die Touristeninformation weitere Hotels oder Pensionen in Minden vermitteln können, Telefon (0571) 8290659.

So kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass viele Landsleute den Weg nach Minden finden – keiner weiß, wie lange das noch möglich ist – und dass wir unter ostpreußischen Freunden und Freunden Ostpreußens schöne Stunden verleben werden.

Mit heimatlichen Grüßen in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in Minden.

*Gisela Broschei, Kreisvertreterin*



## LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

### 9. Lycker-Treffen in Bremen

Liebe Lycker Landsleute,

hiermit möchte ich Sie – möchte ich Euch – einladen zum 9. Treffen der in Bremen und „umzu“ wohnenden ehemaligen Lykker Landsleute, deren Nachkommen, beziehungsweise deren Freunde. Wir treffen uns am Donnerstag, 9. November, von 13 bis zirka 18 Uhr, im Best Western „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen.

Da ich dem Hotel vorher die genaue Teilnehmerzahl verbindlich mitteilen muss, bitte ich, spätestens bis zum 10. Oktober um telefonische Mitteilung, ob eine Teilnahme erfolgt oder nicht.

Das Treffen beginnt auch in diesem Jahr bereits um 13 Uhr, da mehrere Landsleute die Zeit für persönliche Gespräche bei den bisherigen Veranstaltungen als zu kurz empfanden. Der offizielle Teil mit der Begrüßung beginn um 14 Uhr. So hat jeder, der möchte, schon vor dem offiziellen Beginn eine Stunde Zeit, um mit Landsleuten ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung und einigen Vorträgen findet, wie auch bei den vorhergehenden Treffen, gegen 15.30 Uhr das Kaffeetrinken statt. Ein Stück Torte und Kaffee oder Tee kosten 6,90 Euro. Dafür brauchen wir dann auch keine Saalmiete zu zahlen. Weitere Getränke können geordert werden. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler.

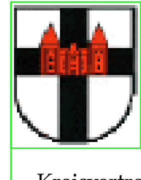
Das „Hotel zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor. Gegenbenenefalls kann man sich bei der Rezeption auch erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide und am ehemaligen Güterbahnhof.

Das diesjährige Treffen soll uns weiter miteinander bekannt machen und den Zusammenhalt der ehemaligen Lycker Landsleute (und gern auch deren Nachkommen) fördern. Es soll nicht als Ersatz zum Kreistreffen in Hagen gelten. Zahlreiches Erscheinen in Hagen ist dringend erforderlich, denn dort findet weiterhin das jährliche Haupttreffen statt.

Vom Vorstand wird Heidi Mader, unter anderem Kassenwartin unserer Kreisgemeinschaft und Sprecherin der „Mittleren Generation“, über die vielfältigen Aktivitäten der Mittleren Generation berichten. Michael Mader wird wieder einen Büchertisch aufbauen, wo man vielleicht auch schon ein kleines Weihnachtsgeschenk erwerben kann. Auch über die nächste Busreise unserer Kreisgemeinschaft nach Lyck, im Juni 2018, unter der Leitung von Bärbel Wiesensee werden Sie etwas erfahren.

Unser diesjähriges Treffen soll wieder eine harmonische Zusammenkunft sein. Wichtig ist, dass Sie, liebe Landsleute, untereinander Gespräche führen können. Gern können auch Sie etwas Interessantes oder Heiteres für alle Anwesenden vortragen.

Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



## NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

### Knief ausgezeichnet

Während des diesjährigen Heimattreffens in Bochum wurde unserem Schatzmeister Lutz Knief das von der Landsmannschaft Ostpreußen verliehene Silberne Ehrenzeichen von Kreisvertreter Szepanek mit folgenden Worten überreicht: „Herr Lutz Knief ist am 24. März 1951 in Rinteln an der Weser geboren, von Beruf Sparkassenkaufmann und seit dem Jahre 2002 Schatzmeister unserer Kreisgemeinschaft. Über seinen Vater, der im Sommer 1940 mit seiner Wehrmachtseinheit nach Neidenburg verlegt wurde und somit unser Kreisgebiet kennen und schätzen gelernt hatte, gelangte er zu uns. Als erster Schatzmeister in diesem Amt und Mitglied des Vorstandes hat Lutz Knief die erforderlichen Daten für seine Arbeit von der bisherigen manuellen Erstellung seines Vorgängers Heinz Laurien in ein Computersystem übernommen. Klare Übersichten sind zu jeder Zeit beispielhaft verfügbar. In Anerkennung seiner Leistungen wird unser Schatzmeister heute für diese nun bereits 15-jährige ehrenamtliche Arbeit von der Landsmannschaft mit folgender Urkunde geehrt. Ich verlese den Text: ‚Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Herrn Lutz Knief in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland ihr Ehrenzeichen. Bochum 3. September 2017, Grigat, Sprecher‘. Herzlichen Dank und weiterhin alles Gute.“

Unser Heimattreffen wurde wieder von dem bekannten Andza-Chor mit vielen beliebten Liedern umrahmt. Die Begrüßung und ein kurzer Bericht erfolgten durch Kreisvertreter Szepanek, wie auch die Totenehrung. Leider konnte durch die kurzfristige Erkrankung des langjährigen Sprechers des Geistlichen Wortes Pastor Alfred Powierski in der Kürze der Zeit kein anderer Geistlicher gewonnen werden. Der Oberbürgermeister unserer Patenstadt, Herr Thomas Eiskirch, sprach ein Grußwort und besuchte anschließend auch die Neidenburger Heimatstube. Diese wurde übrigens auch von vielen Landsleuten aufgesucht, da sie bekanntlich genau gegenüber des Veranstaltungslokales liegt. Zwei Dinge somit, die sich immer wieder angenehm verbinden lassen. Nach einigen interessanten Stunden des Beisammenseins traten die rund 120 Besucher wieder ihre Heimwege an. *Jürgen Szepanek*



## PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

### Unser Heimattreffen

Am kommenden Wochenende, dem 30. September und 1. Oktober, findet unser jährliches Treffen in Verden/Aller statt. Wir laden alle Landsleute und Freunde unserer Kreisgemeinschaft herzlich ein.

Das Heimattreffen findet in diesem Jahr erstmalig in der Niedersachsenhalle, Lindhooperstraße 92 statt, und nicht im Hotel Niedersachsenhof. Bis zu unserem Heimatmuseum im Kreishaus der Stadt Verden ist es nur ein kurzer Weg. Das Museum ist von 9.30 bis 11.30 Uhr geöffnet und über den Haupteingang zu erreichen. Der weitere Weg ist ausgeschildert.

Interessante Vorträge werden diese beiden Tage begleiten. Pfarrer in Ruhestand Grimoni wird über die Reformation in Ostpreußen sprechen und die engen Verbindungen der Familie des Martin Luther zu einer ostpreußischen Familie aus unserem Heimatkreis aufzeigen. Für Interessierte an Familienforschung wird Frau Gegner-Sünkler Ihnen Fragen beantworten und Hilfestellungen geben.

Sie können Freunde und alte Bekannte treffen, es wird genügend Zeit bleiben zum „Plachandern“ und sich zu erinnern. Wir werden zusammen die vertrauten Lieder aus unserer Heimat singen.

Für das leibliche Wohl ist mit typischem ostpreußischem Blechkuchen nachmittags und einem Essen am Abend gesorgt. Am Sonntag wird Pfarrer Grimoni die Andacht während der Feierstunde halten und wir gedenken zusammen derer, die von uns gegangen sind. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft freut sich, Sie in Verden zu treffen und herzlich zu begrüßen. *Evelyn von Borries, Kreisvertreterin*



## WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

### Hauptkreistreffen, Versammlung der Mitglieder

Unser diesjähriges Hauptkreistreffen stand zunächst im Zeichen der Eröffnung einer Sonderausstellung im Eingangsbereich des Kreismuseums Syke zum Thema „Evangelische Kirchenbauten im Landkreis Wehlau und im nördlichen Ostpreußen. Von der Reformation bis heute“.

Zur Eröffnung waren zahlreiche Besucher erschienen, darunter der Landrat des Landkreises Diepholz Cord Bockhop und als Vertreterin der Stadt Syke die stellvertretene Bürgermeisterin Gabriele Beständig.

In seiner Begrüßung erinnerte der Kreisvertreter Gerd Gohlke an die Geschichte Ostpreußens, in der die „Prussen“ als Ureinwohner die letzten Heiden Europas und die Begründer der ersten evangelischen Landeskirche waren. Leider war im Jahre 1945 nach 420 Jahren, auch das zeigt die Ausstellung, jegliches kirchliche Leben im dann zu Russland gehörenden nördlichen Ostpreußen erloschen. Er dankte den Förderern (Land Niedersachsen, Kreissparkasse Syke, Kreismuseum Syke, dem Museum des Landkreises Diepholz) für die finanzielle Unterstützung und allen, die an der Erstellung der gelungenen Präsentation mitgearbeitet haben. Besonders der Kulturwissenschaftlerin Ulrike Taenzer für ihre umfangreichen Recherchen zur inhaltlichen und anschaulichen Thematisierung sowie Darstellung der Kirchengeschichte im nördlichen Ostpreußen von der katholisch geprägten Ordenszeit bis zum jetzt orthodoxen Russland.

Der Leiter des Kreismuseums Syke, Dr. Ralf Vogeding, betonte in seiner Begrüßung die wiederholt gute Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Wehlau als Kooperationspartner in Zusammenhang mit dem Wehlauer Heimatmuseum. Da dort aus Platzgründen keine Sonderausstellungen möglich sind, stellt er bei gegebenen Anlässen gerne benötigten Raum im Hauptgebäude zur Verfügung. So wurden in den vergangenen Jahren die beiden Weltkriege in gemeinsamen Sonderausstellungen thematisiert.

Landrat Bockhop wies auf die Bedeutung von Kirchen als heimatliche Orientierung hin und betonte, den Wert den sie besonders für uns Heimatvertriebene haben. Ähnlich äußerte sich auch die stellvertretende Bürgermeisterin Beständig, wobei sie

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

gerne zugab, die Zusammenhänge erstmals bewusst zu sehen. Sie blieb auch bis zum Ende des der Eröffnung folgenden Vortrages.

Den Vortrag hielt Michael Schemmerling vom „Förderverein Allenburger Kirche e.V.". Er berichtet nicht nur über die Arbeiten an der Erhaltung der Allenburger Kirchen, sondern zeigte Bilder von bedeutenden Bauwerken aus deutscher Zeit, die jetzt zerstört sind. Das handwerkliche Können ist immer noch sichtbar und das verwendete Material hält bis heute der Verwitterung stand. Anwesende Gäste, die nicht aus Ostpreußen stammen, hat der Vortrag sehr nachdenklich gestimmt.

Am Abend gab es ein gemeinsames Essen. Bei leiser Unterhaltungsmusik wurden anregende Gespräche geführt, Erfahrungen ausgetauscht und auch gemeinsam altbekannte Lieder gesungen.

Am Sonntag trafen wir uns mit der Bürgermeisterin der Stadt Syke, Suse Laue, am „Wehlauer Stein" im Hof des Kreishauses in Syke. Der stellvertretende Vorsitzende Werner Schimkat erinnerte in seiner Gedenkrede an unser Vertreibungsschicksal und zog Vergleiche zur heutigen weltweiten Flüchtlingssituation.

Die Mitgliederversammlung begann mit einer Rede zur Totenehrung durch Uwe Koch. Die pflichtgemäß zu behandelnden Tagesordnungspunkte mit den Jahresberichten und der Entlastung des Vorstandes wurden kritiklos abgehandelt. Ebenso wurden die Termine und der Haushaltsplan für 2018 einstimmig beschlossen. Das nächste Hauptkreistreffen findet am 8. und 9. September 2018 wieder in Syke statt, die Reise in die Heimat wird für Anfang August 2018 geplant.

Einen breiten Raum nahm die Aussprache über die fehlende Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Vorstand ein. Hier muss festgestellt werden, wenn wir keine Nachwuchskräfte finden, dass die Kreisgemeinschaft keine Zukunft haben kann. Der Kreisvertreter Gerd Gohlke freute sich über den Beschluss, dass unsere Sammlungen dauerhaft im Patenkreis Diepholz bleiben sollen, sofern mit relevanten Stellen vertragliche Regelunge getroffen werden können.

Die Versammlung wurde mit dem Ostpreußenlied beendet. Danach gab es traditionell eine Erbsensuppe, bevor die Heimreise angetreten wurde. *Gerd Gohlke*

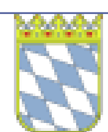
# LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
## LANDESGRUPPEN



## BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Reutlingen** – Sonnabend, 7. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Erntedankfest der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen Reutlingen. Beim Treffen nach langer Sommerpause mit Kaffee und Kuchen feiern wir unser Wiedersehen und laden alle Landsleute unserer verlorenen Heimat, Freunde und Gäste herzlich ein. Den Erntegabentisch werden wir mit den Früchten und Gemüse des Jahres 2017 nicht nur bestücken und präsentieren, sondern wir wollen für die reichliche Ernte danken. Mit kleinen Vorträgen und Gedichten schlagen unsere Gedanken eine Brücke zur fernen Heimat. Auch nach 72 Jahren Flucht und Vertreibung ist die Erinnerung, wie das Erntedankfest in unserer Heimat gefeiert wurde, hellwach. Eine Tombola wird wieder für Abwechslung, Spannung und Unterhaltung beitragen. Spenden für den Erntegabentisch und für die Tombola bitte bei Frau Ilse Hunger, Steinlachstraße 54, 72770 Reutlingen, abgeben. Bis zum Wiedersehen verbleibe ich mit dem herzlichen. *Ilse Hunger*



## BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

**Ansbach** – Sonntag, 8. Oktoberm 14.30 Uhr, Orangerie, Grüner Saal: Tag der Heimat.

**Hof** - Sonnabend 14. Oktober, 10.30 Uhr, Jugendzentrums Q: Gedenkstunde zum Tag der Heimat.

**Landshut** – Mittwoch, 4. Oktober: Zugfahrt nach Regensburg mit Besichtigung der Ostdeutschen Galerie. – Dienstag,17. Oktober, 14 Uhr, „Insel": Treffen, Bericht über Agnes Miegel.

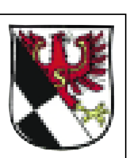


## BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Don. von 14 Uhr bis 16 Uhr. Sonst Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Angerburg, Darkehmen, Goldap** – Donnerstag, 5. Oktober, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera", Bo-

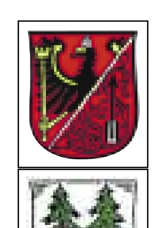
russiastraße 62, 12102 Berlin: Erntedank. Anfragen beantwortet Marianne Becker Telefon (030) 7712354.



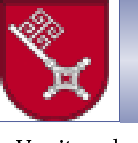
**Rastenburg** – Sonntag, 8. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen beantwortet Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



**Frauengruppe** – Mittwoch, 11. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Erntedank. Anfragen beantwortet Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



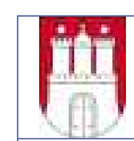
**Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg** – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Erntedankfest. Anfragen beantwortet für Gumbinnen Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg Andreas Maziul Telefon (030) 5429917, für Lötzen Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



## BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

**Bremen** – Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr, „Großer Salon", Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11: Ostpreußischer Literaturnachmittag mit Klaus Nägelen, Lilienthal. Der 32. Ostpreußisch-Baltische Literaturabend unserer Landsmannschaft am 29. April 1998 war Johannes Bobrowski gewidmet: „Sprache auf dem endlosen Weg zum Hause des Nachbarn", vorgetragen von Klaus Nägelen. Das Jahr 2017 bietet willkommene Gelegenheit, wieder an den Dichter zu erinnern, der vor hundert Jahren in Tilsit geboren wurde, in Königsberg aufwuchs, um zwölf Jahre seines Lebens betrogen wurde (Soldat, russische Kriegsgefangenschaft), Lektor, Lyriker, Erzähler gewesen ist, schon 1965 in Berlin starb. Klaus Nägelen wird erneut einen Literaturnachmittag gestalten, Gedichte Bobrowskis vortragen und einige kurze Erzählungen, „Kleinprosa", die der Dichter selbst gern vorgelesen hat. Der Eintritt ist frei!



## HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

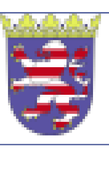
KREISGRUPPEN



**Insterburg, Sensburg** – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



**Osterode** – Sonnabend, 30. September, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Rieneling, Fuhlsbüttler Straße 755, direkt am U- Und S-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße: Erntedankfeier mit Kaffeetafel, Liedern und heimatlichen Geschichten. Gäste sind herzlich willkommen.



## HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

**Kassel** – Donnerstag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Am Wehrturm 3, Kassel: Vortrag von Dr. Viktor Heese (Köln) „Die Auswirkungen der Russlandsanktionen auf das deutsch-russische Verhältnis".

**Wiesbaden** – Sonnabend, 30. September, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erntedankfest. – Dienstag, 10. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Frauengruppe, Erntedank-Nachmittag. – Donnerstag, 12. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis 6. Oktober bei Irmgard Stellen, Telefon (03611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920.

**Osnabrück** – Dienstag, 17. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Roman-figur Defoes (Robinson) · Segel-befehl · Profit-macher, Wucherer · Geist-licher der Ost-kirche · Muse der lyrischen Poesie · erhöhen, aus-zeichnen · tschech. Komponist (Antonín) · Regis-tratur-mappe · spani-scher Fluss · Rand eines Gewäs-sers · flüssi-ges Pflege-mittel · stehen-des Binnen-gewässer · österrei-chisches Bundes-land · die dort

Seebad und Hafen in England · Ausgaben für die Haus-errichtung

erstes öffent-liches Auftreten · Trut-henne · hawaiia-nischer Gruß · be-stimmter Artikel · bemer-kenswerte Erschei-nung · Wirk-stoff im Tee · Himmels-richtung

Affe, Weiß-hand-gibbon · be-teiligt, an-wesend · chirur-gisch ein-greifen

junger See-hund · Zitter-pappel · Unter-arm-knochen · höflich zu einem Besuch bitten · Tochter des Tantalus · Schiffs-zubehör · Adels-titel · Geist, Witz (franzö-sisch)

Winkel des Boxrings · Gefäß-flöte · Sport-fischer

breiter Auf-schlag an Ärmeln · süd- und mittel-amerik. Alligator · hell glänzen, schim-mern · Welt-meer · artig, brav · klein kariertes Gewebe

Reihe, Folge · Rinn-verlust an Waren · griechi-sche Vorsilbe: Leben · Kreis-halb-messer · bewegl. Schließ-vorrich-tung

Nadel-baum, Taxus · freier Verteidi-ger beim Fußball · leiden-schaft-lich streben

Him-mels-körper · italie-nisch: Liebe · Schul-leiter · Nacht-lager für Verhei-ratete

südost-europ. Kalkhoch-fläche · Geliebte Tristans · Rettungs-helfer (Kurz-wort) · ein Europäer

Winkel-funktion (Mathe-matik) · kräftig, stabil · Gurken-kraut

von beson-derem Reiz · Dunst über Groß-städten · Bogen auf zwei Säulen, Pfeilern

norweg. Schrift-stellerin (Sigrid) · be-jahend, zustim-mend · Ver-fügung · äußerste Armut · Fahrzeug

Abkür-zung für senior · Wald-meister-kalt-getränk

Rist des mensch-lichen Fußes · früherer Lanzen-reiter · Werk-zeug zum Glätten · fein-körniges Stärke-mehl · Ver-kaufs-stand · hoch-betagt

Wasser-sportler · der Blaue Planet · eine Zahl · Vorname Strawins-kys · edle Blume

Bestie · Abkür-zung für Minute

Wasser-vogel · chem. Zeichen für Natrium · Flächen-maß · An-sprache, Vortrag · Kobold, Zwerg

Wäh-rungs-einheit · Kfz-Zeichen Siegen

Staat in Nord-europa · Teil ei-nes Klei-dungs-stücks · törichte Menschen

PAZ17_39



**So ist's richtig:**

A P A D O E L J
CRUSOE DOVER BAUKOSTEN
ES PUTE O DER F TEIN
DEBUET LAR N OPERIEREN
E EINLADEN HR O O O
HEULER OKARINA ANGLER
STULPE H B OZEAN R SD
PE LECKAGE B N KLAPPE
SERIE KA LIBERO EIFERN
EIBE I AMORE PI
M ISOLDE BRITE
KARST SINUS ET H
UNDSET U ARKADE
ERLASS NOT IB
SPANN P MAIBOWLE
O SAGO URALT
SURFER GB S G T
WILDENTE UNTIER
TA I REDE GNOM
FINNLAND EURO SI
V AERMEL NARREN

**Diagonalrätsel:** 1. Ertrag, 2. essbar, 3. Plenum, 4. ratlos, 5. Zeisig, 6. Radeln – Eselin, Ganter

**Kreiskette:** 1. munter, 2. Exeter, 3. Marker, 4. trauen, 5. Nenner – untermauern

**Sudoku:**

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 5 | 7 | 1 | 8 | 4 | 6 | 2 | 9 | 3 |
| 6 | 2 | 8 | 5 | 9 | 3 | 4 | 1 | 7 |
| 3 | 4 | 9 | 1 | 7 | 2 | 5 | 8 | 6 |
| 7 | 5 | 3 | 6 | 2 | 9 | 8 | 4 | 1 |
| 4 | 9 | 2 | 7 | 1 | 8 | 3 | 6 | 5 |
| 1 | 8 | 6 | 3 | 5 | 4 | 7 | 2 | 9 |
| 9 | 6 | 7 | 2 | 8 | 5 | 1 | 3 | 4 |
| 8 | 1 | 4 | 9 | 3 | 7 | 6 | 5 | 2 |
| 2 | 3 | 5 | 4 | 6 | 1 | 9 | 7 | 8 |

## Sudoku

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 7 | | 8 | | | | 9 | |
| 6 | | | 5 | | | | | 7 |
| | | 9 | | 7 | | 5 | | |
| | | | 6 | | 9 | | 4 | 1 |
| | | 2 | | | | 3 | | |
| 1 | 8 | | 3 | | 4 | | | |
| | | 7 | | 8 | | 1 | | |
| 8 | | | | | 7 | | | 2 |
| | 3 | | | | 1 | | 7 | |

**Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!**

## Diagonalrätsel

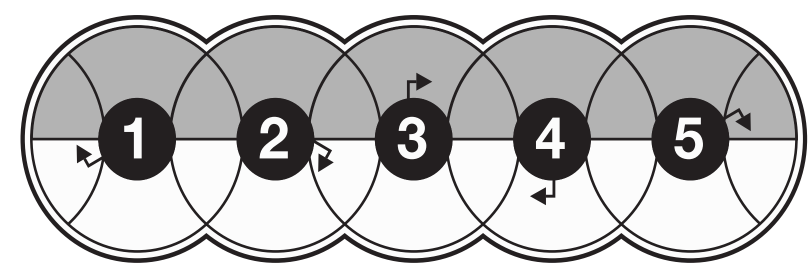
**Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Tiere.**

1 Gewinn, Ausbeute
2 zum Verzehr geeignet
3 Vollversammlung
4 verwirrt, unschlüssig
5 Finkenvogel
6 sportlicher Freizeitspaß

## Kreiskette

**Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für „mit überzeugenden Argumenten stützen".**

1 wach, frisch, 2 Stadt in Südwestengland, 3 Stift zum Kennzeichnen, Leuchtstift, 4 Glauben schenken; ehelich verbinden, 5 Teil des Bruches (Math.)



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19



## NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** – Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Erntedankfest.

**Bonn** – Dienstag, 3. Oktober, 18 Uhr, Parksaal, Stadthalle, Bad Godesberg: Vortragsveranstaltung zum Tag der deutschen Einheit. Das Thema: „Die deutsche Identität – seit wann gibt es ein deutsches Nationalbewusstsein?" Referent ist Peter Börner aus Siegburg. Aus dem Inhalt: In einer Zeit, in der weite Kreise nicht nur in Deutschland eine Überfremdung durch unkontrollierte Einwanderung befürchten, lohnt es sich, die eigene Geschichte zu befragen, um festzustellen, seit wann es ein deutsches Nationalgefühl gibt und wie es sich im Volkstum und in der Politik zum Bewusstsein der Zusammengehörigkeit weiterentwickelt hat.

**Dortmund** – Montag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

**Düsseldorf** – Freitag, 29. September, 19 Uhr: Gesang und Lesung mit Alexander Lachmann, Gesang, Elke Jahn, Gitarre, und Uli Hoch, Lesung „Heimat – Fremde Ferne?". Lieder und Texte vom Fortgehen und Ankommen aus der Heimat und im Exil. – Donnerstag, 5. Oktober, 7.30 bis 21 Uhr: Tagesexkursion nach Brüssel, Politik vor Ort, Besuch im Europäischen Rat und im Haus der Europäischen Geschichte. Informationen erteilt Dr. Sabine Grabowski, Telefon (0211) 1699113, E-Mail: grabowski@g-h-h.de. – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, GHH, Eichendorffsaal: Herbsttreffen der Memelländer.

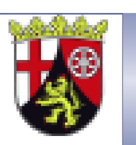
**Neuss** – Sonntag, 1. Oktober, Einlass 14 Uhr, Beginn 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

**Viersen-Dülken** – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, „Dülkener Hof", Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Für das leibliche Wohl ist in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und Garantielos EURO 7,00 pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 2. bis 6. Oktober erbeten, An der Hees 15. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit.

**Wesel** – Sonnabend, 7. Oktober, 16 Uhr, Heimatstube: Erntedankfest. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Informationen erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder M. Rohde, Telefon (03963) 4403.

**Witten** – Montag, 16. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Nördliches und südliches Ostpreußen im Urteil unserer Landsleute heute.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



## RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Mainz** – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Erntedankfest. Gaben für den Erntedanktisch werden gern entgegengenommen.



## SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

**Limbach-Oberfrohna** – Sonnabend, 7. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest. Der gemischt Chor aus Langenberg wird uns mit schönen Liedern erfreuen. Einige Schüler der Gerhard-Hauptmann-Oberschule bereiten schon eifrig ein kleines Programm für uns vor.



## SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Magdeburg** – Sonntag, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedank. – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 13. Oktober, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Burg** – 10. Oktober, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark": „Erntedank - der Dank an Gott für die Ernte". Unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen - Danzig" mit dem ehemaligen Propst Matthias Wiechmann am das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen!

**Flensburg** – Sonntag, 1. Oktober, 10 Uhr, Kirche St. Michael, Am Ochsenmarkt 40, 24937 Flensburg: Erntedankfeier mit Pastor Ulf Sander, anschließen gemeinsames Mittagessen und Besuch der Grabstelle von Herrn Pollack. – Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Kaffeetafel und Gespräche „Meine Vorfahren stammen aus...".

**– Bericht –**

Der Tag der Heimat 2017 der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg fand am Donnerstag, dem 14. September in der Vereinsgaststätte des TSB Heimes in Flensburg statt. Nach der Begrüßung und Kaffeetafel trug der Landesvorsitzende der Landsmannschaft, Edmund Ferner, sein Thema „Menschenrechte, Heimat und Verständigung" vor. Ein Schwerpunkt des Vortrages beinhaltete das Bundesland Schleswig-Holstein und besonders die Stadt Flensburg in den Jahren 1949/1946. Aufmerksam nahmen die anwesenden Pommern, Ostpreußen und Flensburger an der Veranstaltung teil.

Drei Ehrungen erfolgten: Dieter Pust, Flensburg, Historiker in der Stadt Flensburg, Fregattenkapitän zur See a. D. Wolfgang Kanstorf, Flensburg, der Leiter der Preußischen Tafelrunde Flensburg und dem Vorsitzenden der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg Winfried Brandes aus Harrislee. Diese Herren erhielten als Dank und Anerkennung für die bisherige geleistete Arbeit für die Heimat das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen Schleswig-Holstein vom Landesvorsitzenden Edmund Ferner.

Der anwesende junge Ricco Endler, Flensburg befindet sich zurzeit noch in der musikalischen und theologischen Ausbildung. Er verwöhnte die Anwesenden mit den Heimatliedern der Ostpreußen und Pommern, hinzu trug er mit bester Stimme Wunschlieder vor! Der heimatliche Nachmittag endete nach zirka zweieinhalb Stunden, alle Anwesenden wurden zum glücklichen Wiedersehen beim Erntedankfest 2017, dem Gottesdienst und gemeinsamen Mittagessen verabschiedet. *Edmund Ferner*

**Pinneberg** – Donnerstag, 12. Oktober, 12 Uhr, Restaurant „Mondea", Mühlenstraße 70d: Preußische Tafelrunde mit Vortrag „Praktische Erfindungen von Frauen" und gemeinsamen Essen.

**Neumünster** – Mittwoch, 11. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Erntedankfest. Bereichert wird der Nachmittag durch die große Ausstellung: „Rund um die Kartoffel" mit dem Museumsdirektor Achim Jabusch aus Hohenlockstedt. Gäste sind willkommen.

**– Bericht –**

Das gemeinsame Mittagessen fand am 13. September wieder in der Stadthalle am Kleinflecken statt. Schmackhaft und sehr reichlich waren die Rouladen- und Seelachsgerichte. Wie immer versorgte uns die Küche und Bedienung hervorragend. Da darf auch der Mischkinnes nicht fehlen!

Anschließend hat uns die ostpreußische Marjell Gerta Heykena mit ihrem Programm unterhalten. Küchenlieder, Lieder von damals und heute, auch zum Mitsingen, brachten die Teilnehmer in Stimmung. Immer wieder lustig die Geschichten und Gedichte, Schulaufsätze aus Kindermund. Ostpreußenwitze und Sketche, in ostpreußischer Mundart – Donnerlittchen – da muss man staunen, wie doch der ostpreußische Humor gerade heraus, breit und bedächtig, manchmal auch recht derb doch ist. Ostpreußischer Humor kommt aus dem Herzen, geht zu Herzen, ist Harmonie des Herzens, er will nichts weiter als ein Schmunzeln und Freude auslösen.

Wir bedankten uns mit großem Applaus und haben sie gleich für das nächste Jahr gebucht. So ein fröhlicher Nachmittag gefiel auch unseren Gästen. Wir konnten sieben neue Mitglieder gewinnen. *Brigitte Profé*

**Uetersen** – Freitag, 13. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Preußische Tafelrunde, gemeinsam mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und dem KvD.



## THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

**Landesgruppe** – Donnerstag, 5. Oktober, 14 Uhr, Klub der Volkssouveränität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der LO Gruppe „Immanuel Kant" in Schmalkalden. – Donnerstag, 5. Oktober, 14 Uhr, Vereinshaus, Naumburger Straße, Hermsdorf: Tag der Heimat.



# Zum Schunkeln und Mitsingen verführt

## Das 22. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern

Und plötzlich war die Zeit um. Voll und farbenprächtig wurde es auf der Bühne als alle 200 Sänger, Tänzer und Musiker des 22. Landestreffens der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern gegen 17 Uhr zum großen Finale aufmarschierten. Mittendrin die beiden Veranstalter Friedhelm Schülke und Manfred Schukat, der das Schlusswort sprach. „Ich hoffe, es hat gefallen. Aber es geht ja weniger ums Gefallen als um die Heimat", erklärte der Vorsitzende der Landesgruppe.

Soviel Bescheidenheit steht einem gut an, aber nötig war sie nicht. Dass Heimatgedenken und Freude am geselligen Beisammensein bestens zusammenpassen, hatte die Veranstaltung in der Sport- und Kongresshalle Schwerin gerade bewiesen. Schmunzelnd erzählte Manfred Schukat von dem bangen Gefühl, dass ihn jedes Mal vor einer Veranstaltung beschleicht, wenn der Saal eine halbe Stunde vor Beginn erst halb voll ist. Natürlich hält dieser Zustand nie lange an. Binnen Kurzem hat jeder leere Stuhl seinen Nutznießer gefunden. So feierten knapp 2000 Besucher am vergangenen Sonnabend mit. Aus Bayern und Baden-Württemberg, aus Ostpreußen und sogar aus den USA waren sie angereist, um sich vom Heimatsänger BernStein und vielen anderen zum schunkeln, tanzen und mitsingen verführen zu lassen.

Nachdenkliches, Aufmunterndes aber auch Kritisches boten die Redner. Bernhard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen in Polen, berichtet über die nicht immer leichte Situation der Landsleute in der Heimat. Litauens neuer Botschafter Darius Jonas Semaska, seit 4. Juni im Amt, ermunterte die Anwesenden: „Es ist wichtig und richtig, dass Sie die Erinnerung erhalten und pflegen." Hans-Jörg Froese, stellvertretender Bundessprecher der Landsmannschaft, betonte, dass zur historischen Wahrheit eben auch Flucht, Vertreibung, Zwangsarbeit, die Schicksale der Wolfskinder und der Tod Millionen Deutscher gehören. „Diese Geschehnisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten." Dafür und für die Belange Ostpreußens und seiner Menschen setze sich die Landsmannschaft selbstbewusst ein.

Ohne Wahlkampf ging das Treffen, einen Tag vor der Bundestagswahl, natürlich nicht ab. Warum sich ausgerechnet der evangelische Bischof in seinem geistlichen Wort gegen eine der antretenden Parteien aussprechen musste, wird Hans-Jürgen Abromeit mit sich selbst ausmachen müssen. Die sympathischste Wahlempfehlung hatte sicherlich Gastgeber Schukat parat: „Gehen Sie wählen, und zwar am besten eine Partei mit drei Buchstaben." *Frank Horns*

*Das nächste Landestreffen findet in Rostock am 23. September 2018 statt.*





Zu den Ausstellern gehörte auch Vera Pallas (re.). Ihre kunstvollen Webarbeiten stießen auf großes Interesse Bilder (5): Horns




Die Sport- und Kongresshalle: Knapp 2000 Besucher kamen nach Schwerin



Gut aufgelegt: Der Akkordeonspieler vom Kantchor Gumbinnen



Ziemlich ausgelassen: Besucherin bei der Polonaise rund ums Festgeschehen



Sehr aufrüttelnd: Bernard Gaida berichtete von der Situation im heutigen Ostpreußen

## Das gilt besonders für die Vertriebenen

**Zu: Ererbte Symptome (Nr. 35)**

Die Kriegskinder hätten während der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg kaum eine Chance zur Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen gehabt, stellt Jens-Michael Wüstel in seinem Buch „Traumakinder“ fest. Für die vertriebenen Kinder trifft das in besonderem Maße zu. Denn mit der Verjagung aus der Heimat und den damit verbundenen dramatischen Begleitumständen waren deren Leiden keineswegs beendet. Erwies sich doch ihre neue Bleibe häufig als „kalte Heimat“, in der sie unerwünscht waren. In der Schule wurden sie von ihren einheimischen Klassenkameraden, die meist unter wesentlich besseren materiellen Bedingungen leben konnten, verächtlich als „Flüchtlingskinder“ beschimpft und dementsprechend behandelt. Das führte nicht selten dazu, dass sich die Vertriebenenkinder – welch eine paradoxe Situation! – ihres schweren Schicksals geradezu schämten. Über ihre schrecklichen Erlebnisse zu sprechen, war ihnen somit verboten. Dieses erzwungene Beschweigen des eigenen Leids, verbunden mit einem enormen, selbst auferlegten Anpassungsdruck, führte zu weiteren, gravierenden seelischen Verletzungen. **Dr. Walter Kreul, Germering**

## Nur noch eine demokratische Fassade

**Zu: Die Wahrheit – danach (Nr. 37)**

Viele Menschen glauben noch, sie lebten in einer Demokratie. Dabei haben die herrschenden Parteien die Demokratie innerlich ausgehöhlt und betreiben sie nur noch als Fassade. Es geht ihnen nicht um Mitsprache der Bürger, sondern um Absicherung ihrer Macht. Der Abbau von Grundrechten hat schon vor dem 11. September 2001 begonnen. Der „Kampf gegen den Terror“ dient nur als Vorwand für den Ausbau des Überwachungsstaates. Durch Kungelei und Postenschacher haben die herrschenden Parteien das Grundgesetz längst ausgehebelt. Sie treffen Entscheidungen, die sich gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volks richten. Beispiele: Euro-Einführung, EU-Osterweiterung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Zuwanderung, Doppelpass, Homo-Ehe. Die Parteiführungen schotten sich vom Volk ab und schaffen sich ihr eigenes Regelwerk. Sie belohnen Wohlverhalten durch die Teilhabe an der Macht und üppige Versorgung. Sie missbrauchen das Volk und unterbinden die Freiheit des Dialoges. Ihre Kritiker denunzieren sie als „Extremisten“. Gegen diese undemokratischen Tendenzen müssen sich die Bürger zur Wehr setzen. **Heinrich Banse, Wittingen**

## Heiligenschein und Sonderrechte

**Zu: „Gewonnen hat die AfD“ (Nr. 36)**

Frau Özoguz, offenbar Mitglied der Bundesregierung, sagte, sinngemäß, außer der deutschen Sprache könne sie keine deutsche Kultur „identifizieren“. Nach dieser Unverschämtheit allen Deutschen, Deutschsprachigen, ja allen Gebildeten gegenüber gab es keinerlei Aufschrei, wir haben sie PC-konform hingenommen, ohne zu murren. Wer will auch schon in den Knast wie Horst Mahler. Auch der Bundespräsident hat sich nicht gerührt, dessen Aufgabe es eigentlich wäre, sein Land gegen derartige Angriffe zu verteidigen.

Und doch gab es einen „echten“ Deutschen, der den Mut hatte, ihm diese Aufgabe abzunehmen, Dr. Alexander Gauland von der AfD. Der sagte sinngemäß, wenn eine Deutsch-Türkin einen solchen Unsinn verbreite, gehöre sie am besten in Anatolien entsorgt – womit er den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Jetzt war der Aufschrei natürlich gewaltig, besonders beim Bundespräsidenten. Leute mit Migrationshintergrund tragen in der Bananenrepublik ja automatisch einen Heiligenschein und genießen Sonderrechte.

Offenbar haben weder die Dame mit türkischen Wurzeln noch der Bundespräsident jemals eine Komposition von Wolfgang Amadeus Mozart gehört, sonst könnte die Dame nicht eine solche Dummheit verzapfen, noch der Bundespräsident sie auch noch verteidigen.

„Gott ist nicht sichtbar, doch in der Musik von Mozart wird er hörbar“ (der Autor dieses Zitats sei hier der Politischen Korrektheit wegen nicht genannt). Den zwei Politikern, deren deutsche Kultur nicht identifizierbar ist, sei jedoch empfohlen, sich künftig mehr mit Kultur zu versorgen, am besten in Anatolien zum Beispiel mit dem „Türkischen Marsch“. **Klaus Volk, Montalba-le-Château/Frankreich**



Wie lange noch sind sie in der Minderheit? Menschen mit Immigrationshintergrund in Deutschland

Bild: CF

## Alle wollen nur Geld

**Zu: Wenn Warschau zündelt (Nr. 32)**

Der deutsche Staat mit seiner Regierung sollte einmal eine Gegenrechnung aufstellen, welche sich über X-Billionen von Euro beziffern würde. Aber, wie in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, die Deutschen in ihrer schon krankhaften Humanität und Gutmütigkeit würden auch hier wieder einen Weg finden um die Polen ja nicht zu verärgern.

Die ehemalige deutsche Kolonie Deutsch-Südwest, heutiges Namibia, fordert von Deutschland ebenfalls Reparationen in Milliardenhöhe. Wer sich mit den damaligen Ereignissen in Südwest beschäftigt, wird zu dem Ergebnis kommen, dass diese Forderung unberechtigt ist.

Es ist doch irgendwie komisch: Von Deutschland will man nur eines, Geld, Geld und nochmals Geld. Die Bürde der Alleinkriegsschuld Deutschlands auf sich zu nehmen, beruht entweder auf Unkenntnis oder Feigheit. In diesem Fall dürfte es eher in Richtung Feigheit hinauslaufen. Kein Staat in der Welt lässt sich derart ausnehmen wie Deutschland. Wir in Deutschland warten auf Politiker, welche diesen Forderungen Paroli bieten und einmal die geschichtlichen Fakten vertreten und sagen, jetzt ist Schluss mit dieser finanziellen Ausbeutung. **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

## Wir sind bereits auf dem Weg, fremd im eigenen Land zu werden

**Zu: Bald fremd im eigenen Land (Nr. 32)**

Bald fremd? Wir sind bereits auf dem Weg dorthin. Vollverschleierte Frauen sind nur ein Grund warum man sich in seiner Stadt unwohl fühlt. Wobei ja auch nicht sicher ist ob sich dahinter wirklich Frauen verbergen. Ein weiterer Grund ist die gewaltige Zahl an Männern. Sind sie alle ledig und die meisten davon minderjährig? Wohl kaum.

„Die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan“, sagte Mehmet Sabri Erbakan, ehemaliger Vorsitzender der islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, schon 2001. Ein großer Teil der Politik, Wirtschaft und Religion fordern noch immer von den Menschen ohne Migrationshintergrund Toleranz gegenüber Muslimen. Umgekehrt wird das nicht erwartet. Mit fatalen Folgen. Sie stellen Forderungen.

Der Islamkritiker Bassam Tibi sagt: „Man muss offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht“ und Imam Abu Talal: „Der Terrorismus gegen die Feinde Gottes ist für unsere Religion eine Pflicht. Unser Islam ist eine Religion der Gewalt“.

Es gibt Staaten in Europa, die in der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin eine Strategie der kollektiven Selbstaufgabe und der kulturellen Kapitulation erblicken. Der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter kritisierte 2015, die Tatsache, dass sich Deutschland als Einwanderungsland definiert, rechtfertige es nicht „anzunehmen, dass auch die Nachbarländer diese Rolle für sich akzeptieren“.

Die moralische Pflicht, Kriegsflüchtlingen, soweit dies auch wirklich zutrifft, zu helfen ist unstrittig. Aber nicht in Deutschland, sondern vor Ort. Demokratische Nationen haben das Recht sich gegen die Aufnahme „kulturell fremder Menschen“ zu entscheiden. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Sehr viele Türken schimpfen seit Jahrzehnten, auf übelste Art, auf Deutschland. Warum sind sie eigentlich noch immer in diesem „Scheißland“?

Die Aussage des Statistikamtes, dass Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft das Abitur und akademische Abschlüsse haben, erstaunt. Gibt es dafür Beweise? Wo doch der größte Teil dieser Personen ohne Papiere nach Deutschland gekommen sind. Sollten sie ausgerechnet diese Nachweise bei sich geführt haben?

Nur weil Menschen mit Migrationshintergrund noch in der Minderheit in Deutschland sind, bedeutet das nicht, dass der Rest auch den Hut auf hat. Bald fremd? **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

**Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

# Auszeit vom Alltag

## Der Ort des »Innehaltens« – In Tannheim in Tirol ist Ruhe oberste Bürgerpflicht. Hotels und Touristen profitieren davon

**Einen Katzensprung hinter der deutschen Grenze experimentiert ein Tiroler Ort mit allen Spielarten der Entspannung. Das im Bezirk Reutte liegende Dorf Tannheim sorgt mit seinen Hotels für eine exquisite Auszeit vom Alltag.**

„Innehalten" – das große Schild am Ortseingang von Tannheim wirkt wie ein Gebot in diesem versteckt-idyllisch „schönsten Hochtal Europas". Für Großstädter ist das ein wunderbares Motto für einige Tage Auszeit. Wo hellbraune Allgäukühe auf saftig grünen Wiesen weiden und auf den allerersten Blick verzaubern, wo die Luft so rein scheint wie in einem Sauerstofflabor, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen – genau auf diesem schönen Fleckchen Erde hat die Familie Gutheinz einen perfekten Ort zum „Innehalten" erschaffen: Das Alpine Lifestyle Hotel Jungbrunn.

Es herrscht totale Stille hier. Keine Ablenkung. Kein Straßenlärm. Nur das Zwitschern der Vögel, das Bimmeln der Kuhglokken und das Zirpen der Grillen sind zu hören. Ein tiefer Atemzug, und man ist angekommen. An der Rezeption begrüßt auch mal der Herr Direktor persönlich – in echten Krachledernen mit rosaweiß kariertem Hemd und blankgeputzten Schuhen wirft Gottlieb Schmid dem Gast ein zugewandtfreundliches „Grüß Gott" zu. Sofort fühlt man sich aufgenommen in der Jungbrunn-Familie.

Mit viel Herzblut und großer Offenheit für Innovation und stetiger Weiterentwicklung führen Ulrika und Markus Gutheinz mit Sohn Marcel das vom Lärm der Welt so ferne Familienhotel. Es ist wohl die Schwingung dieses besonderen Ortes, die Regeneration und Vitalisierung begünstigen. „Die Gesundheit des Gastes ist unsere Pflicht, vom Schlafen über das Essen bis hin zum Vital- und Mentalprogramm. Es geht um ‚well-aging' – gesund zu reifen", sagt Spa-Managerin Christiane Werron-Schulz in angenehmer Selbstverständlichkeit und entführt die Besucher in das 7000 Quadratmeter große Traum-Refugium, dessen Mittelpunkt die Lichtsäule zur sprudelnden Quelle ist. Es ist wie ein Jungbrunnen aus frischem Felsquellwasser, das auch im Naturpool sanft plätschert. Es bewirkt Vitalität für den Körper, Beruhigung für den Geist und Kraft für die Seele.



Idyllische Lage: Tannheim und das Hotel Jungbrunn mit seinem Badebereich Bild: Hotel Jungbrunn

Wer im parkähnlichen Außenbereich den Blick in die alpine Umgebung schweifen lässt, spürt aufgrund der Weite des Tals und seiner Seen eine enorme Mystik. 28 Meter ragt der Haldensee in die Tiefe. „Nach dieser Tiefe sehnen sich die Menschen, das ist der Kern unserer Zeit", so die Spa-Managerin, die seit zehn Jahren mit Herz und Sachverstand die Weiterentwicklung des Hotels begleitet. „Was an Innovationen in der Welt geschieht, bringt die Familie mit nach Hause und prüft, ob sie diese unter ihrer Philosophie anbieten können." So entstand ein Therapie- und Anwendungskonzept aus Entgiftung, Entschleunigung, Rückenarbeit, Ayurveda und Wohlbefinden.

Wer nur drei Tage hier ist, der sollte sich Entspannung und Verwöhnung verordnen. Kein Kraftsport, kein Ausdauertraining. Einfach mal loslassen mit Yoga, Meditation und Qi Gong. Trainer Matthias gelingt es mit sanfter Stimme, die Herzen zu berühren, während Christiane Werron-Schulz mit liebevollem Kennerblick individuell zugeschnittene Wellness-Anwendungen zusammenstellt. Beide erkennen sofort den angespannten Großstadtmenschen mit Hang zum Perfektionismus. Die Therapie beginnt mit einer Ganzkörper-Ayurveda-Ölmassage. Ein tiefes Wohlbefinden wird geschenkt, klärende und reinigende Impulse werden gesetzt. Was folgt, ist eine schlaflose Nacht. „Das ist ganz normal, sorge dich nicht", wird der Gast am Morgen danach beruhigt. Das Frühstück ist ein bunter Teller mit frischem Obst und einem Liter warmes Quellwasser.

### Mit Radiofrequenzen gegen zu viel Fett

Im Spa ist es kuschelig warm, das Zirbenholz beruhigt, die emporsteigenden Düfte betören alle Sinne. Als nächstes kommt die „Detox – Osmo-Thermie" – ein Ganzkörperpeeling mit wertvollen Salzen, ein Dufterlebnis aus Früchten und Gewürzen, das eine babyzarte Haut hinterlässt. Am Nachmittag schläft man auf dem Bett ein. Ist Wellness so anstrengend? Nein, eher entschleunigend! Am dritten Tag sollen Radiofrequenzwellen die Fettverbrennung stimulieren, ganzheitlich den Stoffwechsel anregen, Entgiftungsprozesse begünstigen. Schlackstoffe werden über eine Lymphdrainage abtransportiert. Im Solebad genießt man die vollkommene Ruhe, das warme Salz unter dem Rücken.

Es ist ein Gefühl der Freiheit, im kuscheligen Bademantel mittags auf der Terrasse die Brotzeit einzunehmen. Dann die Vorfreude auf den Nachmittag: „Quell der Erneuerung" heißt die dreidimensionale Fruchtsäure-Gesichtsbehandlung, bei der Hornzellen sanft abgeschliffen werden, das Gesicht wirkt frisch und rosig. Scheint die Sonne, sollte man auch im Herbst nicht auf eine Creme mit hohem Lichtschutzfaktor verzichten. Später folgt die „transdermale Applikation": Hochkarätige Wirkstoffe wie Hyaloronsäure, Vitamine und Spurenelemente, die der Zellstoffwechsel der Haut braucht, werden mit Sauerstoffdruck in die Gesichtshaut geschossen. Es prickelt auch Stunden später noch wie ein zarter Sommerwind auf der Haut.

„Es wird immer wichtiger, die Menschen aus ihrem Drehmoment herauszunehmen und zu sensibilisieren für das eigene Körpergefühl", so die Spa-Managerin.

Wer sich neben den rund 50 Aktiv- und Entspannungsprogrammen pro Woche nach mehr Bewegung sehnt, kann die 300 Kilometer langen Wanderwege des Tannheimer Tales erkunden. Wer aber seine kleine Auszeit optimal nutzen möchte, der tankt rund um die Uhr im Jungbrunn auf. Und genießt einfach mal das Sein. *Susan Bäthge*

*Informationen über die Region unter Tourismusverband Tannheimer Tal, Vilsalpseestraße 1, A-6675 Tannheim, Telefon (0043) 56756220-0, E-Mail: info@tannheimertal.com, Internetauftritt: www.tannheimertal.com*

# 40 fehlende Höhenmeter

## Gipfelglück auf der schottischen Arran-Insel, auch wenn der Berg kein echter »Munro« ist

Das im Meeresarm des Firth of Clyde gelegene Arran wird gerne als „Schottland en miniature" bezeichnet. Und das völlig zu Recht, weist doch die südlichste unter den dem Westen des schottischen Festlands vorgelagerten Inseln so ziemlich alles auf, was diesen Teil Großbritanniens als Ganzes charakterisiert: Der gebirgige Norden mit tiefen Tälern sowie weiten Moor- und Heideflächen ist so etwas wie ein Spiegelbild der Highlands.

Selbst unter geschichtlichen Aspekten ähnelt das rund 430 Quadratkilometer Fläche umfassende Arran dem übrigen Schottland. Wie dieses wurde die Insel im Verlauf der Jahrhunderte von Fehden und Kämpfen heimgesucht, war Schauplatz fintenreicher, politischer Ränkespiele, an denen sich Wikinger, Kelten, Engländer und schottische Clans, so etwa die der Stewarts und der MacDonalds beteiligten.

Natürlich trifft man auf Arran auch auf ein prunkvoll ausgestattetes Schloss, Brodick Castle, den ehemaligen Stammsitz der Dukes of Hamilton. Eine Whisky-Destillerie ist im Norden der Insel, im Fährhafen Lochranza angesiedelt. Legendäre Steinkreise – die Besiedelung Arrans kann bis auf 7000 v. Chr. zurückverfolgt werden – und idyllische Badeorte mit herrlichen, weißen Sandstränden runden das Bild eines „Schottlands im Kleinen" ab.

Eine, freilich nicht ganz unbedeutende, Einschränkung im Hinblick auf die Ähnlichkeit Arrans mit Schottland muss allerdings gemacht werden. Denn das Eiland kann mit keinem der dort so zahlreichen „Munros" – es sollen exakt 277 sein – aufwarten. Dabei stuft man in Schottland nach der 1891 von Sir Hugh Munro, einem der Gründer des „Scottish Mountaineering Clubs", eingeführten Klassifizierung „Munros" als Berge ein, die mindestens 3000 Fuß, das heißt zirka 914 Meter hoch sind. Ein für echte schottische Bergsteiger, die sich als „Munrobaggers" („Berggipfelsammler") verstehen, nachgerade geheiligtes Maß! Die höchste Erhebung Arrans, der zwar majestätisch über der Inselhauptstadt Brodick



Besteigung von Arrans höchstem „Berg": Auf dem „Goatfell"

thronende Goatfell, ragt „nur" 874 Meter in den Himmel. Zum „Munro" fehlen ihm damit 40 entscheidende Meter.

Neben der Industriellen Revolution hat wohl kaum ein anderes Ereignis Schottland, und damit auch Land und Leute auf Arran, mehr verändert als das bittere Kapitel der „Clearances" ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Hierbei handelt es sich um die Vertreibung der kleinen Landpächter („crofters") durch die Chiefs, denen fast der gesamte Boden gehörte. Die freigewordenen Flächen konnten zusammengelegt und von neu eingesetzten Pächtern nach modernen Methoden intensiver und somit profitabler bewirtschaftet werden.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entdeckten die Chiefs dann eine noch einträglichere Einkommensquelle, nämlich Schafhaltung im großen Stil. Ließ sich doch die Wolle der Tiere inzwischen fabrikmäßig verarbeiten, ihr Fleisch günstig vermarkten. Also mussten noch mehr „crofters" verschwinden. Und zwar möglichst schnell und weit weg.

Es wird geschätzt, dass über die Jahrzehnte weit mehr als zwei Millionen Schotten ihre Heimat in Richtung Kanada, Australien und Neuseeland verlassen haben. Das verstärkte die durch die Industrialisierung einsetzende Entleerung der Highlands und Inseln. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts trieb es die Insulaner in Massen in die Städte auf dem Festland.

Auf Arran verliefen die „Clearances" zwar nicht ganz so brutal wie an manchen anderen Orten Schottlands, der Effekt, die Vertreibung der „crofters" von ihrer seit Generationen bearbeiteten Scholle, war aber der gleiche. Der Eigentümer des Landes, der Duke of Hamilton, vertreten durch einen von einem auswärtigen, sich forsch gebärdenden Verwalter, verweigerte den meisten Kleinbauern die Verlängerung ihrer Pachtverträge. Zupass kam ihm dabei, dass 1766 ohnehin viele der Pachtverhältnisse ausliefen.

Die vordem auf enge Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ausgerichtete Gemeinschaft der „crofters" auf Arran wurde so in zwei Lager gespalten: In diejenigen, die nach den Maßstäben der Herrschaft auf größeren Betrieben erfolgreicher wirtschaften und damit mehr Pacht bezahlen konnten einerseits, und in die plötzlich über Nacht ihres Bodens und damit ihrer Erwerbsgrundlage beraubten Familien andererseits. Letzteren blieb häufig nichts anderes übrig, als sich dem Exodus der Schotten nach Übersee anzuschließen.

In seiner 2012 publizierten Schrift „Arran to Canada – One Way" schildert der Lokalhistoriker James Henderson eindrucksvoll das Schicksal der Emigranten. „The Lamlash Highland Clearance Memorial", ein Denkmal in Lamlash, einer Ortschaft im Südosten Arrans, erinnert an den Wegzug der landlos gewordenen Menschen und an diese leidvolle Epoche der Insel.

Das heutige Arran dagegen stellt eines der beliebtesten Touristenziele Schottlands dar. Ihren ländlichen Charme und die Unberührtheit der Natur konnte sich die Insel trotzdem weitgehend erhalten. *Walter Kreul*

# Immer attraktiver

## Ein Sommer der Rekorde im Harz-Gebirge

Der Harz entwickelt sich immer mehr zum Ganzjahresziel. „Für die Sommersaison 2017 verzeichneten wir für den Harz ein sattes Buchungsplus von aktuell 15 Prozent gegenüber dem guten Vorjahr", so Gerald Schmidt, Leiter des TUI-Produktmanagements Deutschland. Immer mehr Naturliebhaber, Wanderer, Mountainbiker und Wellnessliebhaber schätzen das vielfältige Angebot im nördlichsten Mittelgebirge Deutschlands. „Mit unseren neuen Angeboten für Familien und Aktivurlauber und dem guten Preis-/Leistungsverhältnis gewinnt der Harz jährlich mehr Fans", so Schmidt.

### Schon auf Platz fünf in Deutschland

Generell steht Deutschland bei den Urlaubern seit Jahren ganz oben auf der Hitliste der beliebtesten Reiseziele und belegt hinter Spanien und Griechenland den dritten Platz. Innerhalb Deutschlands ist die deutsche Ostseeküste die begehrteste Urlaubsregion, gefolgt vom Bayerischen Wald, Oberbayern und der deutschen Nordseeküste. Der Harz liegt auf Rang fünf und schafft es damit in die Top fünf der beliebtesten Reiseziele innerhalb Deutschlands.

Mit seinem neuen Sonderkatalog macht Deutschlands führender Reiseveranstalter auf 50 Seiten Lust auf Urlaub im nördlichsten Mittelgebirge Deutschlands. Neu im Programm ist das Vier-Sterne-Hotel Sonnenresort Ettershaus in Bad Harzburg für Naturliebhaber, Familien, Wanderer, Mountainbiker, Wohlfühl-Freunde und alle, die den Harz lieben. Im August hat das besondere Harz-Resort mit außergewöhnlichen Baumhäusern, Hotelzimmern, Apartments, Suiten und einem Wellnessbereich eröffnet. Eine Woche im Sonnenresort Ettershausen kostet ab 392 Euro pro Person im Doppelzimmer inklusive Frühstück.

Besonders beliebt bei den Gästen ist Wernigerode mit seinem historischen Stadtkern und den aufwendig restaurierten und farbenfrohen Fachwerkhäusern am Nordrand des Harzes, gefolgt von Braunlage und dem Südharz. Beliebtestes TUI-Hotel im Harz ist das Dreieinhalb-Sterne-Hotel Am Anger in Wernigerode. Das Hotel zählt seit Jahren zu den beliebtesten deutschen Ferienhotels und wurde bereits mehrfach für seine Gästezufriedenheit und seine besonders umweltgerechte und soziale Hotelführung prämiert. Das Hotel liegt in der historischen Altstadt von Wernigerode mit Blick auf das Schloss und nur wenige Gehminuten vom Rathaus und der Harzer Schmalspurbahn entfernt. Eine Woche im Dreieinhalb-Sterne-Hotel kostet inklusive Frühstück ab 270 Euro pro Person im Doppelzimmer.

Da sich im Winter immer seltener Schnee einstellt, wurde der Harz von Touristen zuletzt links liegengelassen. Um ihn vom Schneewittchen-Dasein zu erlösen, wurden zahlreiche Tourismusprojekte eingeführt. Als neueste Attraktion gilt die Hängebrükke an der Rappbodetalsperre, mit der man einen Weltrekord aufgestellt hat. Mit 483 Metern gilt die im Frühjahr eingeweihte Überquerung als längste Seilhängebrücke der Welt. *H. Tews*

# Deutschland – »De facto ein besetztes Land«

Der Erscheinenungszeitpunkt dieses Buches könnte nicht günstiger sein: „Deutschland zwischen den Fronten. Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird“. Das im Münchener Finanzbuchverlag kürzlich herausgekommene Werk stammt aus der Feder des ehemaligen Chefs des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BTV), Gert R. Polli. Schon der Titel spielt auf die alte sicherheitspolitische Problematik Deutschlands an, in der Mitte Europas zu liegen, was eine umfassende Selbstbehauptung des Landes schwieriger macht als die anderer Länder, die sich in geografisch günstigeren Lagen befinden.

Aber auch eine prekäre Ausgangsposition könnte durch qualifiziertes Spitzenpersonal in Regierung und Sicherheitsapparat wenigstens zum Teil etwas ausgeglichen werden, wenn Wille und Fähigkeit dazu vorhanden wären. Mutige Patrioten wären hier eigentlich gefordert, eigentlich! Doch die Bilanz des Autors bei seiner tief schürfenden Analyse der Problemfelder deutscher Sicherheitspolitik fällt unerfreulich aus. Denn Pollis zentrale These lautet: „Deutschland ist auch heute noch de facto ein besetztes Land.“ Und das über 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Insbesondere im Fortwirken der besatzungsrechtlichen Ursprünge des deutschen Sicherheitsapparates sieht Polli den Kern für seine heutige Schwäche. Es sei vor allem die bedingungslose, ja geradezu naive transatlantische Ausrichtung deutscher Sicherheitspolitik gewesen, die

> 50 Milliarden Euro Schaden für Deutschland

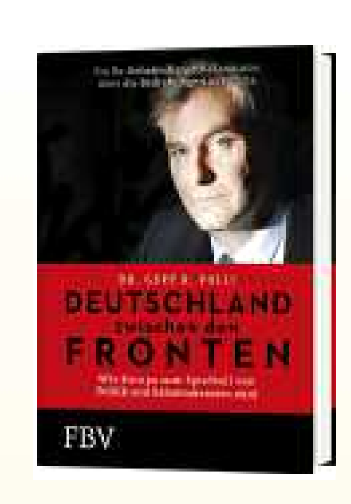
Generationen von deutschen Politikern dazu verführt habe, die Augen davor zu verschließen, dass diese Sicherheitspartnerschaft vor allem von den USA hemmungslos für Spionage- und Kontrollzwecke deutscher Politik genutzt und damit letztlich missbraucht wurde.

Im Zusammenhang mit Wirtschaftsspionage, wo Deutschland nicht erst seit gestern im Dreh- und Angelpunkt abgreifender US-amerikanischer und britischer Dienste stehe, seien die dadurch entstandenen Schäden mit schätzungsweise 50 Milliarden Euro zu veranschlagen – pro Jahr. Die skandalöse Brisanz dieser von Polli glaubhaft dargestellten Schieflage bestehe unter anderem darin, dass die mit der NSA kooperierenden deutschen Behörden zurzeit nicht einmal technisch die Möglichkeit hätten, Wirtschaftsspionage zu erkennen, vom politischen Willen dazu sie abzuwehren einmal völlig abgesehen. „Nur so ist es erklärbar, dass über mehr als ein Jahrzehnt hinweg US-amerikanische Suchbegriffe in das System des BND eingespeist wurden, die sich im Nachhinein als gegen deutsche Interessen gerichtet erwiesen,“ erläuterte Polli den kritischen Sachverhalt im Interview mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (Nr. 21 vom 25. Mai 2017).

Es gebe keine wirksame Abwehr bei Wirtschaftsspionage. Wen wundere es also, dass aus wahltaktischen und anderen Gründen die Merkel-Regierung alles versucht, derartige Themen lieber aus innenpolitischen Debatten, gerade in Wahlkampf-Zeiten, herauszuhalten? Schließlich seien sie für Deutschland politisch desaströs und wirtschaftlich niederschmetternd. Der – nach Pollis Erkenntnissen – kaum widerlegbare Vorwurf steht also anklagend im Raum: Die politischen Funktionseliten der Bundesrepublik hätten es seit Jahrzehnten versäumt, ihrer Beihilfe zur Wirtschaftsspionage gegen das eigene Land etwas Wirksames entgegenzusetzen. Starker Tobak!

Fazit: Wenn sich die deutsche Bundesregierung hier bedeckt hält, um nicht an den Pranger vorwerfbarer Versäumnisse und Fehleinschätzungen gestellt zu werden, muss das kein Grund für die Opposition sein, den Mund zu halten. Im Gegenteil: Pollis Buch ist eine nützliche Handreichung für patriotische Akteure in Politik und Medien der schwarzroten Regierung im „Raumschiff Berlin“ immer wieder unangenehme Fragen zu stellen. Denn wenn nicht sie, wer dann?

*Bernd Kallina*




***Gert R. Polli: „Deutschland zwischen den Fronten. Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird“,*** *Finanzbuchverlag München 2017, 19,99 Euro*

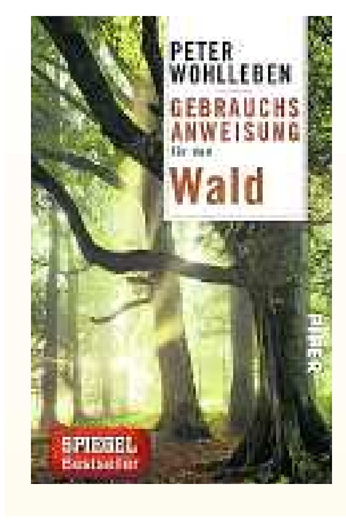
# Begleiter für Waldausflüge

Die deutsche Seele liebt den Wald. Wer mehr über den Wald wissen will und wie man sich in ihm zurechtfindet, sollte auf das Buch des Försters Peter Wohlleben „Gebrauchsanweisung für den Wald“ zurückgreifen. Der Autor stellt in anschaulicher und lesenswerter Weise dem normalen Spaziergänger sein berufliches Zuhause vor. Aber nicht oberlehrerhaft wird hier „Waldunterricht“ gegeben, sondern amüsant und voller Begeisterung.

Der Autor berichtet im Kapitel „Ab in die Pilze“ über diese wundersamen Wesen und ihre Tätigkeit als Informations-Botschafter. Da Bäume sich über ihre Wurzeln verständigen und zum Beispiel vor einem Insektenbefall warnen, so Wohlleben, benötigen sie für den Weitertransport der „Nachrichten“ Helfer. Das wird vom Pilzgeflecht übernommen. Der Leser betrachtet mit dem Förster Tierspuren, erfährt, woran man sie erkennt und auseinanderhalten kann, wie zum Beispiel Wolf- und Hundespuren. Man bekommt Tipps zur Abwehr kleiner Blutsauger wie Zecken, Mücken, Bremsen, beobachtet nicht unkritisch Jäger bei ihren Tätigkeiten. Der Autor erklärt, wie die Menschheit aus unendlich weiten Wäldern im Laufe der Jahrhunderte baumfreie Steppen schuf. Resultat für die Menschen Mitteleuropas, die nun dieses Ödland bewohnten: die Wehmut.

Der Verfasser möchte mit seinem Buch kein Nachschlagewerk schaffen, sondern einen Appetitanreger liefern für die großen und kleinen Wunder, denen man bei einem Waldspaziergang mit Sicherheit immer begegnen wird. Es ist ihm gelungen. Man möchte gleich losstiefeln, mit viel neuem Wissen im Gepäck, und die Sehnsucht nach Flora und Fauna stillen.

*Silvia Friedrich*




***Peter Wohlleben: „Gebrauchsanweisung für den Wald“,*** *Piper Verlag, München 2017, flexibler Einband, 240 Seiten, 15 Euro*

# Spannend und lesenswert: Plädoyer für Menschlichkeit in unmenschlichen Zeiten

Soweit der Mensch Geschichte zurückverfolgen kann, gibt es Kriege, gibt es Gemetzel und Opfer, schuldige wie unschuldige. Bei allen Friedensbemühungen – Feindseligkeiten und Kriege scheinen zur Natur des Menschen zu gehören. Die Menschen sind nicht gleich und werden es auch nie werden, wenn auch formal „Rechtsgleichheit“ für alle Menschen besteht.

Der Mensch kommt als brutaler Egoist zur Welt, denn er hat den Befehl zum Leben. Erst eine behutsame Erziehung mit viel Liebe bändigt den Egoismus und macht langsam ein Kind zu einem gemeinschaftsfähigen sozialen Wesen, das nicht nur nimmt, sondern auch gibt. Alle Erzählungen von Kriegen, Zwangsarbeit, Flucht und Vertreibung mit allen nur denkbaren Grausamkeiten sind ein Mittel, das Gewissen wachzurütteln mit dem Ziel, Konflikte gewaltfrei zu lösen, auch wenn dies ein Wunschtraum bleiben wird.

Wenn die Arbeit, die sich Peter Hakenjos gemacht hat, mit seinem Buch „Sie gingen einen langen Weg“, wenigstens den Blick zu schärfen, nicht alle Menschen pauschal über einen Kamm zu scheren, dann ist ein wesentliches Ziel erreicht. Seine Lektion, die er vermittelt, ist, den Menschen immer als Individuum zu sehen und nicht als Kollektivwesen. Gutes tun oder schuldig werden könne nur der Einzelne. Er müsss sich vor dem „großen Richter“ verantworten. Wer blind vor Hass sei und kollektiv Völker und Nationen anklage und verurteile, versündige sich am Menschen und lege den Keim für neue Konflikte. Die Botschaft des Autors ist: „Kollektivschuld“ muss geächtet werden.

Die Handlung beginnt in einer deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe und dreht sich um den Aramäer Aram Djallo, um das triste Lagerleben, um Bespitzelung und Verrat. Dann kommt ein Szenenwechsel, es geht nach Ostpreußen. Nachdem das Fluchtverbot aufgehoben war, galt es „Alles fort! Die Russen kommen!“ Doch der Flüchtlingstreck geriet unter Beschuss. Vater und Mutter starben. Nur die Tochter Leni und ihre 9-jährige Schwester Margot überlebten und schlossen sich dem Treck an. Bei hartem Frost suchten sie Zuflucht in einer Kirche, wurden aber von russischen Soldaten aufgespürt. Leni wurde in der Sakristei vergewaltigt.

Dann begann eine abenteuerliche Flucht über Königsberg und Elbing nach Berlin, wo Leni ihre kleine Schwester Margot im Menschengewühl verlor. Sie erinnerte sich an einen Onkel in Berlin, fand auch dessen Haus. Ein Freund von Onkel Rudolf besorgte ihr eine Fahrkarte nach Karlsruhe. Dort überraschte sie ihn: „Ich bin Leni, deine Cousine aus Ostpreußen.“ Aufgrund der Vergewaltigung hasste sie alle „Russkis“, doch ausgerechnet Onkel Rudolf hatte einem „Russki“, dem Aramäer Aram Djallo, Unterschlupf gewährt.

In Karlsruhe erlebten sie das Kriegsende, doch auch die französischen Kolonialtruppen waren nicht besser als die Rotarmisten. Das rief Komplikationen hervor. Danach kamen die Amerikaner und auch die Russen erschienen, um die Zwangsarbeiter in die Heimat zu holen. Sie hatten Aram fertig für den Transport gemacht, aber mit Hilfe eines amerikanischen Offiziers konnte Aram „konfisziert“ werden. Zum Schluss tauchte auch Lenis Schwester Margot auf, mit Hilfe eines russischen Offiziers. Das Buch ist spannend, lesenswert und lehrreich.

*Wolfgang Thüne*




***Peter Hakenjos: „Sie gingen einen langen Weg“,*** *Hakenjos-Verlag; Pfinztal 2017, broschiert, 216 Seiten 216, 8,52 Euro*



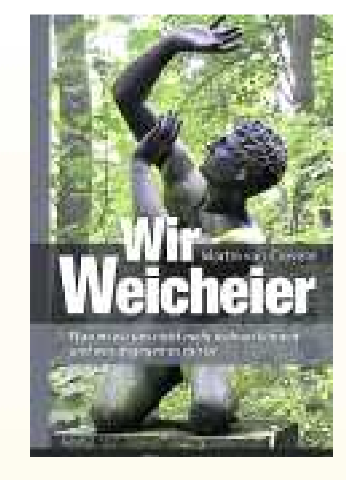
# Verweiblichung als Defizit westlicher Armeen

Der israelische Militärhistoriker und -theoretiker Martin van Creveld ist dafür bekannt, dass er Klartext spricht. Dies tat er unter anderem schon in solch viel rezipierten Büchern wie „Kampfkraft“, „Die Zukunft des Krieges“, „Kriegs-Kultur“ sowie „Frauen und Krieg“. Und auch in seinem neuesten Werk „Wir Weicheier“ nimmt van Creveld wieder kein Blatt vor den Mund, wobei es ihm nunmehr um die Frage geht, wieso die Streitkräfte westlicher Staaten eigentlich immer weniger in der Lage sind, militärische Konflikte mit angeblich schwächeren Gegnern siegreich zu beenden.

Die Antwort des Israelis hierauf lautet klar und unmissverständlich: Schuld sei die Gesellschaft, welche eine weitgehend dekadente, sowohl infantilisierte als auch feminisierte Schicht junger Männer herangezogen habe. Diese Verweichlichung führt er im ersten Kapitel auf die moderne Pädagogik zurück, die kaum noch Freiräume für die Natur des Mannes lasse und stattdessen männliches Verhalten pauschal stigmatisiere. Im Kapitel II wiederum zeigt van Creveld dann an teilweise haarsträubenden Beispielen, dass sich die Entmännlichung heute während der gesamten militärischen Ausbildung fortsetzt, wodurch am Ende ein domestiziertes und gedemütigtes Militär ohne echten Kampfeswillen entsteht. Das führt der Autor auf die „Verweiblichung der Streitkräfte“ zurück, die im dritten Kapitel geschildert wird. Dem folgen Kapitel IV und V, in denen sich van Crefeld dann der auffälligen Zunahme von posttraumatischen Belastungsstörungen sowie der Delegitimation des Krieges insgesamt widmet. Die letztere erklärt er vorrangig mit dem „Siegeszug der Rechte“ und dem „Niedergang der Pflichten“ in der westlichen Gesellschaft, vor deren Hintergrund keine erfolgreiche Kriegsführung gelingen könne – egal, wie viel Geld der Staat in die materielle Rüstung stecke.

Und natürlich bietet van Creveld zum Schluss auch noch einen ernüchternden Ausblick auf die Konsequenzen, welche sich aus all dem ergeben. Dieser ist mit „Hannibal intra portas“ überschrieben und läuft auf die Prophezeiung hinaus, dass die westliche Kultur untergehen werde, wenn nicht endlich in den eigenen Reihen ein Umdenken erfolge. Denn der Gegner, sprich der bewaffnete politische Islam, sei nun einmal „brutal und widerlich“. Der kenne keine Scheu vor Krieg und Gewalt, also brauche es auch im Westen wieder echte Kriegernaturen und keine von Gouvernanten gezähmten „Schafe“, die in schwangerengerecht ausgestatteten Panzern herumkutschieren. Ob es gelinge, solche Persönlichkeiten heranzuziehen, werde über unser künftiges Sein oder Nichtsein entscheiden.

*Wolfgang Kaufmann*



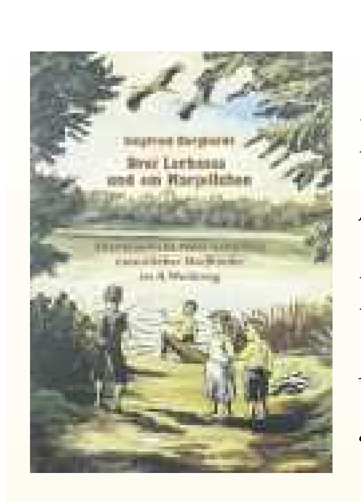

***Martin van Creveld: „Wir Weicheier. Warum wir uns nicht mehr wehren können und was dagegen zu tun ist“,*** *Ares Verlag, Graz 2017, gebunden, 223 Seiten, 19,90 Euro*

# Kinderglück mitten im Krieg

Eine glückliche Kindheit während in vielen Städten bereits der Krieg tobte, ist das möglich? Für Gerd, Rolf, Siggi und Lotte, vier Dorfkindern aus dem Kreis Ortelsburg in Masuren, scheint die Welt bis kurz vor Kriegsende noch in Ordnung zu sein.

In kurzen Erzählungen, die jeweils ein Abenteuer der drei Lorbasse mit unterschiedlichem Naturell und dem selbstbewussten Marjellchen schildern, lässt der Autor Siegfried Burghardt den Leser am Landleben in Masuren teilhaben. Nebenbei erfährt er noch Vieles über Flora und Fauna der Region

Vögel beobachten, Baden, Fischen, Reiten und erste Jagderfahrungen sammeln zählen neben Schulstreichen zu den Abenteuern der Kinder. Welche Freude war es, wenn neue Küken oder Fohlen zur Welt kamen! An den Mienen der Ewachsenen und Nachrichten von gefallenen Angehörigen ihres Dorfes spürten die Kinder bald doch das nahe Ende dieser Idylle. *MRK*



***Siegfried Burghardt: „Drei Lorbasse und ein Marjellchen. Abenteuerliche Naturerlebnisse masurischer Dorfkinder im II. Welkrieg“,*** *Persimplex Verlag, Neubrandenburg 2017, gebunden, 132 Seiten, 12,60 Euro*

## MELDUNGEN

### Kampagne hat AfD genützt

**Berlin** – In einer gemeinsamen Analyse kommen vier der führenden deutschen Meinungsforschungsinstitute zu dem Schluss, dass die massive Propaganda der Medien und der etablierten Parteien gegen die AfD die neue Partei erst groß gemacht hat. So sei etwa die Stigmatisierung („Nazi-Ecke“) nicht hilfreich gewesen. Sie könne sogar gegenteilige Reaktionen in der Bevölkerung auslösen als die erwünschten, sagen die Meinungsforscher. *H.H.*

### Feldzug gegen Werbung

**Berlin** – Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg startet eine Kampagne gegen angeblich frauenfeindliche Werbung. Nachdem der von den Grünen dominierte Bezirk Werbung mit leicht bekleideten Damen auf bezirkseigenen Flächen schon vor zwei Jahren verboten hat, will er nun mithilfe der Bevölkerung solche Reklame auch auf privaten Flächen ausmerzen. *H.H.*

## ZUR PERSON

### Neuanfang mit linken Mitteln

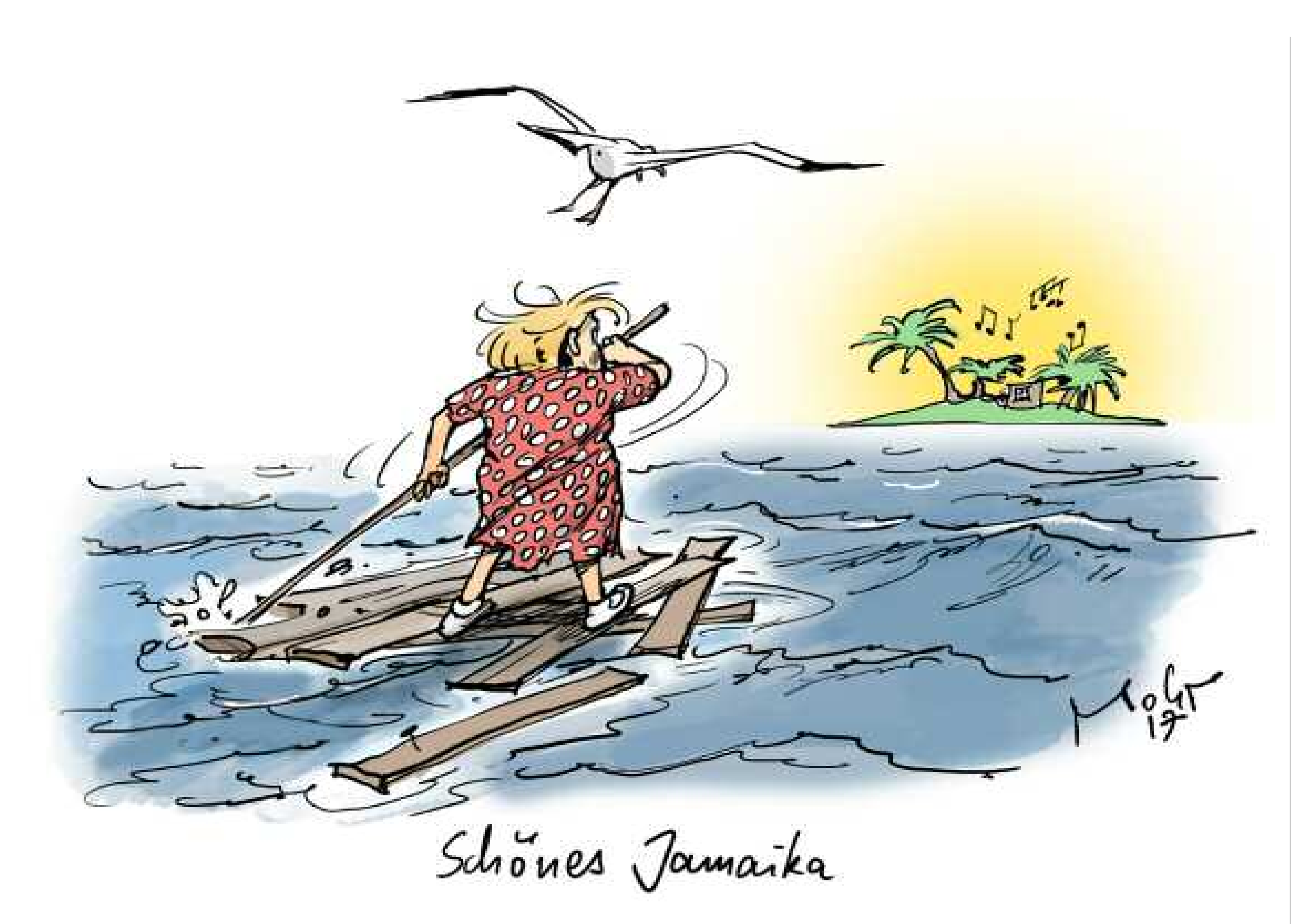
Nach der Bundestagwahl fängt die Postenschieberei an. Besonders in der SPD kommt es nach der Wahlniederlage zum Tauziehen um die wenigen verbliebenen Ämter, die noch den Anschein von Pfründen und etwas Macht besitzen. Da der geschlagene Kanzlerkandidat Martin Schulz angekündigt hat, mit der CDU keine Koalition eingehen zu wollen, muss er seinen verdienten SPD-Ministern neue Karriere-Rollen verschaffen.

Erste Profiteurin könnte Arbeitsministerin **Andrea Nahles** sein, die den Fraktionsvorsitz von Thomas Oppermann übernehmen soll. Schulz' schneller Personalentscheid kommt bei den SPD-Parlamentariern aber nicht gut an. Es gibt Widerstand dagegen, „dass so etwas schon wieder im Hinterzimmer ausgekungelt wird“, wie sich der SPD-Abgeordnete Achim Post ausdrückte.



Er und weitere Kritiker, wie der Hamburger Johannes Kahrs vom konservativen SPD-Flügel „Seeheimer Kreis“, haben persönlich nichts gegen die dem linken Parteiflügel zugerechnete Kollegin Nahles. Die frühere Bundesvorsitzende der Jusos und SPD-Generalsekretärin hat ihre Aufgabe als Bundesministerin für Arbeit und Soziales seit 2013 einigermaßen ordentlich bewältigt. Womöglich auch mit trickreichem Schönrechnen von Statistiken brachte sie es fertig, dass in ihrer Amtszeit die Arbeitslosenzahlen auf einen historisch niedrigen Wert gefallen sind.

Die 47-jährige Rheinland-Pfälzerin ist zwar mit allen Wassern gewaschen, steht aber als Ex-Koalitionärin nicht für einen glaubhaften Neuanfang der Partei. Unter der Gründungsvorsitzenden des Vereins Forum Demokratische Linke 21 wird der verhängnisvolle Linksruck der SPD anhalten. Sollte Schulz seine Wunschkandidatin als Fraktionschefin durchsetzen, könnte der Absturz der SPD zur einflusslosen Splitterpartei beschleunigt werden. *H. Tews*




# Volk außer Kontrolle

**Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muss, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel**

Die Ereignisse überschlagen sich. „Es“ ist passiert, in Berlin laufen sie voller Schrecken durcheinander. „Spiegel“-Schreiber Jakob Augstein fasst die hechelnde Panik in Worte: „Nazis im Bundestag“! Wer hat das getan? Wer hat die gewählt? Der frühere „Focus“-Chef Helmut Markwort verriet schon vor der Wahl, er kenne persönlich niemanden, der AfD wähle und auch niemanden, der einen kenne, der die Blauen ankreuzen wolle.

Helmut Markwort ist ein besonnener Mann, typischer FDP-Anhänger, also nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Daher dürfte ihn das Ereignis vom 24. September längst nicht dermaßen aus der Fassung bringen wie die Augsteins der Republik. Allerdings gibt Markworts Zitat Auskunft darüber, wie weit sich die sogenannte „Informationselite“ der Republik von einem nicht gerade kleinen Teil des Volks entfernt hat – kennt nicht mal einen, der einen kennt, als wohnten sie auf verschiedenen Kontinenten.

Was den „Spiegel“-Autor zutiefst irritieren muss, ist die absehbare Erfahrung, dass er seine scheppernde Attacke ins Leere reitet. Es ist nicht lange her, da hätte er mit dem Schwingen der Nazikeule unter AfD-Anhängern Angst und Schrecken verbreitet. Jahrzehntelang zuckten die Deutschen zusammen, wenn sie einer in die Nähe der Hitlerei rückte.

Ephraim Kishon hat dieses deutsche Spiel schon vor Jahrzehnten entlarvt: Wer unter Deutschen eine Debatte „gewinnen“ wolle, der müsse nur zum rechten Zeitpunkt mit möglichst empört tuendem Augenaufschlag „Hitler!“ rufen, und schon sei der Gegendiskutant erledigt.

Dieses deutsche Spiel hat so prächtig funktioniert, dass immer mehr Leute mitspielen wollten. Zum Schluss „hitlerte“ es bei jeder noch so banalen Gelegenheit: Das Nennen gewisser Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, das Zitieren einer unfriedlichen Koran-Sure, der Hinweis auf gesetzliche Regelungen zur Grenzkontrolle oder Ähnliches reichte schon, damit einem die braune Trumpfkarte vor die Nase geknallt wurde.

Der AfD hatte man die Karte jahrelang um die Ohren gehauen. Alle spielten mit: die etablierten Parteien und die Staats- und Konzernmedien, die Kirchen und Gewerkschaften, Scharen von „Promis“ und wer nicht alles. Eigentlich hätten die alternativen Unruhestifter längst mausetot sein müssen. Sind sie aber nicht, im Gegenteil, wie wir seit Sonntag schwarz auf weiß haben. Die Nazikeule hat so oft zugeschlagen, dass sie ihre Wirkung verlor. Sie schreckt nicht mehr, sie nervt höchstens noch.

So wie Anfang der Woche. Da hat AfD-Spitzenkandidat Gauland die spitze Frage gestellt, was der Spruch, Israels Sicherheit und Existenzrecht seien Teil der deutschen Staatsräson, in der Praxis eigentlich wert sei. Ob die Deutschen sich überhaupt bereitfänden, in den Krieg zu ziehen, wenn der (latent gefährdete) Judenstaat Ziel einer militärischen Aggression würde. Er habe da seine Zweifel. Und die hat er wohl zu Recht.

Doch Volker Beck, Grüner und Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im alten Bundestag, quasselte sofort etwas von „NPD“ und „antisemitisch“. Dabei hatte Gauland nur wissen wollen, ob die hochtrabende Zusage an Israel ein ernstes Beistandsversprechen darstellt oder bloßes Geschwätz – und damit offensichtlich den wunden Punkt der Schwätzer getroffen. Also holten die Getroffenen ihre Nazikeule heraus, erzielten damit allerdings keinerlei nennenswerte Wirkung. Schon wieder daneben!

Dieser Kontrollverlust ist das eigentlich Schockierende. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen mithilfe ihrer Angst und ihres schlechten Gewissens beliebig durch die Manege treiben zu können. Doch irgendwann ist es halt allzu durchschaubar geworden. Wenn die Leute den Budenzauber aber erst einmal durchblickt haben, können die Gaukler einpacken.

Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier hatte kurz vor der Wahl ja noch mal alles gegeben und die AfD-geneigten Bürger aufgefordert, gar nicht erst zur Wahl zu gehen. Die Botschaft: Wer nicht für uns ist, der ist nicht bloß gegen uns, der sollte am besten gar nicht mehr dabei sein bei der Demokratie.

In den Altmaier-Worten paarten sich Verzweiflung und Arroganz in beispielhafter Weise. Wir bekamen einen tiefen Einblick in das, was man das „Demokratieverständnis“ der Mächtigen nennen könnte, welches nach dem Grundsatz zu funktionieren scheint: Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten.

Für einen bestimmten Teil des deutschen Volkes hört sich das in etwa so an wie: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Das kennt dieser bestimmte Teil noch von irgendwoher, was den besonderen Wahlerfolg der Populisten in dessen Heimatregionen erklärbar macht.

> Was uns Altmaier sagen wollte: Demokratie ist, solange wir die Macht behalten

Wie tief das Missverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, lässt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muss. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

„Trump im Kongress gescheitert“ jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, dass unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, „checks and balances“, zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, dass es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Dass das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und dass die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament „kontrolliert“ die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf – doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die „vierte Gewalt“ in Gestalt der „unabhängigen“ Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? „Checks and balances“? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, dass das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.

## MEINUNGEN

***Wolfgang Prabel*** *erklärt auf seiner Seite „prabelsblog.de“ (19. September), woher die besondere* ***Unzufriedenheit*** *vieler Menschen in den* ***neuen Bundesländern*** *rühren könnte:*

„Statt Marxismus-Leninismus-Institute an jeder Hochschule gibt es jetzt Genderprofessuren. Ihre Wissenschaftlichkeit entspricht dem Niveau der Köpfe- und Nasenvermessungen in den 30er Jahren. Immer wurde und wird beim ‚Forschen‘ herausgefunden, was die Partei oder die Medien hören wollten und wollen. Die Ossis haben sich bis 1989 gedacht, dass das in der Bundesrepublik anders sei. Dass eine gewisse Rationalität herrscht. Fehlanzeige. Da darf man doch mal schwer enttäuscht sein.“

*In der „Wirtschaftswoche“ (21. September) prophezeit der renommierte Unternehmensberater* ***Daniel Stelter*** *den Deutschen wegen der krassen Fehler und Versäumnisse ihrer Politiker ein* ***böses Erwachen aus ihrer Wohlstandsillusion****:*

„Statt ... zu handeln, schwafeln die Politiker vom ‚reichen Deutschland‘ ohne auch nur eine Sekunde daran zu denken, dass die deutschen Privathaushalte zu den Ärmsten in der Euro-Zone gehören ... Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Wohlstandsillusion platzt. Dann wird über Nacht deutlich, dass wir uns eben nicht alles leisten können: Renten, Pensionen und Gesundheitsversorgung für die alternde Gesellschaft, Versorgung von Millionen Zuwanderern mit geringer Produktivität ... (und) eine Finanzierung der Eurozone als Fass ohne Boden.“

***Wolfram Weimer*** *sieht auf Kanzlerin* ***Merkel*** *eine vierte Amtszeit zukommen, die weit* ***schwieriger*** *werde als die bisherigen. Auf „ntv.de“ (19. September) schreibt er:*

„Man mag sich kaum ausmalen, was passiert, wenn die gute Konjunktur in den kommenden vier Jahren – was nach vielen Jahren des Aufschwungs zusehends erwartbar wird – einbricht. Denn viele der aufgeschobenen Reformen Deutschlands und manche seiner inneren Konflikte sind durch den wirtschaftlichen Boom nur entschärft worden.“

***Christoph Schwennicke*** *sieht im „Cicero“ (24. September) das* ***Ende der Ära Merkel*** *gekommen:*

„Es klingt drastisch, aber es ist so: Der 24. September 2017 ist der Tag, der den Anfang vom Ende einer Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel markiert. Quälende Koalitionsverhandlungen für eine extrem labile Viererkoalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen werden von diesem absehbaren Ende künden.“

***CDU****-Mitglied und Medienunternehmer* ***Klaus Kelle*** *beklagt im „Focus“ (25. September) die* ***Linksverschiebung*** *seiner Partei an zwei Beispielen:*

„Warum finanzieren CDU-geführte Regierungen mit Millionenbeträgen aus unseren Steuern linksextreme Netzwerke und dubiose Stiftungen, die sie dann selbst bekämpfen? Warum fördern CDU-Regierungen den Gender-Schwachsinn mit Millionenbeträgen, gegen den der sogenannte Kreationismus christlicher Fundamentalisten lupenreine Wissenschaft ist?“